

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



**„dringende
Aufforderung
an die deut-
sche Bundes-
regierung und
das Parla-
ment, das
‘PKK-Verbot’
aufzuheben“**

Seite 8



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	2
AFG-Novelle, Kombilöhne	3
Friedensbewegung macht mobil gegen Eurofighter	4
Zwei Initiativen zur Abschaffung der „Antiterror“-Sondergesetze ..	5
Nach den Wahlen in Hamburg	6
Ein Aufruf gegen das PKK-Verbot	8

Auslandsberichterstattung

Spanien: Herri Batasuna vor dem Prozeß	9
Türkei: Neuer Überfall auf Südkurdistan	10
Polen: Sieg der Rechten – Sieg der Linken	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand	12
Hamburg: Coup gegen Gesamtschulen	13
Hamburg: Schwere Niederlage für die NPD	14
Köln: Keine Einladung für die Samstagsmütter	14
Mannheim: Reißt die Tradition des entmilitarisierten Volkstrauertages?	15
Frankfurt: Mieter wollen Genossenschaft gründen	15
O-Ton	16
Berlin: Einheitsfeier als Satire ..	16
Kommunale Politik	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war?	18
Schlichtungsspruch Alters- teilzeit	19
Notizen von einer IG-Metall- Vertreterversammlung	20
ÖTV-Beschluß Tarifrunde: Ein Sieg der Basis?	20

Diskussion und Dokumentation

Politik&Publizistik im Internet ..	22
Norman Paech: Gegen Ethnisie- rung des Minderheitenschutzes ..	23

Letzte Seiten

Ein Brief ans ND	26
R. Dannemann: G. Lukács	26

Termine	28
---------------	----

IN BONN UN-SICHER-

HEITSRAT-SITZ: Die grüne Abgeordnete Angelika Beer hat die Rede von Außenminister Kinkel zur Reform des Sicherheitsrats vor der UN-Vollversammlung kritisiert: „Aus Angst vor seinem baldigen Amtsende will Klaus Kinkel wenigstens eines seiner Ziele erreichen – koste es, was es wolle ... Wer bisher dachte, dem Außenminister liege ernsthaft etwas an der Stärkung der Vereinten Nationen, sieht sich seit heute eines besseren belehrt. Sein heute im *Deutschland Radio* skizzierter Vorschlag, Asien, Afrika und Lateinamerika sollten ihren Sitz jeweils mittels Rotationsprinzip teilen, Deutschland und Japan aber ständige Sitze einnehmen, ist der endgültige Bruch mit dem Ziel, die Vereinten Nationen zu demokratisieren.“ Das Streben der Bundesregierung nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat sei „völlig unbegründbar“: „Wir fordern den Außenminister auf, sich statt eines weiteren Sitzes für (s)ein europäisches Land intensiver für eine europäische Lösung einzusetzen.“

GEGEN POSTGESETZ: Der PDS-Abgeordnete Jüttemann hat das von der Regierung vorgelegte Postreformgesetz scharf kritisiert: „Die PDS macht erneut darauf aufmerksam: Tritt das Gesetz in seiner jetzigen Fassung zu 1998 in Kraft, ist die Grundversorgung mit postalischen Leistungen weder ausreichend definiert noch gesichert. Der bisher einheitliche Tarif für Stadt und Land steht auf dem Spiel. Vor allem droht die Liquidation weiterer Zehntausender sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze zugunsten prekärer Beschäftigungsverhältnisse ... Der Postminister setzt damit kurz vor Ende seiner Amtstage nicht nur die Axt an das Unternehmen Deutsche Post, er sorgt im Widerspruch zu den Beteuerungen seines Kanzlers für ein weiteres Anwachsen des Arbeitslosenheeres.“

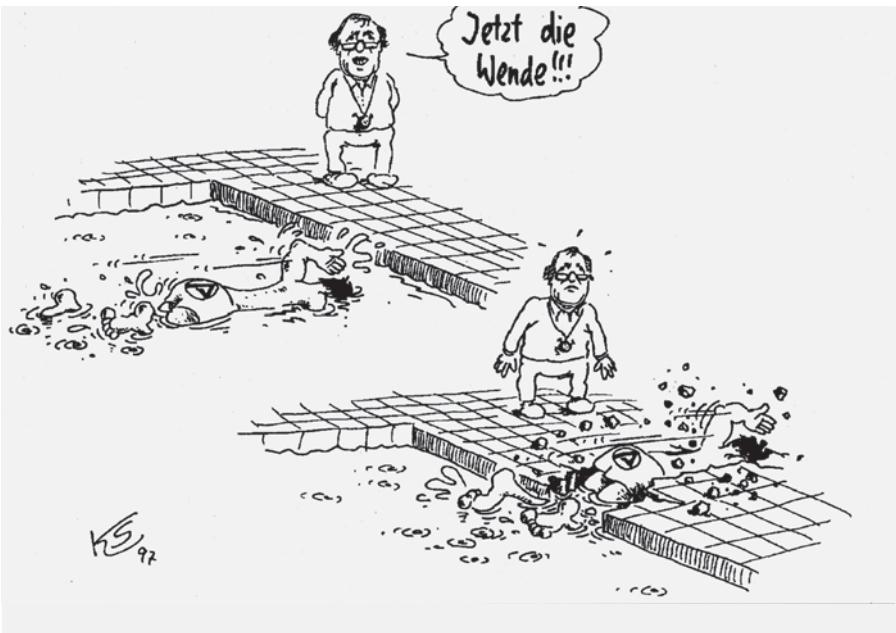
WEHRSTRAFGERICHTE: Am 24.9. meldeten die Grünen einen (vorübergehenden) Abstimmungserfolg im Rechtsausschuß. Ihr rechtspolitischer Sprecher Volker Beck berichtete: „Der Antrag von B'90/Grüne, das Kapitel 0708 „Wehrstrafgerichtsbarkeit“ zu streichen, fand wegen mangelnder Präsenz der Koalitionsabgeordneten eine Mehrheit im Ausschuß. Es handelt sich bei dem Titel um eine haushaltrechtliche Option zur Ermächtigung von Art. 96 Abs. 2 GG, Wehrstrafgerichte für die Streitkräfte als Bundesgerichte zu errichten. In einem Rechtsstaat ist für eine eigenständige Wehrstrafgerichtsbarkeit kein Platz.“

GEGEN LAUSCHANGRIFF: Nach einer Experten-Anhörung der grünen Fraktion zum Lauschangriff erklärte deren Sprecher Manfred Such am 25.9. „In der Anhörung haben die eingeladenen Wissenschaftler, Polizeipraktiker und Vertreter der Anwaltsorganisationen un-

sere ablehnende Haltung zur Verwanzung des Grundgesetzes einhellig bestätigt. Danach fordern wir die Koalitionsparteien und die SPD erneut auf, die parlamentarische Umsetzung der ausgehandelten Lauschangriffsregelung zu stoppen – so, wie es kürzlich der bayerische SPD-Landesvorstand getan hat. Auch in den Bundesländern sind Lauschangriffs-Kritiker wie die Regierungschefs Henning Scherf und Peter Cäsar aufgerufen, im Bundesrat eine Zustimmung ihrer Länder zum Lauschangriff zu verhindern.“ Einhellig hätten die Sachverständigen gewarnt: „Der Große Lauschangriff würde nur im kleinsten Umfang Verdächtige oder gar ‘Gangster’ treffen, weit häufiger trafe er gänzlich Unbeteiligte. Erfahrungen aus den USA zeigen, daß im Rahmen einer einzigen Abhörmaßnahme außer dem Verdächtigen durchschnittlich 70 Bürger mit erfaßt werden. Wer beruflich mit einem Verdächtigen zu tun hat oder ihn auch nur ehrenamtlich berät, riskiert Polizeikameras im Behandlungszimmer, Mikrofone unter dem Redaktionsstisch oder gar Wanzen im Beichtstuhl. Aussage- und Zeugnisverweigerungsrechte könnten so ausgehöhlt werden.“ Auf der Anhörung hatten u.a. der Hochschullehrer Prof. Dr. Jürgen Seifert, der frühere Düsseldorfer Polizeipräsident Prof. Dr. Lisken, Frank Johnigk, Geschäftsführer der Bundesrechtsanwaltskammer, und Eberhard Kempf vom Deutschen Anwaltverein den Lauschangriff kritisiert.

RITTERKREUZTRÄGER & BUNDESWEHR: Am 23.9. kritisierte die grüne Abgeordnete Annelie Buntenbach: „Durch ein Besichtigungsprogramm will sich die Bundeswehr in diesem Jahr wieder an der Durchführung des Bündestreffens der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger des Eisernen Kreuzes e.V.“ (OdR) in Hammelburg beteiligen. Zudem sollen zwei „Ehrenposten“ der Truppe für die Rechtsextremen und Ewiggestrigen strammstehen. Das Ritterkreuz gilt als höchste Auszeichnung der deutschen Wehrmacht des Zweiten Weltkrieges und wurde von Adolf Hitler persönlich verliehen. Mit der OdR ehrt die Bundeswehr einen Verein, der enge Verbindungen in den Rechtsextremismus pflegt.“ Rühe solle das sofort beenden.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 2. Oktober berät der Bundestag über das Gesetzespaket zum sog. „großen Lauschangriff“ sowie über einen Antrag der Grünen zur Begrenzung von Bankenmacht. Am 8. Oktober soll das Kabinett den Beschuß über den „Eurofighter“ fassen. Am 17. Oktober tagt der Bundesrat. Vermutlich wird es dort u.a. um die Reform des Kindschaftsrechts gehen, um Änderungen beim Vergaberecht für öffentliche Aufträge, um Korrekturen beim Schlechtwettergeld, Rexrodt's Pläne zur Reform der Energiewirtschaft und ebenfalls um die Bankenmacht.



So sieht der Berliner „Tagesspiegel“ F.D.P.-Wirtschaftsminister Rexrodt und dessen Eintreten für eine „Wende“ auf dem Arbeitsmarkt.

AFG-Novelle, Kombilöhne & Geringverdienergesellschaft

Tarifautonomie zur Konsolidierung von Niedriglohnsektoren

Von Anne Alex

1. Aus der Traum vom sozialdemokratischen Modell „Arbeitsmarktpolitik“

Nachdem der subventionierte öffentlich geförderte Arbeitsmarkt mit dem Arbeitsförderungsgesetz seit 1969 bis in die neunziger Jahre hinein für viele erwerbslose Menschen tatsächlich vorübergehend die Möglichkeit schuf, neue Ansprüche auf Transferleistungen zu schaffen oder gar den Weg in den ersten Arbeitsmarkt wieder zu finden, soll jetzt Schluß mit lustig sein. (...) Grundlage für die Beerdigung des sog. zweiten Arbeitsmarktes ist das Arbeitsförderungs-Reformgesetz, das ab April 1997 einen Schlußpunkt unter die Illusion sozialer Abfederung bei Erwerbslosigkeit setzt. (...)

2. Indizien vom Verschwinden der öffentlich geförderten AFG-Arbeitsmarktpolitik

Seit der ab 1. April geltenden AFG-Novelle haben sich die Möglichkeiten der Arbeitsförderung für Erwerbslose enorm verändert. Die Aktionsgemeinschaft arbeitsloser BürgerInnen e.V. Bremen betont, daß Frauen ohne Arbeitslosenhilfe und mit Sozialhilfe keine ABM mehr erhalten. Erwerbslose sind mit Teilzeit-ABM mit 80%iger Bezahlung im Vergleich zu ungeforderten Tätigkeiten nicht mehr motiviert, weil sie zu ABM-Erwerbseinkommen in wachsendem Um-

fang ergänzende Sozialhilfe benötigen. Zumutbar für Erwerbslose ist neuerdings, daß sie nach sieben Monaten Erwerbslosigkeit jede Arbeit annehmen müssen. (...)

Der Verband der ABSen Brandenburg sieht die ABSen, die in beschäftigungs-schwachen Regionen die einzigen großen Arbeitgeber in den neuen Bundesländern waren, gefährdet. Aus dem Verband von 70 ABSen sind bereits vier verschwunden. Von einst 25.000 arbeitsgeforderten Stellen fehlen per 31.8.1997 schon 6.000. (...) Der Gesetzgeber zerstört mit dem AFRG die größten gemeinnützigen Unternehmen mit sozial-ökologischen Anliegen in den neuen Bundesländern. (...)

Der Landesfrauenrat von Mecklenburg-Vorpommern verweist auf die Situation von Frauen-, Jugend- und sozialen Projekten. Es gibt zwar keinen flächendeckenden Einbruch freier Träger; dennoch mußten viele Standorte in ländlichen Gebieten aufgegeben werden. Für die wegfallende Kinder- und Jugendarbeit, die SeniorInnenbetreuung, Frauen- und Familienzentren und Freizeitstätten ist kein Ersatz da, weil die Kommunen keine Mittel aufbringen können. (...) Frauen in Teilzeit-ABM erhalten in Mecklenburg-Vorpommern überwiegend ergänzende Sozialhilfe. Frauen mit

Weiter nächste Seite oben

Die PDS-Bundestagsgruppe lädt ein zu einem ExpertInnengespräch:

„Mindestlohn – wie und für wen?“

**am Dienstag, dem 14.10.
von 10.30–17 Uhr, Bonn**

Problem:

Die Absicht der Bundesregierung, die Arbeitskosten in der BRD mit der Brechstange zu senken und einen Niedriglohnsektor mit nicht existenzsichernden Arbeitsverhältnissen zu schaffen, wird gegenwärtig durch eine Flut gesetzlicher Änderungen im arbeitsmarktpolitischen und sozialen Bereich immer deutlicher. Außerdem werden in den neuen Bundesländern bereits heute untertarifliche Löhne und Gehälter unterhalb des Existenzminimums gezahlt, unabhängig davon, ob Tarifverträge oder existieren oder nicht.

Anliegen:

Auf der ExpertInnenanhörung sollen unterschiedliche Standpunkte zum Thema „Mindestlohn“ diskutiert werden. Dabei soll die Frage beantwortet werden, warum bestehende tarifliche und gesetzliche Vorschriften (Tarifvertragsgesetz, Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen, Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen, Entsendegesetz, Europäische Sozialcharta usw.) nicht verhindern konnten, daß bisher Mindestlöhne für viele Menschen nicht festgelegt wurden. Es ist zu diskutieren, ob bestehende Regelungen anders auszustalten sind oder ob sogar ein grundsätzlich normierendes Mindestlohngesetz eingeführt werden müßte. Das ExpertInnengespräch soll dabei helfen, einen Standpunkt zum „Mindestlohn“ in der PDS-Bundestagsgruppe zu entwickeln und mögliche parlamentarische Initiativen vorzubereiten.

Eingeladene ExpertInnen und von uns vorgeschlagene Arbeitsthemen:

- Dieter Lasar (beim Bundesvorstand der IG BAU für Arbeitnehmerüberlassung zuständig): „Notwendigkeit eines gesetzlich festgelegten Mindestlohns für Tarifbereiche. (Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen)“
- Ingeborg Pelster-Firat (Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Gewerkschaften der Grünen/Bündnis 90 NRW): „Gesetzlicher Mindestlohn und soziale Grundsicherung“
- Reinhart Dombre (DGB-Bundesvorstand): „Sicherung der Tarifautonomie unter veränderten Standortbedingungen“.

Sozialhilfe, ohne eigenes Einkommen, nach dem Erziehungsurlaub und joblose Hochschulabsolventinnen erhalten gar keine ABM mehr. Statt dessen werden sozialhilfebeziehende Hochschulabsolventinnen mit Kind neuerdings zum Papieraufsammeln geschickt. (...)

Die Gesellschaft für Arbeits- und Sozialrecht e.V. schätzt ein, daß ihre Arbeitsrechts- und Sozialberatungen in 37 Städten nicht mehr lange existieren werden. In Berlin und Brandenburg gibt es sie bereits nicht mehr. (...) Obdachlosenheime, die Betreuung Obdachloser oder der soziale Mittagstisch für SeniorInnen werden zukünftig nicht mehr über ABM gefördert, da sie für die Kommunen zu teuer sind. (...)

3. Das „enfant terrible“ Sozialhilfe

Der Intention der Beseitigung einer Extra-Arbeitsförderung per Gesetz entsprechen die neuerlichen Vorstöße von Arbeitgeberpräsident Hundt und die Verlautbarungen aus dem Seehoferschen Gesundheitsministerium. Sie läuteten jüngst den Grabgesang für die Arbeitsförderung ein. Arbeitslosengeld wird die einzige Leistung der Arbeitslosenversicherung. Nach einem Jahr erfolgt der Absturz in die Sozialhilfe. Das bedeutet dann aber nicht minimalen Leistungsbezug, wie es den Anschein erweckt. Arbeitgeberpräsident Hundt bietet ein Kombilohn-Modell an. Niedrige Arbeitseinkommen sollen für Bedürftige durch die Sozialhilfe aufgestockt werden. (...) Die Kombilohnvariante geht wie früher das FDP-„Bürgergeld“ vom Grundgedanken der negativen Einkommenssteuer aus. Damit der zusätzlich auf das niedrige Erwerbseinkommen aufgesockelte Betrag für den Bundeshaushalt nicht so teuer kommt, muß die Sozialhilfe abgesenkt werden. Die Konsequenz daraus ist es, daß für alle, die Sozialhilfe zu beziehen gezwungen sind, der stumme Zwang der Verhältnisse sie zur Annahme irgend einer auch noch so schlecht bezahlten Arbeit zwingen wird. Der Normalität „Niedriglohn“ für private Dienstleistungen aller Art ist damit der Weg geebnet. (...)

Dabei sind niedrige Erwerbseinkommen in vielen Bereichen von Wirtschaft und Verwaltung längst keine Ausnahme mehr. In der BRD hatten im Mai 1995 knapp 30% aller Haushalte monatlich ein Netto zwischen 1 800 und 3 000 DM, 31,2% 3 000 bis 5 000 DM und 13,1% der Haushalte 5 000 bis 7 500 DM zur Verfügung. Über 7 500 DM hatten nur 5,2%. Dagegen mußten 20,6% der Haushalte mit weniger als 1 800 DM auskommen, wobei 5,2% der Haushalte sogar weniger als 1 000 DM hatten⁽¹⁾. In den alten und neuen Bundesländern waren die Nichterwerbspersonen mit 33,0% bzw. 40% diejenigen Haushaltsbezugspersonen mit Verdiensten unter 1 800 DM. Die

Friedensbewegung macht mobil gegen Eurofighter

Der Arbeitsausschuß Friedensratschlag (AFriRa), der die bundesweiten Zusammenkünfte der Friedensbewegung vorbereitet, ruft die Friedensbewegung auf, sich in die bevorstehenden Haushaltseratungen des Bundestages aktiv einzumischen.

Es sei ein Skandal, daß die Militärausgaben (Einzelplan 14) nach den Plänen der Bundesregierung im nächsten Jahr steigen sollen (auf knapp 47 Mrd. DM), während in allen anderen Bereichen (z.B. Soziales, Gesundheit, Familie, Arbeitsförderung) Abstriche gemacht werden müssen.

Die Friedensbewegung will insbesondere gegen die beabsichtigte Beschaffung des Eurofighters 2000 mobil machen. Von diesem europäischen Jagd- und Kampfflugzeug, das weder militärisch noch industriepolitisch einen Sinn macht, will die Bundesregierung 180 Exemplare anschaffen; geschätzte Gesamtkosten: 30 Mrd. DM.

c/o DGB Kassel
Spohrstr. 6
34117 Kassel

Kasseler Friedensforum



Der Arbeitsausschuß Friedensratschlag schlägt den Friedensinitiativen vor, am 21. und 22. November, also am Wochenende vor der Entscheidung des Bundestages, im ganzen Land vor Ort Abstimmungen in der Bevölkerung zu organisieren und die Bundestagsabgeordneten mit deren Ergebnissen zu konfrontieren. Es dürfe nicht sein, daß die Volksvertreter den Mehrheitswillen der Bevölkerung ignorieren.

Über die Modalitäten der alternativen Abstimmung informiert das Kasseler Friedensforum (c/o DGB-Kreis Kassel, Spohrstr. 6, 34117 Kassel) im Auftrag des AFriRa.

Presseerklärung des AFriRa, Kassel, 8.9.1997

nächst größere Gruppe mit Haushalteinkommen unter 1 800 DM sind ArbeiterInnen mit 8,5 bzw. 9,5%⁽²⁾.

Als NiedriglöhnerInnen unter der Armutsschwelle wurden 1995 bereits 2,77 Mio. Vollzeiterwerbstätige gezählt⁽³⁾.

In Ostdeutschland gibt es viele tariffreie Zonen, obwohl die Tariflöhne durchschnittlich nur 74% des Niveaus der westlichen Erwerbseinkommen erreichen. In vielen Branchen existieren seit Jahren tarifliche Niedriglöhne, die nicht zum Leben ausreichen und das Recht auf Sozialhilfe für die Betroffenen – meist Frauen – begründen.

Sogar der DGB will plötzlich auch die Kombilöhne in einer Region ausprobieren. (...) Gegen einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn und eine soziale Grundsicherung sprechen sie sich allerdings immer noch aus. Zur Ehrenrettung der IG Metall muß allerdings an dieser Stelle betont werden, daß diese offiziell den Kombilohn ablehnt hat.

4. Der Weg in die SchuhputzerInnen-gesellschaft

In der BRD gab es 1995 bereits mehr als 2,77 Mio. Vollzeiterwerbstätige mit Erwerbseinkommen unter der Armutsschwelle. Einkommensarmut wird mit 50% des durchschnittlichen Nettoeinkommens markiert. Bald werden durch noch folgende Gesetzesänderungen eine Mio. SozialhilfeempfängerInnen, eine Mio. ArbeitslosenhilfeempfängerInnen und weitere vier Millionen Erwerbslose im Billiglohnsegment hinzukommen.

Dieser gesellschaftlichen Stoßrichtung nähern sich die Parteien der Regierungskoalition und Gerhard Schröder mit seinem wirtschaftspolitischen Konzept, welches nun auch die SPD akzept-

tiert hat, deutlich an. Herauskommen soll das arielultra-reine Gesellschaftsmodell der USA. Für die führenden Ökonomen im Lande ist die Lage klar, wie der *Spiegel* 38/1997 schreibt: Soll die Nachfrage nach Arbeit steigen, muß ihr Preis sinken. „Man müsse die unangenehme Tatsache in Auge fassen, daß wir bei den Lohnkosten ansetzen müssen“, sagt Professor Herbert Hax, der Vorsitzende des Sachverständigenrates. Sein Kollege Wolfgang Franz: „Ein großer Teil der Arbeitslosen hat keinen Job, weil die Löhne so hoch sind.“

Für HochverdienerInnen sollen dann alle privaten Dienstleistungen vom Autotischebenwischen, Haushaltarbeiten jeglicher Art, Lebensmittel in Einkaufstüten sortieren, GepäckträgerInnen, private Wach- und Schließgesellschaften, private Polizei zur Verfügung stehen. (...) Die Deutsche Bahn AG preist ihren Reisenden in Intercity und Intercity-Express an Bahnhöfen den Gepäckträgerservice an. Diese KollegInnen nehmen für einmal die Koffer hin- und herschieben 2–5 Mark. Was verdienen sie aber tatsächlich? Große Einkaufsketten haben plötzlich viele regaleeinpackende, flaschenabnehmende und plastiktütenpackende Leute mit Schürze beschäftigt. Die Geringverdienergesellschaft ist auf dem Vormarsch.

Anne Alex ist Mitarbeiterin der PDS-Bundestagsgruppe. Ihr Beitrag mußte aus Platzgründen leider gekürzt werden.

¹ Mikrozensus 1995 in: Statistisches Bundesamt (Hrsg., 1997, Datenreport 1997, Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 340, S. 104).

² Ebenda, S. 106.

³ Schäfer, Pohl, 1996, Niedriglöhne. Armut trotz Arbeit, VSA-Verlag Hamburg

Für Beendigung des justiziellen Ausnahmezustands

Von der *taz* kürzlich befragt, ob er sich für die Abschaffung des Kontaktsperrgesetzes einsetzen werden, antwortete Bundesjustizminister Schmidt-Jortzig, das Gesetz werde zwar nicht mehr benötigt, seine Aufhebung lohne aber die Mühe nicht. Wenige Tage später wurde der FDP-Minister aus der CDU/CSU dahingehend berichtigt, daß auf das Kontaktsperrgesetz auch keineswegs verzichtet werden könne, ebensowenig wie auf die anderen im „Kampf gegen den Terrorismus“ geschaffenen Gesetze.

Zwei Gründe dürften ausschlaggebend dafür sein, daß die Politik an den Sondergesetzen unter allen Umständen festhalten will: Zum einen werden sie angewandt – heute vor allem in der Kurdenverfolgung – bzw. bereitgehalten zur Niederschlagung von Opposition. Zum anderen würde ihre Aufhebung ein Schlaglicht auf die staatliche „Terrorismusbekämpfung“ werfen, auf staatliche Kampfziele, die der Prüfung auf Legitimität, und auf Kampfmethoden, die der Prüfung auf Rechtsstaatlichkeit nicht standhalten; sie würde auch die Freilassung der z.T. seit ca. 20 Jahren in Haft gehaltenen Gefangenen aus der RAF unabweisbar auf die Tagesordnung setzen.

Es ist zu wünschen, daß die beiden hier vorgestellten, gleichgerichteten Initiativen von Grünen und PDS im Bundestag aufgegriffen werden. scc

20 Jahre Herbst sind genug

Der Deutsche Herbst jährt sich zum 20. Mal – Anlaß für manche Rückschau, Erinnerung und Fernsehspiele. Diskutiert wird darüber, als wäre das alles nur Vergangenheit. Jedoch ist dieser Deutsche Herbst nicht nur ein historisches Datum, sondern die Ereignisse des Jahres 1977 haben unmittelbare Auswirkungen bis heute. Dieser Herbst hat die Bundesrepublik zu ihrem Nachteil verändert.

Nicht nur die bewaffneten Gruppen, sondern als solche bezeichnete „Sympathisanten“, kritische Geister, die Außerparlamentarische Opposition, später dann Punker und Autonome wurden als nicht zum Gemeinwesen, zu einer offenen Gesellschaft gehörend, begriffen, sondern ausgegrenzt. Diese Verfestigung eines latent staatsautoritären Zuges der Gesellschaft und die auf Vernichtung eines „Feindes“ mit kriegerischen Mitteln angelegte Innenpolitik haben die politischen und psychologischen Grundlagen dieser Gesellschaft verschoben. Die damalige staatliche Reaktion u.a. auf den bewaffneten Kampf der RAF drückt sich in geltenden Normen der Strafprozeßordnung, des Strafgesetzbuches und Nebengesetzen bis heute aus. In einer als Ausnahmesituation empfundenen gesellschaftlichen Auseinandersetzung

wurden Sondergesetze im Schnellverfahren verabschiedet. Diese Bestimmungen wurden selbst von Springers *Morgenpost* (vom 2.10.1977) als Gesetze bezeichnet, mit denen „schwere Eingriffe in die Rechte Beschuldigter legalisiert (wurden) und die üblicherweise ein Kriterium für Diktaturen darstellen“.

Sie sind heute immer noch gültig. Gültigkeitsberechtigung haben sie keine.

Es gibt keinen Grund für die weitere Existenz von Sondergesetzen wie

- dem Kontaktsperrgesetz, § 31 ff. EGGVG
- dem strafrechtlichen Tatbestand der terroristischen Vereinigung, § 129a StGB,
- der Vorschrift des § 112 Abs. 3 StPO (Erlaß eines Haftbefehls bei Verdacht nach § 129a StGB ohne Haftgrund)
- der obligatorischen Kontrolle der Verteidigerpost, § 148 Abs. 2 StPO, § 29 Abs. 2 StVollzG
- der Durchführung von Jedermannkontrollen bei Fahndungen im Rahmen von § 129a StGB, § 111 StPO
- dem pauschalen Verbot der Verteidigung von mehreren Beschuldigten in einem Verfahren, § 146 StPO.

Wir, die Unterzeichnenden, fordern den Bundestag auf, diese Gesetze abzuschaffen. Wir fordern die Parteien auf, entsprechende Gesetzesentwürfe mit dem Inhalt der ersatzlosen Streichung einzubringen.

Dem seit 1977 andauernden justiziellen Ausnahmezustand sollte anlässlich des unrühmlichen 20. Jahrestages des Deutschen Herbtes ein Ende bereitet werden.

Erstunterzeichner:

Bundesvorstand des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins: Rechtsanwältin Doris Dierbach, Hamburg (Vorsitzende), Rechtsanwalt & Notar Kay-Thomas Pohl, Berlin, Rechtsanwalt Wolf-Dieter Reinhardt, Hamburg, Rechtsanwalt Rainer Ahues, Hannover, Rechtanwalt Ulf Dembski, Greifswald, Rechtsanwalt Martin Lemke, Hamburg, Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck, Hamburg; Rechtsanwalt Dieter Hummel, Berlin (Mitglied des Bundesvorstands der Vereinigung Demokratischer Juristen) sowie der gesamte Bundesvorstand der VDJ; Rechtsanwalt Volker Ratzmann, Berlin (Mitglied des Vorstandes der Vereinigung Berliner Strafverteidiger)

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin

Bundesratsinitiative zur Abschaffung der §§129 und 129a StGB (Kriminelle und Terroristische Vereinigung) und der Folgevorschriften

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel der Abschaffung der §§129 und 129a StGB und ihrer Folgevorschriften, der sogenannten Anti-Terror-Gesetze, zu ergreifen.

Begründung: (...) Ende der siebziger

Jahre haben SPD, F.D.P. und CDU einen vermeintlichen Wettkampf um die innere Sicherheit begonnen. In verschiedenen Gesetzesinitiativen wurden seit 1974 die sogenannten Anti-Terror-Gesetze verabschiedet. Die Bundesrepublik gelangte damit in der rechtsstaatlichen Gestaltung des Strafprozesses an ihren Tiefpunkt. Die Unschuldsvermutung und das Prinzip der freien, ungehinderten Verteidigung wurde für diese Verdächtigen quasi abgeschafft.

Geändert wurden die Strafprozeßordnung, das Gerichtsverfassungsgesetz und das Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz. Zudem wurden einige materiell-strafrechtliche Normen noveliert bzw. neu eingeführt: die §§ 88a, 111, 126, 129a, 130a, 138, 140, 145d, 241 StGB.

(...) Die §§129, 129a StGB gehören abgeschafft. Sie stellen nichts anderes als die Aufgabe des Tat- und Schuldstrafrechts zugunsten eines Gesinnungsstrafrechts dar. Die Strafbarkeit wird durch sie in das Vorfeld der Vorbereitung konkreter strafbarer Handlungen weit vorgelagert. Mit dieser Vorverlagerung des Strafrechtsschutzes unterlaufen beide Vorschriften die das Tatstrafrecht als Ausdruck des Rechtsstaatspostulats kennzeichnende Grenze zwischen (grundsätzlich) strafloser Vorbereitung und (im Einzelfall) strafbarer Handlung. Daraus resultierte eine uferlose Anwendungsmöglichkeit dieser Vorschriften, die dem grundgesetzlich garantierten Bestimmtheitsanspruch in keiner Weise entsprechen. (...)

Der § 129a StGB ist Anknüpfungspunkt für zahlreiche gravierende verfahrensrechtliche Maßnahmen. (...) Ein Verdacht nach dieser Vorschrift begründet einen absoluten Untersuchungshaftgrund, ohne daß es noch der Feststellung von Flucht, Verdunkelungs- oder Wiederholungsgefahr bedarf. (...)

Weiterhin knüpfen sich an den § 129a isolierende Haftbedingungen, deren Anordnung im Fall einer Kontaktsperr (§§ 31ff EGGVG) gesetzlich vorgeschrieben ist. (...) Sie ermöglicht die wochenlange totale Isolation, nicht mal Kontakte mit der Verteidigung sind möglich. Damit ist der Anspruch auch dieser Gefangenen auf psychische, körperliche und moralelle Integrität als Menschen und als Prozeßsubjekte negiert. (...)

Im Jahre 1989 hat der Bundesgesetzgeber die sogenannte Kronzeugen-Regelung geschaffen, mit der unter der irreführenden Bezeichnung „Tätige Reue“ ein Privileg für Denunzianten eingeführt wurde. (...)

Zwanzig Jahre nach dem deutschen Herbst 1977 gehört das StGB von solchem Gesinnungsstrafrecht befreit.

(aus Platzgründen gekürzt)

Eine große Koalition oder eine rot-grüne Koalition?

Die Hamburger Bürgerschaftswahlen bringen eine zwar nicht ganz durchgängige, aber erkennbare Rechtsentwicklung zum Ausdruck.

Die SPD entwickelte mit ihren den Wahlkampf dominierenden „Law-and-order“-Parolen (s. auch *Politische Berichte* Nr. 19) stark reaktionäre Ordnungsvorstellungen. Vor allem in ihre Verantwortung fällt, daß zwei politische Elemente gestärkt wurden: das Element von Ausschließung, Ausgrenzung, Entsolidarisierung und das Element von Autorität, Staatsautorität. Die SPD hat jedoch die Ernte ihrer schlimmen Saat nicht selbst eingefahren. Ihr Wahlkampf hat die Rechtsextremen und Neofaschisten begünstigt. Sie selbst hat 4,2 Prozentpunkte bzw. 43.572 Stimmen verloren (gegenüber 1991 sogar rund 100.000 Stimmen), zum Teil direkt an die DVU, deren Stimmgewinne überall dort überproportional hoch waren, wo die Stimmverluste der SPD überproportional hoch waren, vor allem in den öden Großwohnsiedlungen. Die CDU hat gegenüber 1993 (25,1%) rund 40.000 Stimmen gewonnen und 30,7% erreicht, das Ergebnis von 1991 (35,1%) jedoch verfehlt.

Auffällig ist, daß die Grünen (GAL) mit 13,9% ihr vergleichsweise hohes Niveau im Stadtstaat haben stabilisieren, aus den großen Verlusten der SPD jedoch nichts für sich haben verbuchen können. Angesichts der Tatsache, daß sie der Auseinandersetzung mit den Inhalten der reaktionären Wahlkampfmobilisierung ausgewichen sind, ist das jedoch so be-

merkenswert nicht: Sie haben kein Gegen gewicht gebildet.

Andererseits hat die FDP, in den entscheidenden Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik der äußerst rechte Flügel der Bonner Koalition, mit ihren 3,5% den Wiedereinzug in die Bürgerschaft verfehlt und sogar noch 0,7 Prozentpunkte (ca. 6.500 Stimmen) verloren.

Bürgermeister Voscherau, der die Wendung der SPD hin zu staatsautoritären Vorstellungen wie kein anderer repräsentierte, ist noch am Wahlabend zurückgetreten. Die SPD ist allein nicht regierungsfähig. Mit ihm wäre eine rot-grüne Koalition sehr unwahrscheinlich gewesen; ob sie mit seinem Nachfolger Runde wahrscheinlicher geworden ist, steht noch dahin – der Druck in Richtung große Koalition insbesondere aus den Vorstandsetagen der Hamburger Wirtschaft ist immens. Vor dem Hintergrund der Hamburg-Wahlen zeichnet sich für die Bundestagswahlen die Fragestellung: große Koalition oder Rot/Grün neu ab.

Weichenstellung

In der BRD stimmt das soziale Gefüge mit dem sozialrechtlichen Gefüge nicht mehr zusammen. Vor allem in der Sozial- und Steuergesetzgebung stehen – so oder so – große Umwälzungen an. Die konservativ-liberale Koalition antwortet auf den Wandel mit Maßnahmen, die die soziale und politische Ungleichheit vertiefen, die Ausgrenzung vorantreiben und im Inneren zu einem autoritären Staat, nach außen zu Einmischung und Kriegen führen. Diese Politik hat eine Basis in den

„Was haben Sie gegen das Militär?“

In einer Presseerklärung hatten Dietmar Bartsch und André Brie (PDS-Parteivorstand) den Versuch unternommen, sich von der Aussage des Hamburger Wahlplakat „Soldaten benutzen bisweilen Schaufeln statt Gewehre und sind im militärischen Ernstfall staatlich ausgebildete Mörder“ (siehe *Politische Berichte* Nr. 19, S. 22f.) zu distanzieren, ohne Tucholsky („Soldaten sind Mörder“) mit in die Pfanne zu hauen. Sinngemäß: In der Konkretisierung auf den Bundeswehreinsatz an der Oder läge das Verfälschende, Verwerfliche. Eine Antwort aus Hamburg, gefunden im CL-Netz, macht deutlich, daß das Problem bei Bartsch und Brie liegt: Ihre mangelhafte und oberflächliche Kenntnis Tucholskys treibt sie unversehens in

die frontale Auseinandersetzung mit pazifistischen Grundaussagen.

In der Antwort heißt es: „Mit dem Plakat wurden nicht die einzelnen Soldaten diffamiert, sondern der Militarismus wurde angegriffen, und dies in dem Sinne von Tucholsky und nicht, wie Dietmar und André unterstellen, gegen diesen. Denn auch die Kritik an einem Einsatz bei einem Dammbruch ist nicht neu, sondern wurde so schon von Tucholsky im „Gesunden Pazifismus“ formuliert:

„Aber sehen Sie doch, in allen Ländern, wie hübsch die Soldaten marschieren; und wie nett sie blasen und tu ten und trommeln; und wie schmuck sie aussehen; und wie wacker sie helfen, die organisierten Nichtstuer, wenn es einmal im Jahr einen Dammbruch zu verhüten gilt. Was haben Sie gegen das Militär –?“

Die PDS kandidiert zur Landtagswahl in Niedersachsen im März 1998

Der Landesverband Niedersachsen der PDS wird zur Landtagswahl am 1.3.1998 kandidieren und eine offene Landesliste aufstellen. Dies beschloß die Landesdelegiertenkonferenz am 28.9.1997 in Oldenburg. Von den Delegierten wurde ein Landeswahl aus schuß und ein neuer Vorstand gewählt.

Als Vorsitzender des Landesverbandes wurde der Oldenburger Rechtsanwalt und Ratsmitglied des Stadtrates Hans-Henning Adler wiedergewählt.

Die Landesdelegiertenkonferenz wird am Wochenende des 22./23.11.1997 fortgesetzt, um dann ein Landeswahlprogramm „Niedersachsen – sozial und solidarisch“ zu verabschieden und die Landesliste zu wählen, zu der Sozialistinnen und Sozialisten aus Niedersachsen aufgerufen sind, sich zu beteiligen.

Der Landesverband hat einem Beschuß des Bundesparteitages folgend seinen Namen geändert und den früher geführten Zusatznamen „Linke Liste“ aufgegeben. Kreisverbände können diesen Namenszusatz aber noch führen.

Oldenburg, den 28.9.1997
gez. Hans-Henning Adler

Begünstigten des Systems. Doch diese bilden nur eine, wenn auch keine ganz kleine, Minderheit. Dies Ungleichgewicht bedroht die parlamentarische Mehrheit der Koalition. Sie sieht ihren Ausweg in einem Konjunkturaufschwung, der den Kreis der Begünstigten wachsen lassen und in weiteren Kreisen zumindest die Hoffnung auf Begünstigung schüren und der so der Koalition erneut eine parlamentarische Mehrheit verschaffen kann. Aber selbst wenn sie die Wahlen gewinnt, ist es fraglich, ob die erreichbare Mehrheit die großen Umbauten trägt und die gegenwärtige Stockung, für die man mit der Definitionsmacht der Herrschenden den Begriff „Reformstau“ gefunden hat, lösen kann.

Eine große Koalition setzt voraus, daß ein breiterer gesellschaftlicher Konsens in wichtigen Grundfragen hergestellt wird: darüber vor allem, daß als Prinzipien bei den Umbauten nicht die Solidarität, sondern die Ausschließung und Ausgrenzung, und nicht die Selbstbestimmung der Menschen, sondern die Staatsautorität zur Geltung gebracht werden. Die SPD hat sich in ihrem Hamburger Wahlkampf, unter ausdrücklichem Bezug auf die von Voscherau gern so bezeichneten „kleinen Leute“, darauf eingelassen, und es bedarf schon einer weitgehenden Kehrtwende, wenn sie für Bonn ernsthaft eine rot-grüne Koalition anstrebt.

Die DVU kam nur knapp unter 5 Prozent

„Immer mehr Hamburger sagen: Schnauze voll“, volkstümelte die Wahlkampfausgabe der *Deutschen Zeitung* und traf damit offensichtlich die Stimmung von 40.912 Hamburger Wählerinnen und Wählern, die einem dumpfen Rassismus im Stürmerstil zustimmen und DVU wählten. Bei einem Ergebnis von 4,975 Prozent verhinderten 190 fehlende Erststimmen den Einzug der DVU ins Rathaus. Auf kommunaler Ebene erzielte die DVU 5,3%; sie wird in vier von sieben Bezirksparlamenten (Mitte (8,5%), Harburg (7,5%), Wandsbek (5,5) und Bergedorf (5,5)) vertreten sein.

Ausschlaggebend für den DVU-Erfolg war eine massive Propagandaschlacht „ohne Personal, aber mit Millionen Kapital im Rücken“. Hatte sich die DVU ihren Dreck im Hamburger Wahlkampf 1993 noch 2 Millionen Mark kosten lassen, dürften diesmal allein die Ausgaben für die rund 3 Millionen Postzustellungen diesen Betrag überschritten haben. Dazu kommen noch einmal Hunderttausende für Sicht- und Flugzeugwerbung.

Rechnet man die Ergebnisse der konkurrierenden Reps (1,9%) und der NPD (0,1%) hinzu, beträgt der Stimmenanteil bei der Bürgerschaftswahl für offen-

sichtlich (neo)faschistische Parteien knapp sieben Prozent. Ohne den „Wolf im Schafspelz“ bleibt diese Rechnungen jedoch unvollständig: Vom Bund freier Bürger, der mit 1,3 Prozent deutlich unter den eigenen Erwartungen abschnitt, erhofft sich ein Teil der Braunzone zwischen Neokonservatismus und Faschismus, „im bürgerlich-reputierlichen Milieu ehemaliger FDP- und CDU-Wähler Anhänger zu sammeln“.

Doch weder der massive Einsatz von Geld und Werbung in einer Größenordnung der etablierten Parteien noch die gezielte Ansprache im Stil einer „D-Mark-FDP“ führte zum Einbruch in das umworbene, rechtsbürgerliche Wählerklientel. Viele der BfB-Wähler dürften deshalb von dem strategischen Gedanken eines Parteiaufbaus „rechts der Union“ geleitet sein. In der letzten Ausgabe der *Jungen Freiheit* unmittelbar vor der Wahl lesen sich diese Überlegungen so: „Viele politisch Interessierte, die sich durch das Parteienspektrum nicht mehr repräsentiert fühlen, rechnen mit einem Trend, auf wen man 1998 ‚setzen‘ soll. So plädiert der Starnberger Friedensforscher Alfred Mechtersheimer in einem internen Papier für die, von ihm initiierte ‚Deutschland-Bewegung‘, daß seine Anhänger ‚sich auf das beste Pferd‘ konzentrieren sollen. Das ‚beste Pferd‘ sei die alternative Partei, die in Hamburg das höchste Ergebnis er-

zielt. Wobei er als relevante Alternativen den Bund freier Bürger und die Republikaner ansieht.“

Fazit: Ausgehend von den Ergebnissen der Bürgerschaftswahl vor vier Jahren, bei der NL, DVU und Reps zusammen auf 7,6 Prozent kamen, konnte sich der Anhang faschistischer und rechtspopulistischer Parteien mit sieben bis acht Prozent auf erschreckend hohem Niveau stabilisieren.

Vor allem der hohe Anteil an Jungwählern (18 bis 25 Jahre) für die DVU ist es, der für die politische Auseinandersetzung Schlimmes befürchten läßt. Mit einem infamen Plakat, welches im Stürmermäntel mit einem Bild zum Rassenhaß gegen „Türken“ und „Neger“ aufruft und sogar diejenigen schockierte, die von der DVU einiges gewöhnt sind, umwarb der Frey-Verein in der Woche vor der Wahl seinen potentiellen Nachwuchs.

Der breite Widerstand gegen die DVU-Hetze darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Verrohung in der rechten Jugendszene erschreckende Ausmaße angenommen hat. Rund 10 000 junge Erwachsene – beziehungsweise jeder achte männliche Jugendliche (12,4% der Männer; 5,4% der Frauen dieser Altersgruppe) – setzen ihr Kreuz nicht trotz, sondern wegen des demonstrativen und aggressiven Rassenhasses bei der DVU.



Wahlkampf-Szene in Hamburg. Foto: FotoArchivKollektiv

„Law and order“

Voscherau hat noch nach der Wahlniederlage wiederholt geäußert, daß die Rechtsextremen, hätte die SPD nicht die innere Sicherheit und „Ausländer-Kriminalität“ zum Wahlkampfthema gemacht, weitaus höhere Ergebnisse erzielt hätten. Man fragt sich, wie es möglich ist, daß ihre Law-and-order-Kampagne der äußersten Rechten nutzt, ohne daß die SPD, davon ist auszugehen, das will oder auch nur einsieht.

Es ist eine vor allem in den Großstädten zu machende Erfahrung, daß die soziale Zerkleinerung auch in der Arbeiterbevölkerung die Tendenzen stärkt, mit der Macht zu gehen, auf die selbst erfahrene Ausgrenzung mit Ausgrenzung, auf die erfahrene Ohnmacht mit dem Ruf

nach der Staatsautorität zu reagieren. Das erklärt die Einbrüche der Rechtsextremen und Faschisten in die sog. Arbeiterviertel. Der Unterschied zwischen SPD und DVU ist, subjektiv wie objektiv, evident, und wenn etwa Voscherau sagt: Kriminelle Ausländer der abschieben, dann meint – und macht – er damit immer noch eine andere Politik als die DVU, die diese Parole auf ihren Wahlplakaten verklebt.

Doch bei aller Unterschiedlichkeit in der Politik stärkt die von der SPD losgetrennte Law-and-order-Kampagne die Elemente des Ausschließens und der Staatsautorität, die am brutalsten, entfesseltsten die Faschisten verkörpern. Sie hat nicht – oder zunehmend weniger – die „kleinen Leute“ an die SPD gebunden, sondern Hemmschwellen gegen die Wahl von DVU und Reps gesenkt.

Probleme der PDS-Politik

Die PDS erzielte 0,7% bzw. 5.350 Stimmen, eine Verbesserung von ca. 1.600 Stimmen gegenüber 1991 (0,5%) und gut 1.000 Stimmen gegenüber dem Ergebnis der Linken Alternative 1993. Gegenüber den Bundestagswahlen 1994 verlor die PDS über 16.000 Stimmen.

Der Parteivorstand reagierte auf das Ergebnis distanzierend. Mit einer „prinzipiell anderen Politik“ habe die PDS 1994 in Hamburg 2,2% erreicht und gute Aussichten, 1998 über 3% zu erreichen. Tatsächlich hat die PDS als ganze im Wahlkampf nicht eine „prinzipiell andere“ Politik als der Teil des Hamburger Landesverbandes gemacht, der den Wahlkampf geführt hat, sondern im wesentlichen keine. In der Hamburger PDS-Diskussion wird kritisiert, daß die PDS die großen sozialen Probleme nicht in den Mittelpunkt gestellt, keine konkreten Alternativen aufgezeigt hat. Das größere Problem ist jedoch, daß die PDS für die Auseinandersetzung mit den reaktionären Inhalten des Wahlkampfes nicht gerüstet war; es gibt keine PDS-Politik, die in diesem Wahlkampf auf die Landesebene hätte konkretisiert werden und bestehen können. Durch Ausweichen auf andere Gebiete wird die PDS dieses Manövra nicht ausgleichen können. Sie kann in den bevorstehenden harten Auseinandersetzungen nur bestehen, wenn sie als innovative Kraft wirksam wird, ihr politisches Handeln und Streben umfassend aus den Interessen der Nicht-Begünstigten, Ausgegrenzten begründet, die Elemente von Solidarität, Selbstbestimmung und Selbsttätigkeit entfaltet. Nicht nur in der Sozialpolitik, auch und gerade in der Flüchtlingspolitik, „Ausländerpolitik“, der Außenpolitik. scc, kun

Eine Petition gegen das PKK-Verbot?

Auch wenn die große Anstrengung des „Friedenszug Musa Anter“ nicht den erhofften politischen Fortschritt für eine politische Lösung der Kurdistan-Frage erbracht hat: Die Anstrengungen für eine politische Lösung dürfen nicht nachlassen. Für eine politische Lösung des Kurdistan-Konflikts eintragen heißt auch, die Aufhebung des seit 1993 in der Bundesrepublik geltenden PKK-Verbots zu verlangen. Der nebenstehend dokumentierte Aufruf ist deshalb eine gute Sache, die unbedingt Unterstützung verdient – auch bei den Grünen, bei antifaschistischen Gruppen, Gewerkschaften, Kirchen, Flüchtlingsgruppen usw., die in der Liste der Erstunterzeichnenden eher noch schwach vertreten sind.

Die in dem Aufruf enthaltene „dringende Aufforderung an die deutsche Bundesregierung und das Parlament, das „PKK-Verbot“ aufzuheben“, könnte womöglich durch eine weitere, auf dem Aufruf aufbauende Aktion noch wirkungsvoller unterstrichen werden.

Wenn es gelänge, eine breit angelegte Petition – mit Unterstützung von Leuten aus verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Spektren – an den kommenden, im September 1998 neu zu wählenden Bundestag ins Leben zu rufen, so könnten über das gesamte kommende Bundestagswahljahr hin auf vielen politischen Aktionen, Infoständen, Veranstaltungen usw. für diese dringend notwendige Aufhebung des PKK-Verbots und eine demokratische „Wende“ in der Kurdistan- und Kurdenpolitik in diesem Land Unterschriften gesammelt werden und im September / Oktober 1998 dem dann neugewählten Bundestag übergeben werden.

Wenn viele mitmachen, müßte es eigentlich gelingen, unter eine solche demokratische Petition viele Unterschriften zu sammeln.

Auch von den kurdischen Vereinen und ihren vielen Mitgliedern hierzulande könnte eine solche Aktion unterstützt werden, denn das Petitionsrecht ist nicht an die deutsche Staatsbürgerschaft gebunden, kann also auch von hier lebenden Kurdinnen und Kurden uneingeschränkt wahrgenommen werden!

Vielleicht läßt sich ja auf den Veranstaltungen und anderen Aktionen, die rund um den nebenstehenden Aufruf stattfinden sollen, hierüber bereits eine Verständigung erzielen. *rül*

„Dialog statt Verbot!“

In Deutschland leben mehr als 500 000 Kurdinnen und Kurden, z.T. als Arbeitsmigranten, z.T. als politische Flüchtlinge. Sie sind die drittgrößte Bevölkerungsgruppe unter den Migranten. Obwohl die Angehörigen aller anderen Nationalitäten sich in Deutschland frei organisieren und artikulieren können, werden diese Rechte den Kurden vorenthalten. Die rechtliche Grundlage für diese beispiellose Diskriminierung der Kurden in Deutschland bildet das sog. „PKK-Verbot“ des Bundesinnenministers Manfred Kanther vom 26.11.93.

Dieses Verbot zog eine harte Kriminalisierungswelle gegen Kurdinnen und Kurden nach sich. Rund 300 von ihnen verbüßen in deutschen Gefängnissen Haftstrafen oder warten auf ihre Prozesse. Es gab und gibt Tausende von Verfahren wegen des Zeigens „verbotener Symbole“, wegen Teilnahme an „verbotenen Demonstrationen“ oder wegen „verbeten Parolen“. Ungezählte Existenzien wurden vernichtet, Familien zerbrochen, bisher unbescholtene Menschen zu hohen Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt. Nicht zuletzt wurde der Protest gegen die Verbote verboten – ob er von Kurden oder Deutschen angemeldet wurde.

Seit 1993 hat sich vieles geändert, sowohl in Kurdistan und in der Türkei als auch in Deutschland. Die Bemühungen der kurdischen Organisationen und deren Verhaltensweisen in Europa werden von vielen Menschen, gesellschaftlichen Kräften und Organisationen in Deutschland wahrgenommen, begrüßt und auch unterstützt. Vor dem Hintergrund dieser wichtigen Veränderungen erscheint das deutsche „PKK-Verbot“ überholt, zumal die ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) europaweit immer mehr Zuspruch und diplomatische Akzeptanz erfährt und in vielen europäischen Hauptstädten offizielle Büros unterhält, so z.B. in Rom, Athen, Wien oder Kopenhagen.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Aufrufs wenden sich mit der dringenden Aufforderung an die deutsche Bundesregierung und das Parlament, das „PKK-Verbot“ aufzuheben und damit eine Normalisierung der Verhältnisse einzuleiten. Nicht zuletzt wür-

de ein solches Vorgehen auch Friedenschritte in der Türkei erleichtern. Es ist an der Zeit, durch einen Prozeß des Dialogs das bestehende Unrecht gegenüber den Kurden in Deutschland aufzuheben und sie mit den Angehörigen anderer Nationalitäten gleichzustellen.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner fordern außerdem die deutsche Öffentlichkeit auf, diesen Aufruf auf breiter Basis zu unterstützen und an den Veranstaltungen teilzunehmen, die mit dem Ziel der Aufhebung des Verbots in den kommenden Wochen überall in Deutschland stattfinden werden.

Es ist an der Zeit, den Kurden in Deutschland den Knebel aus dem Mund zu nehmen – das „PKK-Verbot“ muß aufgehoben werden!

Erstunterzeichner, -innen und Organisationen:

Aachener Friedenspreis (Vorstand) • Appell von Hannover (Hans Branscheidt) • Mitglieder des deutschen Bundestags PDS: Ulla Jelpke, Dr. Winfried Wolf, Heidemarie Lüth, Willibald Jacob, Barbara Höll, Dr. Günther Maleuda, Maritta Böttcher, Rosel Neuhäuser, Prof.Dr. Ludwig Elm, Eva Bulling-Schröter, Rolf Köhne, Steffen Tippach, Heinrich Graf von Einsiedel • MitarbeiterInnen der PDS-Bundestagsgruppe: Daniela Zafari, Dr. Angelika Schifflers, Monika Morres, Gundrun Hentges, Mark Holzberger, Ute Abraham, Katina Schubert • prison watch international, Niedersächsisch-kurdische Initiativgruppe „Dialog statt Verbot“, Heidi Lippmann-Kasten, MdL Niedersachsen • Rote Hilfe (Bundesvorstand) • Verein der Juristen aus Kurdistan • Heinz Stehr (Bundesvorsitzender der DKP) • Anti-Diskriminierungsrat Schleswig Holstein • Lübecker Bündnis gegen Rassismus • Basta! Linke Jugend Lübeck • Rechts hilfeverein AZADI e.V. • Informationsstelle Kurdistan e.V.

Voraussichtlich in der Zeit vom 4.-26.11. wird ein Kampagnenbus gegen das „PKK-Verbot“ durch Deutschland reisen.

Informationsstelle Kurdistan e.V., Maxstraße 50, 53111 Bonn. Telefon / Fax: 0228-65 61 27



Der Tod zweier Etarras wirft Fragen auf

Unmittelbar vor Beginn des Prozesses am 6.10. gegen die gesamte Leitung der baskischen Linkspartei Herri Batasuna (HB) wegen angeblicher „Kollaboration“ mit der ETA sieht es ganz so aus, als würde es zu einer Verurteilung kommen. Die gegenwärtige Situation stellt sich für HB sehr ungünstig dar: Die spanische Regierung und mit ihr die gesamte Rechte drängen auf eine Verurteilung der baskischen Politiker. Die rechte spanische Presse erzeugt noch zusätzlichen öffentlichen Druck auf die Justiz.



10 000 Personen versammelten sich am 13.9. in Anoeta, um den 20. Jahrestag des Ersterscheinen der baskischen Tageszeitung „egin“ zu feiern. Die Zeitung „egin“ ist das Sprachrohr der baskischen Linken. Sabier Salutregi, Zuzendaria (Direktor) der Zeitung: „Ohne freie Information wird es niemals Freiheit geben“.

In der linken baskischen Tageszeitung *egin* wurden während der letzten zweiinhalb Monate die Vorfälle des Sommers ausführlich und kontrovers diskutiert. Zunächst wurde verschiedentlich angezeigt, die ETA zu einer einseitigen Waffenruhe aufzufordern, um die Lage zu entspannen. Dem versetzte der spanische Innenminister Mayor Oreja einen Dämpfer, indem er äußerte, er würde nicht eine Minute damit verschwenden, sich mit einer möglichen Waffenruhe der ETA zu beschäftigen.

Die pazifistische Richtung innerhalb der baskischen Linken vertritt insbesondere die soziale Bewegung „Elkarri“, die im *egin* einerseits HB vor Angriffen und Ausgrenzungsbestrebungen der übrigen Parteien verteidigte, andererseits aber auch die falsche und selbstzerstörerische ETA-Strategie kritisierte. Im Laufe der Diskussion mehrten sich die Beiträge, die sich mit dem Problem beschäftigten, daß die spanische Rechte offenbar darangegangen ist, nicht allein ETA, sondern die ganze linke baskische Unabhängigkeitsbewegung zu zerschlagen.

Am 10.9. wandte sich HB mit einer ausführlichen Erklärung in Form eines Briefs an die internationale Öffentlichkeit.

Außer den Fakten, die bisher schon in den *Politischen Berichten* dargestellt wurden, erwähnte HB z.B. noch:

„Seit dem 12. Juli ist das Leben ein absoluter sozialer Alptraum. Angriffe auf HBs gesellschaftliche Zentren und Attacken offenkundig anti-baskischer Natur, oft mit äußerst faschistischem Verhalten, gegen HBs Unterstützer und Sympathisanten finden statt. Baskische Fahnen werden von öffentlichen Zentren herabgerissen und verbrannt, Eingangstüren von Zentren Herri Batasunas werden zertrümmert, und die Leute, die aus diesen Zentren herauskommen, werden brutal angegriffen. Sogar auf den Straßen werden Leute, die T-Shirts oder

Buttons mit baskischen Slogans tragen, gejagt und verprügelt.“

„Auf sie muß gezeigt werden, man muß sie beschimpfen, sie müssen sozial isoliert werden“, sagen Politiker der regierenden PP über die Unterstützer und Sympathisanten HBs. Die soziale Atmosphäre ist so, daß einige politische Anführer, die ansonsten die Anti-ETA-Politik der Regierung unterstützen, ihre Besorgnis zeigen, erschreckt über die faschistische Eskalation, so wie dies Julio Anguita tut, Präsident der Vereinigten Linken in Spanien, der eine Parallele zwischen der Verfolgung Herri Batasunas und der linken Basken und der Verfolgung, die die Juden durch die Hand der Nazis erleiden mußten, zieht.“

Wie kommt es dann, daß HB ETAs Aktionen nicht verurteilt? „Herri Batasuna fällt schon vor langem die Entscheidung, sich nicht den Verurteilungen von ETA-Aktionen anzuschließen, solange es keine wirkliche Demokratie im Baskenland gibt und unsere Meinung und unsere politische Aktivität nicht frei und ungehindert sind.“

„Der spanische Staat besteht darauf, HB aus der baskischen politischen und sozialen Szene auszuradieren, obwohl er weiß, daß HB eine völlig legale politische Partei mit breiter Wählerunterstützung, friedlichem Verhalten und absolut demokratischen und legitimen Zielsetzungen ist.“ „Der Staat hat nicht den Mut, dem politischen Projekt der baskischen Linken, Unabhängigkeit und Sozialismus, ins Gesicht zu sehen, und so weigert er sich einfach, uns den demokratischen Weg zur Verfügung zu stellen, unsere Ziele zu erreichen; der spanische Präsident Aznar sagte es kristallklar: „Sie werden an keinem ihrer Ziele ankommen und weder die Unabhängigkeit noch den Sozialismus erreichen.“

Herri Batasuna appelliert an die Solidarität der internationalen Öffentlichkeit: „Wir sind uns wohl bewußt, daß ei-

ne positive Anteilnahme der internationalen Gemeinschaft fundamental für uns ist.“

Der blutige Konflikt im spanischen Baskenland hat in der Nacht vom 23. zum 24.9. wieder zwei Todesopfer gefordert: Die Guardia Civil erschoß in Bilbao zwei Mitglieder der ETA. Erste polizeiliche Darstellungen, wonach die Guardias in Notwehr abgefeuert hätten, wurden von Augenzeugen nicht bestätigt; trotzdem sprach das spanische Innenministerium von einer gelungenen Aktion und zeigte sich „befriedigt“.

egin schreibt (25.9.): „In den letzten 15 Jahren sind 30 Militante baskischer bewaffneter Organisationen in Umständen gestorben, die die offizielle Version immer als „bewaffnete Auseinandersetzung“ dargestellt hat. Merkwürdigerweise kam bei diesen Vorfällen nur ein einziger Polizeiagent ums Leben“.

Einer der beiden in Bilbao umgekommenen Etarras, Gaizka Gaztelumendi (27), war zunächst in der Jugendorganisation Jarrai, bei Herri Batasuna und in der Amnesty-Organisation Gestoras pro-amnistia aktiv, bevor er vor drei Jahren in den Untergang ging. Der zweite Etarra wurde als Jose Miguel Bustinza (40) identifiziert. Dieser hatte über 15 Jahre im Exil gelebt; er hinterläßt eine Tochter.

Karmelo Landa (HB) nannte die Polizeiaktion eine „unheilvolle Operation“. Jarrai und die Gewerkschaft LAB, aber etwa auch die trotzkistische Gruppierung Zutik verurteilten den Tod der zwei Basken und riefen dazu auf, an den Protestdemonstrationen teilzunehmen. LAB äußerte dabei den Verdacht, die Guardia Civil könnte die Liquidation der Etarras bewußt einer Verhaftung vorgezogen haben. Im folgenden wurden noch 12 Personen verhaftet, das Innenministerium geht von der Zerschlagung des Kerns des ETA-Kommandos in Bizkaia aus.

Manfred Ostrowski

Neuer Überfall auf Südkurdistan

Zum zweiten Mal in diesem Jahr ist die türkische Armee in Südkurdistan eingefallen. In der Nacht zum 25. September überschritten rund 30 000 Soldaten und 1500 Dorfschützer die türkisch-irakische Grenze. 150 Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Cobra-Hubschrauber aus Hakkari und Sirnak sowie F16-Bomber von den Stützpunkten Malatya und Diyarbakir unterstützen die Invasion.

Tagelang war das Grenzgebiet bombardiert und türkische Soldaten auf Lkws mit irakischem Kennzeichen über die Grenze transportiert worden. Im von der KDP kontrollierten Gebiet ist die türkische Armee über Cizre-Habur auf der Straße von Dohuk Richtung Zaho entlang der syrischen Grenze rund 50 Kilometer vorgestoßen. Entlang der übrigen Grenze versucht die türkische Armee Brücken zu bauen, in den Schluchten vorzustoßen und die Gebirgszüge zu besetzen. An keiner Stelle kam die Armee über einige Kilometer hinaus. Auf der ganzen Grenzlänge haben sich heftige Kämpfe entwickelt. Zur Entlastung wurden jetzt die Spezialeinheiten aus Elazig, Urfa und Bolu an die vordere Frontlinie geschoben. Das sollen weitere ca. 20 000 Mann sein.

Wie beim letzten Einmarsch nach Südkurdistan erklärte die türkische Militärführung: Barzani, der feudale Führer der KDP-Irak, habe die Türkei um Hilfe angerufen. In den letzten drei Monaten fanden heftige Kämpfe zwischen der KDP und der PKK statt. Am Tag vor dem Überfall meldete die Nachrichtenagentur Reuters schwere Verluste der KDP. Gleich nach dem Einmarsch verkündete Barzani, daß er der PKK-Guerilla einen Monat Zeit lasse, sich aus Südkurdistan zurückzuziehen. Mit dem Vorstoß ins Grenzgebiet zum Iran greift die türkische Armee wieder das von der PUK unter Führung Talabanis kontrollierte Gebiet an, durch das die Ölpipelines aus dem Irak laufen und in dem große Öl- und Gasfelder liegen, die die Türkei gemeinsam mit dem Irak erschließen will. Der türkische Generalstab erklärte, jetzt würden die Stützpunkte der PKK vor dem Winter dem Boden gleich gemacht. Das Ziel sei das Hauptquartier im Zapgebiet. Diese Arbeit sollen jetzt die Dorfschützer und KDP-Einheiten unternehmen. Letztes Mal verlor die Armee hier 4 Hubschrauber und einen Teil ihrer Truppenführung.

Die Guerilla hat sich aus ihren Camps in die Berge zurückgezogen. Entgegen der Version des türkischen Generalstabs über hohe Verluste der PKK meldete das KDP-Radio 13 gefallene PKK-Kämpfer nach vier Tagen Invasion. In der Türkei griff die PKK wieder die Heimatkasernen und -stützpunkte der Invasionstruppen an und bekämpft die Nachschublinien. Im Innenbezirk der Stadt Hakkari

wurde die Kaserne vier Stunden lang eingekesselt und beschossen. Im Gebiet zwischen Diyarbakir und Bingöl wurden zahlreiche Militärstationen angegriffen, bei Elazig eine Kaserne der Spezialeinheiten. Die türkische Armee bekommt im Rücken der Invasionstruppen Probleme, da sie zum Schutz ihrer Einrichtungen in der Region Diyarbakir nur 60 Panzer zurückgelassen hat.

Der türkische Ministerpräsident Yilmaz begann am 29.9. seinen Deutschlandbesuch. In den Medien war keine Kritik an der türkischen Invasion zu hören. Bei der Bundesregierung wird er wieder Verständnis finden, nur sollten dabei etwas mehr die „Menschenrechte“ beachtet werden. Hatte die Bundesregierung nicht einen Monat zuvor die Durchreise des Friedenszuges Musa Anter von Brüssel nach Diyarbakir durch die Bundesrepublik unterbunden? rub

Sieg der Rechten – Sieg der Linken

Zu den Wahlen in Polen

Die Linke hat verloren, die konservative Strömung hat gewonnen – so kann man es überall in der Presse lesen. Es ist wie 1993: statt einer sachlichen Analyse läßt man sich von ideologischen Wünschen leiten. Führte das 1993 zu unnötigerweise niedergeschlagener Stimmung unter den Kommentatoren und Kommentatorinnen, so führt es heute zu ebenfalls überflüssigen Siegesposen. Dabei ist es ganz einfach, wenn man sich einmal nüchtern mit den Ereignissen beschäftigt.

Die Linke – und damit ist in erster Linie bei den Kommentatoren und Kommentatorinnen das Bündnis der Demokratischen Linken (SLD) gemeint – hat nicht nur nicht verloren, sondern gewonnen. Gegenüber der Wahl 1993 hat das Bündnis gut 6% mehr erhalten. 1993 bekam es 20,4% der Stimmen, 1997 dagegen über 27%. Wenn man zur Linken noch die linkssozialdemokratische Union der Arbeit (UP) hinzuzählt, was nur folgerichtig ist, hat die Linke insgesamt fast eine Million Stimmen hinzugewonnen.

Parlamentarisch zahlt sich das deswegen nicht aus, weil die UP mit 4,7% unter der 5% Hürde blieb. Die Linke hat aber insofern verloren, als sie nicht mehr die stärkste Fraktion im Parlament stellt. In allen Belangen verloren hat dagegen der Regierungspartner des SLD, die Polnische Bauernpartei (PSL), eine eher konservative Partei. Diese Partei rutschte von 15,4% auf knapp 7% der Stimmen.

Auf dem Hintergrund der Politik der PSL ist das kein Wunder, zeichnete sich diese Partei v.a. dadurch aus, daß sie am Ende der Legislaturperiode eine harte Oppositionspolitik betrieb, obwohl sie Teil dieser Regierung war. Das wiederum ist bei einer Partei, die so auftritt, als ob sie nur Posten interessiert, und die ihre politische Meinung so formuliert, daß sie mit jedem koalieren kann, kein Wunder.

Die stärkste Fraktion im Parlament bildet nun die rechte Wahlaktion „Solidarnosc“ (AWS). Sie erreichte mit fast 34% das deutlich beste Ergebnis. Dieses Bündnis besteht aus einem breiten Spektrum konservativer bis rechtsnationalistischer Organisationen und hat als programmatischen gemeinsamen Nenner den Antikommunismus und das Bekennen zu einem katholischen Polen. Es ist eng mit der katholischen Kirche verbunden, die sich diesmal weitgehend aus dem öffentlichen Wahlkampf herausgehalten hat. Inwieweit das Bündnis über die Wahlen hinaus hält, wird die Zukunft zeigen. Man muß aber sehen, daß der große parlamentarische Erfolg der Rechten noch dadurch deutlicher wird, daß eine andere Gruppe, die Bewegung für den Wiederaufbau Polens (ROP), mit über 5% ebenfalls im neuen Parlament vertreten ist. Diese rechts von AWS stehende Gruppierung ist ideologisch in sich geschlossener. AWS und ROP zusammen haben gut 39% der Stimmen erhalten.

Ein ebenfalls gutes Ergebnis hat die Union der Freiheit (UW) erreicht. Sie hat diesmal fast 13,4% der Stimmen gegenüber 10,6% 1993 erhalten. Diese am eindeutigsten auf die westeuropäische Integration ausgerichtete Partei mit dem Wirtschaftsprofessor Leszek Balcerowicz an der Spitze ist nun gezwungen, mit der AWS Koalitionsverhandlungen aufzunehmen. Die veröffentlichte Meinung in Polen will es so. Dabei steht die UW programmatisch eher dem SLD nahe, sowohl im Wirtschaftsprogramm wie auch bezüglich der individuellen Freiheitsrechte. Aber der Makel „postkommunistisch“ zu sein, wirkt noch so stark, daß ein Bündnis noch zu früh kommt. Das SLD hat aber in den letzten Monaten seiner Regierungszeit auch sehr viel dafür getan, diesen Makel zu konservieren, hat es doch eindeutig alle wichtigen öffentlichen Posten in Absprache mit seinem Koalitionspartner unter sich verteilt. Diese Tatsache wird auch in Kommentaren immer wieder als Grund der angeblichen Niederlage der Linken (s.o.) angeführt.

An der um etwa 3% auf über 49% zurückgegangenen Wahlbeteiligung wird deutlich, daß es keiner Partei oder irgendeinem Bündnis gelungen ist, wirkliche Alternativen anzubieten. Die Schacherei um Posten im öffentlichen Leben wirkte sich meiner Meinung nach eher hier aus, nicht bei der Wahlzurückhaltung gegenüber der Linken, die es ja auch faktisch nicht gab. Die Rechte hat praktisch ihr Potential, was sie bereits 1993 erreicht hatte, durch die Bündelung in AWS und ROP sichtbar gemacht. Sie wird nun v.a. im atmosphärischen Bereich einiges „zurechtrücken“ können – so wird das Konkordat mit dem Vatikan abgeschlossen, Religionszensuren auf den Zeugnissen aufgeführt, kirchliche Würdenträger mehr in den Vordergrund rücken – aber an der Ausrichtung Polens auf den Westen nichts ändern.

Wulf Schade, Bochum



„Italien zerbricht nicht“ – Kundgebung der Gewerkschaftsbünde CGIL, CISL und UIL am 20. September in Mailand. Die landesweite Mobilisierung der Gewerkschaften gegen den Sezessionismus der Lega Nord hatte einen überwältigenden Zuspruch. Zählen war längst nicht mehr möglich, die Schätzungen lauteten für Mailand eine Million und für Venedig 60.000 bis 100.000 Teilnehmer. Der gewerkschaftlichen Initiative hatten sich auch die Linksparteien angeschlossen und viele Gemeinden aus ganz Italien (nicht aber die Stadtverwaltung Mailand). Die Rechtsparteien haben sich nicht beteiligt. Vom politischen Inhalt her waren die Kundgebungen vor allem sozial geprägt – gegen den sozialen Egoismus des Leghismus, für Arbeit, gegen die Zerstörung des Sozialstaats und gegen Rassismus. Daran

änderten auch nationale Symbole wie grün-weiß-rote Fahnen und Anstecker oder das Singen der Nationalhymne nichts (der Schriftsteller Dario Fo erklärte in Mailand: Wenn Bossi heute seine Gegner zum Singen der Hymne von Mameli – „das häßlichste Lied, das je geschrieben wurde“ – zwinge, sei das eine „echte Widerlichkeit“). Nur die Gewerkschaften waren zu einer so großen Mobilisierung gegen den reaktionären Sezessionismus fähig, für soziale und demokratische Rechte. Noch hält Bossis Lega an den geplanten „Wahlen für ein padanisches Parlament“ am 26. Oktober fest. Aber der jahrelange Eindruck, daß sich der Lega kein wirksamer Widerstand entgegenstellt, ist mit den Demonstrationen dieser letzten Wochen korrigiert.

rok

Portugal: Billiglohnland für deutsches Kapital

Nach einer jetzt vorgelegten Studie der deutsch-portugiesischen Handelskammer investieren immer mehr deutschen Kapitalisten in Portugal. Der Grund: für Kapitalisten hervorragende Ausbeutungsbedingungen. 1,8 Mrd. DM sind 1996/97 nach Portugal geflossen. In 450 deutschen Unternehmen in Portugal werden inzwischen 60.000 Lohnarbeiter beschäftigt. Die hessische Firma Rohde z.B. läßt in Vila da Feira Europas größte Schuhfabrik bauen. Mit einem Preis für die Arbeitsstunde von 8,33 DM inklusive Nebenkosten für die Firma ein lukratives Geschäft. Der Arbeitslohn einer Arbeiterin beträgt dort 650 DM im Monat. Noch ein Pluspunkt für einen Kapitalisten: Die portugiesischen Arbeiter sind gewerkschaftlich schlecht organisiert. Waren 1978 noch 61% in einer Gewerkschaft, hat sich dies heute auf 30% reduziert. Aber nicht nur einfache Arbeit ist in Portugal billig. Die Leica-Werke aus Wetzlar lassen hochwertige Kameras und Ferngläser in Portugal produzieren. Ein hochqualifizierter Montierer mit fünfjähriger Berufserfahrung bekommt dafür im Monat 800 DM, einem Jungingenieur zahlen sie 1.500 DM pro Monat.

Uruguay: Im Bildungssystem gärt es nach wie vor

(Montevideo, 19. September, *comcosur - Poonal*). – Die uruguayischen Bildungsbehörden mit Minister German Rama an der Spitze hielten Ende vergangener Woche immer noch mehrere Schulen und

Ausbildungseinrichtungen geschlossen. Am 18. September protestierten mehrere tausend SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern in der Hauptstadt gegen die Politik des Ministers. „Keine Unterdrückung und keine Reformen ohne die Leute“, war eine der am meisten gerufenen Lösungen. Die SekundarschullehrerInnen weigerten sich unterdessen, demonstrierende SchülerInnen zu bestrafen und in den Schulen zu unterrichten, die unter Polizeiaufsicht stehen. Sie äußerten ihre Bereitschaft, mit Hilfe des Parlaments nach Auswegen aus dem Konflikt zu suchen. Der LehrerInnenverband warnte vor „einer autoritären Eskalation, deren Ausgang unvorhersehbar ist“. Hintergrund der immer wieder aufflammenden Proteste der SchülerInnen und anderer Gruppen des Bildungssektors sind Reformen, die Minister Rama ohne Rücksprache mit den Betroffenen beschloß.

EU-Gericht verurteilt erneut Türkei

Die Türkei ist vom Europäischen Gerichtshof am 23.9. wegen Verstoß gegen das Folterverbot der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten verurteilt worden. Im Dezember 1996 war die Türkei schon einmal wegen Folter und im Frühjahr 1997 wegen Dorfzerstörung verurteilt worden. In dem jetzigen Fall hatte die Kurdin Sükran Aydin geklagt. Sie war 1993 mit ihrem Vater und ihrer Schwägerin verhaftet und drei Tage lang auf der Polizeistation gefoltert und vergewaltigt worden. Im Urteil wurden ihr 25.000 britische Pfund Entschädigung zugesprochen. Die Rechtsverteidiger der Türkei hat-

ten bis zuletzt versucht, das Verfahren zu verhindern. Über 1.000 Klagen sind gegen das Regime wegen Folter, Vergewaltigung, Morden und Dorfzerstörungen vor dem Gerichtshof anhängig. rub

Todesurteil gegen Dr. Richard Sorge war Fehlurteil

Zu diesem Schluß kam die Anwaltskammer von Yokohama. Sorge war im Oktober 1941 mit der antifaschistischen Gruppe „Ramsay“ in Tokio verhaftet worden. Wegen Verrats militärischer Geheimnisse und Gefährdung der nationalen Sicherheit wurden er und Dr. Hozumi Ozaki am 29.9.43 zum Tode verurteilt, das Urteil am 7.11.1944 vollstreckt.

Richard Sorge war im November 1918 USPD-Mitglied des Kieler Arbeiter- und Matrosenrats, trat 1919 der KPD bei. Seit 1929 arbeitete er für die militärisch-strategische Aufklärung der Sowjetunion. Von 1930 bis 1932 war er als Kundschafter in China tätig. Als sich die Bildung der faschistischen Achse Berlin-Tokio anbahnte, wechselte Dr. Sorge nach Japan. Von dort meldete er den Inhalt des „Antikominternpaktes“, Vorbereitung und Termin des japanischen Überfalls auf die Mongolische Volksrepublik, den Zeitpunkt des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, die Angriffsabsichten Japans gegen die USA und England.

Die Anwaltskammer Yokohama hatte Mitte der 80er Jahre das „Sorge-Komitee“ gegründet, als die Regierung ein „Antispionage“-Gesetz vorlegte, das den Widerstand gegen den japanischen Militarismus unterbinden sollte. rub

Zusammenstellung: hav



Die Ignoranz der FAZ

„...Sie haben sich auf den schwarz gepolsterten Klappstühlen auf der verächtig weichen Friedhofserde niedergelassen, haben den schweren Celloklängen Telemanns gelauscht und zahlreichen Grabreden, haben sich am Massengrab ablichten lassen, haben ihre blauweißgestreiften Erkennungsschilder aus der Konzentrationslagerzeit hochgehalten wie Sporttrophäen und haben sich altersschwer gebückt, um rosa Rosen auf die gemeißelten Namen ihrer Leidensgenossen zu legen...“ (FAZ, 8.9.97) Am 8. September brachte die FAZ ein „Feature“ über die ehemaligen Häftlinge des KZ-Katzbach, das die Initiative gegen das Vergessen zu einem Leserbrief veranlaßte, auf den es bis heute keine Reaktion gibt: „...Die gesamte Darstellung dieser Menschen empfinden wir als verachtend und verhöhrend. Ein erschreckender Mangel an Einfühlungsvermögen verknüpft mit Unkenntnis über die Geschichte des KZ Adlerwerke spricht aus dem Artikel... Es ist beängstigend, daß die Aufarbeitung der Geschichte des Faschismus, wie sie in diesem Fall in Ihrer Zeitung stattfindet, die Opfer von damals erneut zu Opfern macht, und wir erwarten eine Erklärung und Entschuldigung gegenüber den Opfern des deutschen Faschismus, die Sie stellvertretend mit den ehemaligen KZ-Häftlingen der Adlerwerke beleidigen...“

udi, Bild: Klaus Malorny

Autonomes Zentrum Heidelberg von Räumung bedroht

HEIDELBERG. Die Stadt Heidelberg hat dem Verein Gegendruck, Trägerverein des AZ, angekündigt, das Autonome Zentrum zum 31.10.97 räumen zu lassen; ein Räumungstitel ist bereits erwirkt. Das seit sieben Jahren bestehende Zentrum ist der einzige unkommerzielle, selbstverwaltete Veranstaltungsort in Heidelberg und im gesamten Rhein-Neckar-Raum – ein Treffpunkt für politisch und kulturell arbeitende Gruppen, für Veran-

staltungen und Ausstellungen, außerdem gibt es einen Infoladen, Werkstätten und eine eigene Etage nur für Frauen. Die Betroffenen wollen sich ihren selbst erkämpften und selbstbestimmten Raum nicht ohne geeigneten Ersatz nehmen lassen. Deshalb findet vom 20. bis 26. Oktober eine Aktionswoche statt und am Samstag, den 25.10. um 12 Uhr eine Demonstration, zu der bundesweit eingeladen wird.

*Der Aufruf liegt im Internet:
<http://home.rno.de/azhd/demoaufr.htm>*

Eberswalde mit Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl

EBERSWALDE. Die Stadtverordnetenversammlung von Eberswalde verabschiedete am 11. September auf Antrag von Bürgerfraktion, Bündnis 90/Grüne, FDP und PDS (die SPD-Fraktion schloß sich nachträglich an) einen Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl, in dem sie angesichts der geringen Finanzmittel in Bund, Ländern und Gemeinden forderten, die Milliardenausgaben für das geplante Kampfflugzeug Eurofighter 2000“ zu stoppen. Statt dessen sollen diese Finanzmittel für soziale und friedliche Aufgaben verwendet werden.

FAZ-Prostitution für Shell – Letzte Meldung

KÖLN. Jetzt ist es rechtskräftig: Die Äußerung, der Afrikakorrespondent der FAZ, Udo Ulfkotte, sei von Shell für eine firmenfreundliche Berichterstattung über Nigeria „geschmiert“ worden und die FAZ habe sich damit „bei Shell prostituiert“, ist – vor dem Hintergrund der von Shell gesponserten Journalistenreise nach Nigeria – keine „Schmähkritik“, sondern eine zulässige Meinungsäußerung. – wir berichteten – Die FAZ entschloß sich, keine Berufung einzulegen.

*Rheinisches
Journalistenbüro*

„Nur zwei schlechte Alternativen“

PINNEBERG. Eine kontroverse Diskussion vor dem Volksentscheid am 30. November um die Wiedereinführung des Buß- und Bettages führten Vertreter der Kirche, der Parteien, des Gewerkschafts- und Unternehmensverbandes im Pinneberger Rathaus

vor 150 Zuhörern. Zur Wiedereinführung müßten mindestens 25% der schleswig-holsteinischen Bevölkerung (rund 530 000) dafür stimmen. Das dies nicht einfach sein dürfte, deuten die vorgebrachten Standpunkte an. Langsam teilen sich nämlich die Lager in einen wirtschaftlich orientierten Kreis und in den Kreis der kirchlichen Traditionalisten, der quer durch die CDU geht. Das wäre auch weiter nicht schlimm.

Schlamm ist eher, daß die GRÜNEN, die SPD und der DGB sich den Argumenten der Wirtschaft angeschlossen haben. Das Argument der Kirchenfreunde, der Bußtag sei eine wichtige Kultur des Nachdenkens und der Schuld, wird vom Unternehmensverband zerfetzt. Es genügt der Hinweis auf die wirtschaftlich schlechte Lage. Dabei hätte zumindest der DGB auf die Idee kommen können, wenn die Lohnabhängigen sowieso schon die Pflegeversicherung bezahlen, weshalb müssen die Kapitalisten dann auch noch den in der Öffentlichkeit unbezifferten Profit des unbezahlten Feiertages einsacken.

rua



AUGSBURG. 3000 Schüler und Eltern von fünf Schulen in Weilheim, Preßberg und Grainau protestierten am 25. September gegen die bayerische Schulpolitik. Nachdem die von Tausenden unterschriebenen Petitionen immer noch nicht im Landtag verhandelt wurden, gründeten Weilheimer Eltern die „Aktion 25“, die sich in ganz Bayern verbreiten soll. Nach Ende der Pausendemonstrationen wurde ein schriftliches „Ultimatum“ an Ministerpräsident Stoiber und Kultusminister Zehetmair formuliert: Wenn diese bis zum 4. Oktober keine Zusagen abgeben, daß die Forderung nach Senkung der maximalen Klassenfrequenzen auf 29 und nach Einstellung der dafür notwendigen Lehrkräfte erfüllt wird, will der Weilheimer Elternbeirat vom 6. Oktober an zum Schulstreik aufrufen. Im laufenden Schuljahr gab es in Bayern zwar 24.000 Schüler mehr, aber keinen einzigen zusätzlichen Lehrer. Nach Berechnung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) haben die Bundesländer seit 1990 etwa 70 000 Lehrer-Stellen eingespart.

baf

Raab-Coup gegen Gesamtschulen

Durch die Verschärfung der Auslese sind die Migrantenkinder am härtesten betroffen



Im April 1997 veröffentlicht die Handelskammer einen Forderungskatalog „an die neue Bürgerschaft und den neuen Senat“: „Die Zeitenwende schaffen“. Für die Schulpolitik werden u.a. folgende Forderungen gestellt: „Leistungsbereitschaft und -fähigkeit der Schüler stärken, staatliche Verantwortung für den Bildungsauftrag gewährleisten, Vergleichsuntersuchungen nach Schulstufen und -formen durchführen, Mehrgliedrigkeit der Schulformen erhalten und ausbauen.“ Die Linie ist klar: Reduzierung der Schule auf abfragbare Lernerfolge, Kontrolle durch zentrale Tests und klare soziale Trennung in der Schule nach einem eng gefaßten bürgerlichen Leistungsbegriff.

Wie setzt eine sozialdemokratische Senatorin diese Anweisungen aus „der Wirtschaft“ um? Auf jeden Fall erst einmal ohne lästige Pädagogik – schließlich dreht es sich ja um Effizienz. In den Sommerferien werden die GesamtschulbefürworterInnen in der Schulbehörde aufgescheucht durch den Raab-Entwurf für eine „Verordnung zur Sicherung der Standards für die Bildungsabschlüsse in der Sekundarstufe I und der Übergänge zwischen den Schulformen“, können aber im Grundsatz nichts mehr verhindern: Mit dem 14. Juli datiert der kaum veränderte Entwurf, am 22. Oktober soll die aktuelle Fassung in der Deputation passieren und noch in diesem Schuljahr durch den Senat beschlossen werden; die Umsetzung in den Schulen ist bereits für das kommende Schuljahr vorgesehen. Diese Politik nach Gutsherrinnen hat viele – auch in der SPD – empört, aber die eigentliche Kritik richtet sich gegen den Inhalt der „Verordnung“:

1. Für die Klassen 4(!), 6 und 8 an Gesamtschulen ist die Einführung von obligatorischen Vergleichsarbeiten vorgesehen – „nach einheitlichen Kriterien, die von der zuständigen Behörde definiert werden“. Am Ende der Schullaufbahn werden darüber hinaus in den Klassen 9 (Hauptschule) und 10 (Real- und Gesamtschule sowie Gymnasien) Abschlußarbeiten fällig. Damit wird nicht nur ein eng gefaßtes System der Kontrolle eingeführt, das auf einem konservativen Lernbegriff basiert, das wirkt auch in diejenigen Schulen hinein, an denen emanzipatorisches Lernen aufrecht erhalten wird:

wenn es gilt, bei den Vergleichs- und Abschlußarbeiten gut abzuschneiden, wird Projektlernen, Berufsorientierung, Phasen offenen Unterrichts mit dem Schwerpunkt Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit zum zeitraubenden Luxus, zum Sozialklimbim, den man sich nicht mehr leisten kann. Der Druck auf fortschrittliche LehrerInnen, zu den Methoden der „Paukschule“ zurückzukehren, wird auf diese Weise erhöht, und bei Eltern und SchülerInnen, die angesichts der abnehmenden Ausbildungs- und Berufsperspektiven auf die „Abschlüsse“ ziehen, wird das Konkurrenzdenken verschärft.

2. Kürzung im Bereich des sozialen Lernens, Aufwertung der „Kernfächer“: In den Jahrgängen 5–10 soll in Deutsch, Mathematik und Englisch jeweils eine Stunde mehr unterrichtet werden; dafür sollen vom Tutorenunterricht der Gesamtschulen, der dem sozialen Lernen und dem Zusammenhalt des Klassenverbands dient, zwei Stunden gestrichen werden. Außerdem steht zu befürchten, daß die Teilungsstunden für die praktische Arbeit im Fach Arbeitslehre („Lernen mit Kopf, Herz und Hand“) gestrichen werden. Damit wären zwei wichtige Pfeiler der Gesamtschule entfernt.

3. Weniger integrative Pädagogik: Im Fach Deutsch sollen die SchülerInnen nicht mehr wie bisher gemeinsam bis Klasse 8 unterrichtet werden, sondern ein Jahr früher in Leistungsgruppen aufgeteilt werden. Die Integration lebt aber vom gemeinsamen Lernen unterschiedlicher SchülerInnen, und das Fach Deutsch spielt mit seinen Ansätzen zur Identitätsentwicklung und Themen zu Lebensentwürfen und Werthaltungen eine besondere Rolle: In keinem anderen Fach können Kinder und Jugendliche so viel voneinander lernen, und in wenigen anderen Lebensbereichen erleben sie an- und bei einander unterschiedlichen Sprachschatz, Sprechstil und Zugänge zur kommunikativen Kompetenz.

4. Stärkung des dreigliedrigen Schulsystems, Unterhöhlung der Gesamtschule: Auf Antrag sollen Gesamtschulen drei Leistungsstufen einführen können und würden dann die Dreigliedrigkeit von Hauptschule, Realschule und Gymnasi-

um innerhalb der Gesamtschule abbilden. Alternativ kann auch eine Zweierdifferenzierung beantragt werden, bei der der obere Kurs am Realabschluß orientiert ist. Mit dieser Option besteht die Gefahr, daß Gesamtschulen in Druck geraten, durch eine Dreierdifferenzierung „nachzuweisen“, daß sie auch „gymnasialfähig“ sind, daß sie wiederum in die neue Zweierdifferenzierung hineingezwungen werden, wenn sie nicht genügend Anmeldungen von „Gymnasialkindern“ bekommen und damit zu integrierten Haupt- und Realschulen umgewandelt werden. Dies wäre dann das Ende der integrierten Gesamtschule.

Wie hatte Frau Senatorin Raab noch vor einem Jahr in der Hamburger Bürgerschaft in der Debatte um das neue Schulgesetz ausgeführt: „... vielmehr müssen wir der pädagogischen Arbeit in unseren Schulen einen demokratischen Leistungsbegriff zugrunde legen. Dessen Kern ist die Förderung aller SchülerInnen und Schüler in ihren individuellen Stärken. Nicht jeder kann alles, und nicht alle können das gleiche, aber jeder kann etwas Besonderes. Dieses Besondere zu entdecken und zu fördern, ist die hohe Aufgabe der Schule.“ Die „hohe Aufgabe“ galt aber leider nur so lange, bis „her master's voice“ Gegenteiliges beschied: zurück zur Dreiklassenschule und Abbau der zu teuren Integration.

Inzwischen gibt es einen „Aufruf“ und eine Unterschriftenansammlung gegen diese „Wende in der Bildungs- und Gesamtschulpolitik“ mit ErstunterzeichnerInnen aus dem Gewerkschaftsbereich, aus Elternräten und dem Schulbereich. Die Begründung für die Absage an die Wende ist prinzipiell: „Gerade in Zeiten massiver Verarmung und Ausgrenzungsbedrohung vieler Kinder und Jugendlicher muß die Schulform gestärkt werden, deren Bildungsauftrag Integration und Förderung statt Ausgrenzung und Auslese lautet. Gegen die wachsende Spaltung der Gesellschaft steht die Zielsetzung der Gesamtschule.“ Wenn die Wende allerdings verhindert werden soll, werden wir noch mehr „Bewegung“ an den Schulen brauchen, die dann sowohl Eltern, Lehrer- und Schülerschaft als auch Gelegenlichkeit braucht!

U.L., aus: Lokalberichte Hamburg

Schwere Niederlage für NPD

3500 AntifaschistInnen verhindern Nazi-Aufmarsch

HAMBURG. 3500 AntifaschistInnen demonstrierten am 13. September gegen eine großmäig angekündigte Wahlkampfkundgebung der NPD im „roten Hamburg“ bei der mit „System und Chaoten“ aufgeräumt werden sollte. Diese Provokation brachte ein politisch breites Bündnis antifaschistischer Kräfte zusammen. Neben autonomen Gruppen, die einen erheblichen Anteil an der Demo hatten, riefen DKP und PDS, einzelne Kreisverbände der Grünen und mehrere DGB-Jugendgruppen und viele andere zur Verhinderung des Nazimarsches auf.

Zugleich richtete sich der Protest gegen die massive Wahlpropaganda der diversen faschistischen und rechts-populistischen Parteien zur Bürgerschaftswahl am 21.9. Die Zusammenarbeit im Bündnis war kooperativ und gleichberechtigt.

Es wurden mehrere Demorouten angemeldet, da nicht bekannt war, wo die NPD marschieren würde. Wir wußten lediglich, daß bereits in der Nacht eine unbekannte Zahl Nazis nach Hamburg gekommen war. Die Antifa-Demo richtete sich nicht nach den Nazis und verlief von der Innenstadt über eine längere Route bis ins Schanzenviertel. 2000 Polizisten gingen lange Zeit Spalier, um Antifaschismus als gefährlich und kriminell zu diffamieren.

Noch am Vortag hatte die Presse Polizeierklärungen als Wahrheiten verbreitet, laut denen überhaupt keine NPD-Demo geplant sei. *Bild*, *Abendblatt* und *Mopo* sprachen von „Chaoten“, die nur Randalen wollten, um unserer Mobilisierung entgegenzuwirken.

Die *taz* behauptete ebenfalls, daß die Nazis nicht kämen, und arbeitete damit ebenfalls gegen die AntifaschistInnen, wenn auch wohl mehr aus Dummheit, denn aus Arglist. An den Berichten stimmte nur, daß die NPD-Demo noch nicht angemeldet war. Jedoch wurde seit Wochen über die „Nationalen Infotelefone“ (NIT) und das Internet für einen Aufmarsch geworben.

Die NPD-Zeitung brachte einen ganzseitigen Aufruf, unterzeichnet vom Parteivorsitzenden, Udo Voigt, und vom Hamburger Vorsitzenden, Ulrich Harder. Das NIT Rheinland mobilisierte noch am Vorabend Nazis nach Hamburg.

Nach unserer Demonstration wurde bekannt, daß die NPD eine Kundgebung am Hauptbahnhof durchführen wollte. Aber sei es, daß ihre Mobilisierung nur

alibhaft betrieben wurde, sei es, daß „Späher“ den Bahnhof voller Antifas vorfanden und die Aktion deshalb abgeblasen wurde, jedenfalls tauchten nur 20–30 Nazis auf, die vertrieben wurden; eine Formierung war der NPD nicht möglich. Dabei war auch der notorische Torsten de Vries (mittlerweile bei der verbotenen Nationalen Liste), der von der Polizei geschützt werden mußte, wobei herauskam, daß er Sicherheitsbeauftragter



für den Hauptbahnhof ist! Etwa zur gleichen Zeit hatten sich 30–40 NPDler auf einem SPD-Stadtteilfest in Hamburg-Hamm des Podiums bemächtigt. Voscherau diskutierte zunächst mit ihnen, bevor er die Veranstaltung dann abbrach.

Dieser Tag war ein schwere Niederlage für die NPD. Aufgrund ihrer gewachsenen Bedeutung durch Eintritte von Nazis aus verbotenen Organisationen und der großen Kundgebung in München kündigten sie ihre Demo in der Nazi-Szene großspurig an. Nun hat das Fußvolk das totale Versagen der NPD erlebt. Das riecht nach internen Schwierigkeiten; erste Eindrücke geben die Internet-Auszüge.

Die Presse tat sich mit der Demo schwer. Einerseits konnte sie ihre Größe und Kraft nicht verschweigen, andererseits fehlten die „Ausschreitungen“, um so richtig hetzen zu können. Entsprechend ambivalent fielen die Artikel aus. Der Hauptaufmacher der *taz* waren die Nazis, die Voscheraus Wahlfest störten, die Demo geriet demgegenüber in den Hintergrund.

Die Hamburger AntifaschistInnen (und GenossInnen aus Norddeutschland und Berlin – Euch hiermit vielen Dank!) haben endlich wieder etwas gemeinsam und erfolgreich organisiert. Wir haben noch mehr Kraft, als zuletzt zu befürchten war. Der Antifaschismus lebt!

AG/R

Städtepartnerschaft Köln/Istanbul:

Keine Einladung für die Samstagsmütter!

KÖLN. Der Kölner Ausländerbeirat tagte am 22. September und befaßte sich u.a. mit dem Antrag ihrer kurdischen Abgeordneten Hamide Akbayir, die Samstagsmütter aus Istanbul im Rahmen der Städtepartnerschaft Köln/Istanbul ins Kölner Rathaus einzuladen. Die Abgeordnete erklärte: „Mit dem Antrag soll den Samstagsmüttern die Gelegenheit gegeben werden, über die Menschenrechtsverletzungen bzw. über ihre eigenen Erfahrungen, Aktivitäten in Istanbul zu berichten und den Kontakt zu Frauenorganisationen in Köln aufzubauen.“

Zur Ausländerbeiratssitzung waren einige Frauen der Kölner Gruppe der Samstagsmütter gekommen, aber auch eine Vertreterin und ein Vertreter des Oberbürgermeister Burger erschienen. Gleich zu Beginn der Diskussion erklärten die OB-Abgesandten, die selbstverständlich Rederecht hatten, daß der Antrag abgelehnt werden müsse. Im Rahmen der Städtepartnerschaften seien keine politischen Ziele zu fördern. Das würde man mit allen Partnerschaften so machen. Eine Einmischung in die inneren Verhältnisse bzw. politischen Auseinandersetzungen eines Landes seien nicht richtig. Der Oberbürgermeister sei wohl bereit, die Samstags-Mütter in Köln zu empfangen, wenn sie mal in Köln seien. Mitglieder des Ausländerbeirates, die man wohl eher dem rechten Flügel zuordnen muß, lehnten eine Befassung mit dem Antrag ab. Es sei ein politisches Anliegen, über die Situation in der Türkei zu richten, das sei nicht die Aufgabe des Ausländerbeirates. Ein kurdischer Sozialdemokrat meinte, daß die Samstags-Mütter überhaupt nicht politisch seien, sondern Symbolfiguren der Stadt Istanbul, deshalb sei eine Einladung im Rahmen der Städtepartnerschaft genau das richtige. Auch die Grüne Ratsfrau Sengül unterstützte den Antrag. Er wurde dann aber mit 5 Stimmen dafür, 8 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt. Ein knappes Ergebnis.

Dann wurde es mehr als peinlich. Eine Vertreterin der Stadtverwaltung ermahnte in einer persönlichen Erklärung die Abgeordnete Hamide Akbayir, daß sie nach dieser Sitzung nicht nur über die Ablehnung des Antrages berichten müsse, sondern auch darüber, daß der OB sehr wohl bereit sei, die Samstags-Mütter zu empfangen. Das ganze auf eine belehrende Art. Die Kölner Gruppe der Samstags-Mütter war empört. Peinlich: mit fadscheinigen Versprechungen versucht sich die Kölner Stadtverwaltung aus der Affäre zu ziehen. Sucht die Kölner SPD die Freundschaft mit den türkischen Fundamentalisten um jeden Preis? Wo bleibt die Zivilcourage der Sozialdemokraten?

jöd

OB Widder muß sich jetzt entscheiden: Reißt die junge Tradition des „entmilitarisierten Volkstrauertages“ in Mannheim ab?

MANNHEIM. Vor zehn Jahren begann in Mannheim die Auseinandersetzung um die entmilitarisierte Gestaltung des von militaristischer und faschistischer Tradition schwer belasteten Staatsfeiertages „Volkstrauertag“. Ergebnis waren seit 1990 Gedenkfeiern, die auf militärisches Zeremoniell verzichteten. Statt dessen Gedenken an alle Opfergruppen. Der überlebende Deserter Ludwig Baumann berichtete am „Soldatenehrenmal“ über sein Kriegserleben, seine Verurteilung zum Tode und seine Diskriminierung nach dem Krieg. Prof. Niedhart (Uni Mannheim) thematisierte, daß viele der Kriegsopfer, derer am Volkstrauertag gedacht wird, auch Täter waren. Er kritisierte 1991 die Militarisierung von Politik und öffentlichem Leben.

Dem „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ (VDK) und den ihm angehörenden Soldaten- und Veteranenverbänden war diese unter linkem Druck zu standegekommene Entwicklung von Grund auf zuwider. Er mußte sich jedoch beugen, da OB Widder als Hausherr des Hauptfriedhofes weitere Auseinandersetzungen meiden wollte. Seit nun der VDK nicht mehr unter Führung des SPD-Stadtrates Wetzels, sondern des CDU-Rechtsaußen Heinrich Kirsch (Sandhofen) steht, nimmt die Dreistigkeit der Veteranenverbände zu und – unter dem Eindruck der allgemeinen Rechtsentwicklung? – Widders Neigung, zu dem 1990 gefundenen Konzept zu stehen, ab. Letztes Jahr fiel die Feierstunde auf dem Hauptfriedhof auf Anordnung Widders aus, da sich der VDK schlicht weigerte, weiterhin die entmilitarisierte Gedenkform mit zu tragen bzw. – aus seiner Sicht – zu ertragen. Damit war eine Einigung im „Arbeitskreis Volkstrauertag“, der in den letzten Jahren die Veranstaltung trug, unmöglich.

DOKUMENT

Aus dem Kirchenasyl zur Abschiebung

HANNOVER. Das Land Niedersachsen hat erneut gewaltsam das Kirchenasyl gebrochen. Eine kurdische Flüchtlingsfamilie, die seit neun Jahren in Deutschland gelebt hatte, wurde gestern morgen aus der Obhut der evangelischen Kirchengemeinde in Uchte im Landkreis Nienburg direkt zur Abschiebung zum Frankfurter Flughafen verfrachtet. Nach Angaben der Pastorin drangen gestern um 6.20 Uhr ein Einsatzkommando der Polizei Nienburg und Mitarbeiter des dortigen Ausländeramtes in das Kirchengebäude ein, in dem das

In diesem Jahr nun erklärte der VDK-Vorsitzende Kirsch ganz frech, der VDK werde die Feierstunde wie vor 1990 selbstständig durchführen.

OB Widder wird nun also zwei Anträge vorliegen haben zur Genehmigung einer Feierstunde auf dem Hauptfriedhof am 16.11. gegen 11.00 Uhr:

a) Aufmarsch des VDK samt Verbänden mit Traditionsbannern und Trompetensolo „Ich hatt' einen Kameraden ...“, Sammlung am „Ehrenfeld 1914–18“ und Kranzniederlegung am „Soldatenehrenmal“.

b) Vorschlag des Arbeitskreises entmilitarisierte Volkstrauertag: Ansprache von Elke Boese (Rektorin, GEW), Schweigeweg zum Gräberfeld der Zwangsarbeiter, zur KZ-Gedenkstätte und zum Soldatengräberfeld. An den jeweiligen Stationen soll der Schicksale eines Opfers des Mannheimer Sondergerichts, eines KZ-Opfers und einer Mannheimer Persönlichkeit, die in der Résistance gekämpft hat, gedacht werden.

OB Widder wird sich entscheiden müssen. Dem Gemeinderat liegt dazu ein Antrag der Grünen vor, die Stadt Mannheim möge sich für die Zukunft endgültig auf die entmilitarisierte Gedenkform festlegen. Eigentlich sollte die Entscheidung dem SPD-Oberbürgermeister nicht schwerfallen; denn immerhin haben sich z.B. Konstanze Wegner (MdB), Prof. Niedhart, Max Nagel für den DGB in Briefen an Widder zur entmilitarisierten Form bekannt. Auch der evang. Dekan und designierte Badische Bischof Dr. Fischer unterstützt diese Form ausdrücklich. Zweifellos: Jetzt, da die unbelehrbaren Veteranen- und Traditionsveteranen die Konfrontation suchen, wäre die Wehrmachtausstellung in Mannheim nützlich. Aber die Entscheidung müßte auch so richtig fallen können! *tht*

kurdische Ehepaar Demir seit Ende Juli Asyl gefunden hatte. Die Haustür des Gemeindegebäudes sei nach Klingeln der Beamten geöffnet worden. Die Tür zu den Räumen des Ehepaars habe die Polizei dann jedoch aufgebrochen, sagte Pastorin Susanne Briese-Roth. Herr Demir sei daraufhin in Panik durch ein Fenster auf das Dach des Gebäudes geflohen, bis zur Regenrinne geklettert und habe gedroht, sich eher herunterzustürzen, als sich in die Türkei abschieben zu lassen. Erst gegen acht Uhr habe die Feuerwehr den verzweifelten kurdischen Flüchtling mit Hilfe eines Rettungskorbes vom Dach holen können.

aus taz, 20.9.87, cl-netz

Frankfurter Siedlungsgesellschaft:

Mieter wollen Genossenschaft gründen

FRANKFURT AM MAIN. Die Pläne des Bundes, seine Gesellschaftsanteile (72,66%) an der Frankfurter Siedlungsgesellschaft (FSG) meistbietend zu verkaufen, sind seit ein paar Monaten in ein konkretes Stadium getreten. Als potentieller Käufer wird der VEBA-Konzern gehandelt. Betroffen sind bundesweit ca. 9600 meist recht preisgünstige Wohnungen, davon in Frankfurt 2 261.

Nachdem Mietervereine, aber auch SPD und Grüne das Vorhaben kritisiert hatten, weil sich der Mieterschutz mittelfristig deutlich verschlechtern wird, wenn ein privater Investor die Siedlungen kaufen sollte, hatte die Stadt zusammen mit einer landeseigenen Wohnungsgesellschaft dem Bund zunächst angeboten, seinen Anteil für 300 Mio. DM zu erwerben. Als Waigel dann verbreiten ließ, er verlange etwa eine Milliarde, war das städtische Kaufangebot vom Tisch. Ob Stadt und Land, die zusammen die verbleibenden 27,34% der Gesellschaftsanteile an der FSG halten, einen Verkauf an einen privaten Investor durch Ausübung einer Sperrminorität verhindern werden – wie es die Mietervereine fordern –, ist nicht sicher. Die Satzung der FSG schreibt zwar vor, daß nur verkauft werden kann, wenn sich 75% der Anteilseigner dafür aussprechen. Der Bund benötigt also das Einverständnis des Landes oder der Stadt. Beide haben einen Verkauf bis jetzt abgelehnt. Nachdem in Frankfurt seit kurzem eine CDU/SPD-„Koalition“ besteht und die CDU massiv Druck ausübt, kann nicht ausgeschlossen werden, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten umfallen.

In dieser Situation haben Mieter der Bizonalen Siedlung in Frankfurt-Griesheim (728 Wohnungen), die der FSG gehört, die Initiative zur Gründung einer Wohnungsgenossenschaft ergriffen. Das Projekt erscheint nicht unrealistisch, weil die Häuser auf Grundstücken stehen, die von der Stadt in Erbpacht vergeben wurden. Die Initiative hat errechnet, daß das erforderliche Eigenkapital aufgebracht werden kann, wenn mindestens 200 Mieter der Genossenschaft beitreten. Innerhalb kurzer Zeit haben sich bereits 80 Interessierte angeschlossen. Der Verkauf einzelner Wohnungen der Siedlung an bestimmte Mieter bzw. die Gründung einer sogenannten Eigentümergenossenschaft mit dem Ziel eines späteren Verkaufs wird von der Initiative ausdrücklich abgelehnt. Die Satzung der Mietergenossenschaft soll das Genossenschaftsgesetz im Hinblick auf einen demokratischen Meinungsbildungsprozeß in der Siedlung weitestmöglich ausschöpfen. Infos: AG Mietergenossenschaft Bizonale Siedlung FFM-Griesheim, Tel. 069/392652. *ola*

AMOK 1997

Schon mal was von AMOK gehört – antimilitaristisches Oberjubelkomitee oder von „Das Volk lacht das Militär aus“, der frechen, fröhlichen, antimilitaristischen Jubelparade ohne jede moralisierende Absicht? Am 3. Oktober, fünf vor zwölf, werden zum zweiten Mai KabarettistInnen, KünstlerInnen und jede Menge AntimilitaristInnen durch die Hauptstadtstraßen ziehen.

In diesem Jahr geht's vom Charlottenburger Schloß über die Kantstr., die Leibnizstr., den Ku'damm zur Gedächtniskirche, um auf respektlose Weise die Jubelfeier zu 7 Jahren deutsche Einheit zu bereichern.

Pointiert gesagt sind das 7 Jahre Aufmozz zu einer „Wir-sind-wieder-wer-in-der-Welt-Republik“. Und damit wir das sind, sind das auch 7 Jahre Aufmozz der noch bis vor kurzen an Sandkastenspielen trainierten Verteidigungsarmee hin zu kampfstarken, Märkte und Rohstoffquellen, sprich deutsche Interessen in aller Welt sichernden Armee. Und daß es sich dabei nicht nur um eine Image-Korrektur handelt, ist klar. Der Preis ist schon genannt und ist hoch. Da müssen wir schon auch mal wieder ein bißchen „Leib und Leben herzugeben“ bereit sein, wie der Bundespräsident Herzog vor internationalen Wirtschaftsleuten im Frühjahr 1995 gesagt hat. Von

nichts kommt halt nichts. Aber keine Angst, vorerst müssen wir bloß was von unserem Wohlstand hergeben. Natürlich nicht alle, und auch nur die, die sowieso nicht viel haben. Denn die IFOR-Truppen, die NATO-Osterweiterung und demnächst der Eurofighter kosten nicht wenig; und die Art Verantwortung in der Welt, die zu übernehmen Kinkel, Rühe und unser dicker Kanzler sich drängen, werden uns teuer zu stehen kommen.

Aber Schluß mit solcher Art Lar moyanz. Sonst wird's doch wieder moralisch, und das wollen wir nicht. Humanistische Anliegen, Forderungen nach Frieden und Gerechtigkeit, alles richtig. Das ist in der Regel die Basis unseres Handelns. Aber bei AMOK wird gelacht, Macht demonstration der Lächerlichkeit preisgeben. Respektlosigkeit ist angesagt gegen alles Militärische, was sich in dieser Stadt, in diesem Staat breit macht! Franziska von Rewentlow, eine Freundin Erich Mühsam's, hat den Anstoß zu diesem Unternehmen gegeben. Sie klaute ihren Sohn aus der Armee. Das inspirierte den Kabarettisten Dr. Seltsam, und er wurde der Motor von AMOK, das bereits im vergangenen Jahr einen Kreis von 350 Unterstützern gewinnen konnte.

Der Zug wird wieder aus gestalteten Wagen mit Musik und kabarettistischen Darbietungen und Gruppen und Bands zu Fuß bestehen. Allen voran der Mercedes des Bürgermeisters, der die am Rande stehende Bevölkerung vor diesem Gesindel warnt. Die Macher wie die Mitmacher von Kriegen werden hoffentlich wieder im Zug satirisch böse karikiert. Viele

Bilder sind denkbar. Wer Lust und eine Idee hat sollte dabei sein.

Die von uns favorisierte Route von der Siegessäule durchs Brandenburger Tor zur Neuen Wache haben wir natürlich auch in diesem Jahr nicht bewilligt bekommen. Wir hatten sie nicht ohne Hintersinn gewählt. Welcher Berliner Ort, welche Straße konfrontieren uns auf Schritt und Tritt so mit dem Geist des preußischen Militarismus, wie Straßen und Bauwerke vor und hinter dem Brandenburger Tor. Das Tor selber sollte nach dem Willen seines Erbauers Langhans die Inschrift „Tor des Friedens“ tragen. Daß alle Regierungen – einschließlich unserer – seit seiner Erbauung ihm diese verweigerten, weiß kaum jemand. Im Westen dahinter, die Siegessäule. Wissen alle, die um sie herumfahren, daß ihre goldenen Verzierungen die erbeuteten Kanonenrohre aus den Kriegen des 19. Jahrhunderts sind? Und wer hat schon einmal auf der anderen Seite in Richtung Osten dem Roß des Alten Fritzen, etwas genauer unter dem Schwanz geguckt? Repräsentiert das Denkmal als solches preußischen Militarismus, vermittelt ein Blick auf die intime Stelle des Rosses eine einprägsame Aussage über dessen Verhältnis zu Geist und Wissenschaft. Schmunzelnd oder zornig stellt man fest, daß dort die Dichter und Denker jener Zeit, dem Kot des Rosses ausgesetzt, diskutieren, während die Herren Generäle die anderen drei Seiten des Denkmals bevölkern. Kaiserparaden und Naziaufmärsche, alles auf dieser Straße. Auf dem Bebelplatz daneben, nicht zu vergessen, der Ort der Bücher-

TON

Für radikale Abrüstung in der Ostseeregion

Erklärung der Ostseefriedenskonferenz, Schwerin, 27./28.9.97

Über 50 Personen verabschiedeten am 28.9. in Schwerin die folgende Erklärung. Zu den Unterzeichnern gehören der PDS-Ehrenvorsitzende Hans Modrow, der PDS-Landesvorsitzende Hans Holter, Horst Bethge (Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden), Siglinde Neher (DFG/VK), Tobias Pflüger (IMI Tübingen), Elmar Schmähling (Köln), Vertreter von Friedensgruppen aus Hamburg und Schleswig-Holstein, der Friedensratschlag Kassel, aus Frankreich, Lettland, Schweden u.v.a.m.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Ostseefriedenskonferenz 1997 in Schwerin stellen mit Besorgnis fest, daß durch die in Gang gesetzte Osterweiterung der NATO die Gefahr besteht, in Europa neue Gräben aufzutun, konfrontative Tendenzen zu verstärken und das Wettrüsten wiederzubeleben. Diese Entwicklung ge-

fährdet auch das friedliche Zusammenleben in der Ostseeregion.

In der Überzeugung, daß ein dauerhafter Frieden nicht durch militärische Gewalt, nicht durch die Machtausdehnung eines Militärpaktes, sondern nur durch ein System kollektiver Sicherheit gewährleistet werden kann, halten wir es für möglich und notwendig, in der Ostseeregion ein Beispiel für gemeinsame Sicherheit durch Abrüstung und Rüstungskonversion, eine Keimzelle für eine gesamteuropäische Friedensordnung auf der Grundlage der OSZE zu schaffen.

Wir fordern die Parlamente und Regierungen der Ostseeanliegerstaaten auf, Maßnahmen zur konsequenten Entmilitarisierung der Ostseeregion einzuleiten. Aus Schwerin, als deutsche Gastgeberstadt dieser Konferenz, appellieren wir insbesondere an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, Gewicht und Einfluß zur Umsetzung dieser Maßnahmen geltend zu machen.

Von der Parlamentarischen Konferenz der Ostseeregion und dem Ostseerat erwarten wir, daß sie diese Problematik auf die Tagesordnung setzen und nach Kräften befördern.

Reale Chancen für diese Zielstellung sehen wir neben der beschleunigten Rea-

lisierung bereits bestehender Abrüstungsvereinbarungen in der radikalen maritimen Abrüstung bis zur Abschaffung der Seestreitkräfte in der Ostsee. *Vor dringlich sind nach unserer Meinung folgende Maßnahmen:*

- Erklärung der Ostseeregion zur atomwaffenfreien Zone, dazu:
 - alle Kernwaffen sowie deren Träger abzubauen und die Ostsee für sie zu sperren,
 - drastische Reduzierung der Flottenrüstungen der Ostseeanliegerstaaten, Einstellung aller Aktivitäten zur Erweiterung und Modernisierung der Ostseeflotten, dazu:
 - keine neuen Militäreinrichtungen zu eröffnen und bestehende schrittweise aufzulösen,
 - bei den Flottenkräften zunächst deren Angriffsunfähigkeit durch Herauslösen offensiver Systeme herzustellen,
 - Verzicht auf den militärischen Einsatz von Teilen der Ostseeflotte als Krisenreaktionskräfte außerhalb der Ostsee. Verbot der Teilnahme von Flottenkräften aus Nichtanliegerstaaten an Manövern und Übungen sowie zur Waffenerprobung in der Ostsee,
 - zielstrebige Konversion von Flottenkräften und -einrichtungen zu zivilen,

verbrennung und jüngster Skandal: Geschichtsklitterung gegenüber der in der Neuen Wache. Also genau die richtige Route für die frechen Antimilitaristen.

Auch in diese Jahr wird ein privater Veranstalter auf dieser bedeutenden Straße ein kommerzielles Jubelfest veranstalten, das den dringenden Bezug zum Brandenburger Tor braucht. Zu diesem hohen Nationalfeiertag passen die Schmuddelkinder der Friedensbewegung und die Netzbeschmutzer aus Künstlerkreisen nicht ins Bild. Das wird sie wohl im Sinn gehabt haben, die Frau Bundestagspräsidentin, als sie im vergangenen Jahr die Schirmherrschaft für die Freß- und Saufmeile Unter den Linden gleich für die nächsten 10 Jahre übernahm, um diesem Kommerz-Unternehmen den gegen uns nötigen politischen Anspruch zu sichern.

In diesem Jahr ließ uns der Polizeipräsident von Berlin in der Antwort auf unseren Antrag auf die historische Route wissen, daß für unser Anliegen bis auf den 3./4./5. Oktober alle Tage des Jahres zur Verfügung ständen. Wir beschlossen darum, zusätzlich zur AMOK-Parade in der letzten Stunde des 2. und der 1. Stunde des 3. Oktober einen „Umzug der Gespenster des Militarismus“ durch das Brandenburger Tor zum Alten Fritzen ziehen zu lassen. Nachtschwärmer und solche, die die politische Lage nicht schlafen läßt sind herzlich eingeladen, entweder kettenrasselnd andere das Gruseln zu lehren oder sich einfach nur selbst zu gruseln.

Laura von Wimmersperg

humanitären Zwecken, dazu:

- geeignete Flottenkräfte im Katastrophenschutz und zur Seenotrettung im Interesse des Umweltschutzes und zur Besiegung von Umweltschäden einzusetzen und schrittweise an kompetente zivile Organisationen zu übergeben,
- Liegenschaften und Immobilien der Seestreitkräfte unbürokratisch zum Vorteil und Nutzen der Länder und Kommunen im Küstengebiet freizugeben,
- Übungsplätze und militärische Sperrgebiete in Naturschutz- und Erholungszonen umzuwandeln,
- die bisherigen Marinierüstungsbudgets vorwiegend für soziale Belange und zur Schaffung ziviler Arbeitsplätze zu verwenden.

Diese Maßnahmen sollten durch ein wirksames Informations- und Kontrollsysteem der Parlamentarischen Konferenz der Ostseeregion, des Ostseerates und regionaler Tische der OSZE unter breiter Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen begleitet werden.

Wir werden regional, kommunal und landespolitisch für konsequente Entmilitarisierung eintreten und rufen alle Friedensfreunde und -gruppen rund um die Ostsee auf, sich für radikale Abrüstung in der Ostseeregion einzusetzen.

KEINE NAZI-EHRUNG:

Adelsdorf. Der Gemeinderat im mittelfränkischen Adelsdorf hat die Wilhelm-Koch-Straße in Hopfenstraße umbenannt. Damit reagierte er auf einen geplanten Bürgerentscheid. Ende vergangenen Jahres hatte sich eine Initiative gebildet, die forderte „Man sollte eher der 60 deportierten Adelsdorfer Juden gedenken als eines Nazi-Bürgermeisters“. Im April noch sah der Gemeinderat das anders: CSU und Freie Wähler sorgten für Beibehaltung des alten Namens. Doch der öffentliche Druck nahm weiter zu. Als am 11. September schließlich mehrere hundert Bürger einen Schweigemarsch zum Gedenken an die jüdischen Opfer der Naziherrschaft mit „Juden-raus“-Rufen u.ä. begleiteten, änderten sich im Gemeinderat die Stimmenverhältnisse. Mit zwölf zu neun Stimmen erhält der örtliche Nazifunktionär Koch nun keine Würdigung mehr.

„ALLTAGSKRIMINALITÄT“: *Frankfurt/Main.* Kanther bietet überflüssig gewordene Bundesgrenzschützer an, und OB Roth will das Schnäppchen machen. Sie drängelt sich für einen „Modellversuch“ der Stadt Frankfurt zur „Verbrechensbekämpfung“ – vor allem am Hauptbahnhof. Zusätzlich zur Polizei und den privaten Sicherheitsdiensten sollen nach ihrer Vorstellung die BGSler eine weitere Verstärkung sein. Gedacht ist an ein strengeres Vorgehen gegen „Alltagskriminalität wie zum Beispiel Schmierereien oder Randale“.

GESUNDHEITSPROBLEME:

Leipzig. Im Gesundheitsbericht der Stadt wird u.a. ausgeführt, daß Einschulungsuntersuchungen von 5478 Kindern mindestens eine krankhafte Störung bei 3682 Kindern (67,2%) zeigten. Dabei waren Sprachstörungen mit Abstand am häufigsten (20%). Dieser Wert liegt um das Doppelte über den Ergebnissen aus den Jahren vor 1990. Die PDS beantragt deshalb, daß der OB bis zum 31.3. einen Bericht und ein Konzept vorlegt zur Frühförderung von Kindern mit krankhaften Störungen in Kindertagesstätten.

„FIXERSTUBEN“: *München.* Die Stadt München will keine Konfrontation mit der Regierung von Oberbayern. Wie ausführlich in unserer Ausgabe 17 berichtet, hatte der Gesundheitsausschuß des Stadtrats Mitte Juli beschlossen, Räume einzurichten, in denen Abhängige ihre Drogen unter hygienischen Bedingungen und ohne Verfolgungsdruck zu sich nehmen können. Doch Kreisverwaltungsreferent Uhl drohte mit Polizei und Staatsanwaltschaft, die CSU mit Bürgerentscheid, und die Regierung erklärte das Vorhaben gleich als rechtswidrig. Die gleichen Kräfte boykottierten nun eine Informationsfahrt

des Ausschusses nach Frankfurt, wo solche Räume erfolgreich betrieben werden. Diese Attacken führten zum vorläufigen Aussetzen des Beschlusses: „Wenn wir heute einen Konsumraum aufmachen, würde er morgen geschlossen“, so Gesundheitsreferent Lorenz (Grüne). Jetzt sollen die rechtlichen Spielräume der Kommune mithilfe externer Gutachter ausgelotet werden. Daß sich bei der Volksabstimmung in der Schweiz soeben 70,4 Prozent für eine liberale Drogenpolitik entschieden, dürfte die Position der rot-grünen Stadtregierung in München stärken.

UNTERNEHMERBRIEF: *Bonn.* In einem Brief an Kohl beschweren sich acht große Unternehmerverbände am 17.9. über die im Gesetz zur Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform verankerte Gegenfinanzierung für die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer. Uwe-Jens Rössel, kommunalpol. Sprecher der PDS-Bundestagsgruppe, protestiert: „Der Kompromiß zur Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer wurde in zwei Jahren harter Verhandlungen erreicht. Nun soll offenbar die Entscheidung des Parlaments ausgehebelt werden. Die Unternehmerverbände versuchen offensichtlich, Steuerlasten von Großunternehmen, Banken und Versicherungen auf Bürgerinnen und Bürger abzuwälzen. Eine Politik, die mit der PDS nicht zu machen ist. Die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer darf nicht zu Lasten der Allgemeinheit gehen.“

BÜRGERVEREIN: *Eberswalde/Barnim.* Die Bürgerbewegung für sozialverträgliche Wasser- und Abwassergebühren Eberswalde und die angeschlossenen Initiativen im Landkreis Barnim wollen am 28. Oktober einen Bürgerverein gründen, der sich nicht nur auf Wasser/Abwasser beschränkt, sondern alle Kommunalabgaben, also z.B. auch Müllgebühren und Straßenausbaubeiträge, behandelt. Der Verein soll Mitglieder beraten, politische und juristische Auseinandersetzungen führen sowie Kommunal- und Landespolitik aktiv gestalten.

KORREKTUR: *Eberswalde.* In unserer letzten Ausgabe berichteten wir an dieser Stelle von einem Offenen Brief gegen Gebührenerhöhungen um 20 % für Trinkwasser und 80 % für Abwasser. Hier hat sich ein Fehler eingeschlichen: Es geht in Eberswalde nicht um *allgemeine* Gebührenerhöhungen, sondern um die Erhöhung der *Grundgebühren*. Diese Grundgebühren pro Anschluß sollten monatlich von 15 auf 18 DM (Trinkwasser) und von 10 auf 18 DM (Abwasser) angehoben werden. Die Kubikmeter-Verbrauchsgebühren von 2,26 DM (Trinkwasser) und 6,18 DM (Abwasser) sollten beibehalten werden.

Zusammenstellung: baf



„Hervorragend“ stufte der Berliner DPG-Sprecher Jurke am 24.9. die Beteiligung der Beschäftigten an den Protesten gegen das neue Postgesetz der Bundesregierung ein. In 95 Prozent aller Filialen habe die Arbeit geruht, 800 Postbeschäftigte beteiligten sich an der Betriebsversammlung und Demonstration. Die DPG hatte bundesweit zum Protest aufgerufen, um am

Vortag einer Anhörung zu diesem Gesetz im Bundestag den Widerstand der Beschäftigten gegen den Bonner Entwurf zum Ausdruck zu bringen. Das Gesetz sieht u.a. den Wegfall des Postmonopols für Briefe ab 100 Gramm vor. Trotzdem soll die Post AG u.a. die Pension für frühere Postbeschäftigte noch Jahre hinaus weiterzahlen und die Versorgung in der Fläche garan-

tieren – während sich die Konkurrenz von UPS und Konsorten die profitablen Geschäfte unter den Nagel reißen will. Tatsächlich ist das Gesetz eine indirekte Subvention für diese Billiglohn- und Tarifbrecherfirmen. Derzeit machen diese Firmen – für Privatkunden ohnehin teurer als die Post – Verluste, so daß sie staatliche Unterstützung dringend brauchen. rül

POSTGEWERKSCHAFT: Gegen neues Postgesetz: Proteste am 23. September. Über 20000 Beschäftigte der Deutschen Post AG beteiligten sich am 23. September im Bezirk Südwest der Deutschen Postgewerkschaft an Betriebsversammlungen. Vielfach kam am Dienstag der Briefträger verspätet, verschiedene Schalter waren geschlossen.

In Stuttgart nahmen am Vormittag rund 2000 Beschäftigte, hauptsächlich Zusteller und Sortierer an einer Versammlung auf dem Killesberg teil; nachmittags fand dann eine weitere Versammlung von Schalterbeschäftigten in Untertürkheim statt.

Die Betriebsversammlungen fanden anlässlich der Anhörung des Bundestagsausschusses für Post- und Telekommunikation am 24. September zum neuen Postgesetz statt. In den Betriebsversammlungen ging es um die möglichen Folgen des vorliegenden Gesetzentwurfs vor allem für die Postkunden in den ländlichen Regionen und um den Verlust von zigtausenden Arbeitsplätzen bei der Post AG. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht unter anderem vor, an 1.1.1998 die gesamte Infopost und alle Briefe über 100 Gramm in den Wettbewerb zu stellen.

„Damit öffnet die Bundesregierung der Rosinenpickerei

Tür und Tor“, sagte der Bezirksvorstehende der DPG Südwest, Franz Schierer. Die Bundesrepublik Deutschland würde das schlechteste Postgesetz in Europa bekommen, während alle anderen Länder nach einer EU-Richtlinie, an die sich die Bundesregierung nicht halten wolle, auf die Bedürfnisse der Postkunden Rücksicht nähmen. In den anderen EU-Ländern sei vorsehen, zumindest vorerst bis zum Jahr 2003 einen Universaldienst als Bürgerpost zu garantieren.

Schierer befürchtet, wenn die Bundesregierung ihren Gesetzentwurf durchsetze, drohe der Verlust von Zigtausenden Arbeitsplätzen bei der Post AG und Sozialdumping. Es sei ein Skandal, an die Stelle qualifizierter, sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze völlig ungeschützte setzen zu wollen.

nach PM der DPG, 19.9.

ALCATEL SEL: AUS! Eine bittere Niederlage für die kämpferische SEL-Belegschaft, für die Gewerkschaft, für alle, die „am Arbeitsmarkt teilnehmen“ und auch für die am Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze beteiligte Stadt Mannheim; eine Niederlage auch für die ja nicht seltenen Versuche, Arbeitsplätze durch Erbringung von Gegenleistungen für die Zukunft vertraglich zu sichern: Das Werk wird auf-

grund einer Vereinbarung zwischen Betriebsrat und IG Metall einerseits und Alcatel andererseits zum 31.12.97 geschlossen.

Der eklatante Wort- und offensichtliche Vertragsbruch des Alcatel-Managements wird von BR und IGM juristisch nicht weiter verfolgt. Dies ist Teil des Ergebnisses der auf Belegschaftswunsch geführten Verhandlungen um einen Sozialplan. Der andere Teil ist der Sozialplan selbst, der – nach ersten Informationen – vergleichsweise günstig für die Belegschaft ausfiel. Auf jeden Fall günstiger, als es sich bei ersten Verhandlungen vor drei Jahren abzeichnete. Kernpunkt ist die Errichtung einer Beschäftigungsgesellschaft, in der aus Kurzarbeitergeld und ergänzenden laufenden Zahlungen durch SEL ein monatliches Einkommen von 80% des bisherigen Netto auf 21 Monate gesichert werden soll.

100 Arbeitsplätze sollen mit entsprechendem Nachteilsausgleich in Stuttgart und Pforzheim angeboten werden. Die Azubi sollen ihre Lehre bei SEL in Stuttgart beenden können. Man kann mit Sicherheit feststellen: Hätte die SEL-Belegschaft nicht mit derartiger Energie gekämpft, wäre ein solcher Sozialplan nicht zu erzielen gewesen. Insofern gilt auch hier wieder: Wer nicht kämpft, hat schon verloren. th

6. BIS 11. OKTOBER: BUNDESWEITE AKTIONSWOCHE GG. UNGESCHÜTZTE JOBS: Vom 6. bis 11. Oktober findet bundesweit eine Aktionswoche der Kampagne gegen ungeschützte Arbeitsverhältnisse „Mittendrin und trotzdem draußen – geringfügig Beschäftigte sozialversichert“ statt. Anlaß ist eine für die darauf folgende Woche erwartete Debatte im Bundestag über das Ausmaß solcher geringfügiger Beschäftigungen, in der Aktionswoche sollen u.a. bundesweit Unterschriften gesammelt werden für Sozialversicherungsschutz von der ersten Arbeitsstunde an und gegen solche ungeschützten Arbeitsverhältnisse.

GEFÄHRDET GRUPPENARBEIT DIE ARBEITSSICHERHEIT? Seit dem Juli 1996 gibt es zwischen der IG CHEMIE und dem ChemieArbeitgeberverband eine sog. „Sozialpartnervereinbarung“ zur Gruppenarbeit in der chemischen Industrie. Eine Arbeitsgruppe aus VertreterInnen von Arbeitgeberverband, Berufsgenossenschaft, Gewerkschaft und dem Lehrstuhl Arbeitswissenschaft der RWTH Aachen untersuchte nun in diesem Zusammenhang die Arbeitssicherheit. Durch Gruppenarbeit werden bisherige Führungsstrukturen aufgelöst und wichtige Aufgaben des Arbeitsschutzes in die vermeintlich „autonome“ Verantwortung der Gruppe gestellt. Nach Auffassung oppositioneller Betriebsräte steht zu befürchten, daß Gruppenarbeit, einzig eingeführt, um weitere Innovations- und Leistungsschübe aus den Beschäftigten herauszuholen, und daß die Arbeitssicherheit auf der Strecke bleibt.

Auszug aus STICHWORT BAYER, Ausgabe 3/97, Zeitschrift der Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.

TODESFALL IN BRASILIEN
In Brasilien ist ein Arbeiter der Chromatproduktion im BAYER-Werk Belford Roxo gestorben. Am 24. März 1997 kam es zu einer Gasverpuffung beim Wiederanfahren der Anlage, durch die Schichtführer Ferreira von heißen Gasen verbrannt wurde. Die Produktionsanlage hatte für die Reparatur eines Anlagenteiles etwa

vier Stunden stillgestanden. Nach einiger Zeit muß der Drehrohrofen gedreht werden. Dabei kam es durch Restmen gen an Chemikalien im Ofen zu einer Freisetzung von heißen Gasen. Die „KollegInnen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit“ weisen darauf hin, daß die Gefahr der Verpuffung im Werk Leverkusen bekannt ist, in Brasilien aber offensichtlich andere Sicherheits standards als in Deutschland herrschen. „Die Bedingungen sollten geändert werden, bevor noch mehr Tote den Weg von BAYER in Brasilien und in andere Länder begleiten.“ Be reits im letzten Jahr klagten fünf Beschäftigte in Belford Roxo über Nasenscheidewandperforationen. Wie berichtet, wird 1998 die Chromatproduktion, die heute noch in Leverkusen stattfindet nach Newcastle, Südafrika ausgelagert. Dort kann BAYER dann unter lascheren Arbeitsschutz bestimmungen deutlich billiger produzieren als im heimischen Leverkusen.

Auszug aus STICHWORT BAYER, Ausgabe 3/97, Zeitschrift der Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.

zurückgenommen. Da eine endgültige Entscheidung über den seinerzeitigen Ausschlußantrag noch nicht vorliegt, ist das Ausschlußverfahren beendet.“

FLACHGLAS AG UND VAILLANT: Proteste gegen Arbeitsplatzabbau. 500 Beschäftigte der Firmen Flachglas AG und Vaillant demonstrierten letzte Woche Mittwoch in Gelsenkirchen gegen den Abbau von insgesamt 550 Industriearbeitsplätzen in beiden Werken.

Angemeldet hatte die IG Metall die Kundgebung als Demonstration der Vaillant-Beschäftigten gegen die beschlossene Reduzierung der Belegschaft von jetzt 540 auf unter 300. Dem schlossen sich die 200 Streikenden der Flachglas AG an, die drei Tage gegen den Willen der IG Chemie-Papier-Keramik und des Betriebsrates einen sog. „wilden“ Streik gegen den Abbau von 200 Arbeitsplätzen im Flachglas-Werk führten. Erst Anfang 1997 hatte der Vorstand erklärt, daß kein Produktionsarbeitsplatz in Gelsenkirchen gefährdet sei. Zudem brachte die Belegschaft

in den letzten Jahren unter dem Märchen: „Lohnverzicht rettet Arbeitsplätze“ Opfer zur sog. Standortsicherung: Lohnverzicht, Belegschaftsabbau und zuletzt Streichung des Urlaubsgeldes bis 2001. Bei der Aufsichtsratssitzung letzte Woche Freitag wurde nun endgültig die Stilllegung der Isolierglasproduktion beschlossen, mit allen Folgen für die 200 Arbeitsplätze.

Auch bei Vaillant, wo vor zwei Jahren noch groß die Einführung der Gruppenarbeit und die damit verbundene Produktionssteigerung mit weniger Menschen gefeiert worden ist, hat die Belegschaft Lohn einbußen hingenommen. Und: Ein im Zuge der Verlagerung der Heizlüfterproduktion nach Spanien ausgehandelter Interessenausgleich legte die Zahl der Beschäftigten in Gelsenkirchen auf 450 fest, was jetzt trotzdem unterlaufen wird.

Für den Sprecher der Streikenden bei Flachglas hatte die Aktion üble Konsequenzen: Er wurde nach Beendigung des Streiks mit Polizeigewalt aus der Fabrik geholt, hat dort Hausverbot und muß mit seiner Kündigung rechnen. tja

Nordwürttemberg-Nordbaden

Schlichtungsspruch Altersteilzeit – weit weg von den Forderungen

Ein Schlichtungsspruch hat am 28. September in Nordwürttemberg-Nordbaden die Verhandlungen über eine tarifliche Altersteilzeit beendet (Beratung und Entscheidung der Tarifkommission waren nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe). Der Inhalt des komplizierten Schlichtungsspruchs weist noch mehr Probleme auf, als die ersten Meldungen vermuten ließen.

Danach wird Altersteilzeit im Grundsatz durch freiwillige Betriebsvereinbarung ab dem 55. Lebensjahr eingeführt. In diesem Fall werden 82% vom Vollzeitnetto gezahlt und die Beiträge zur Rentenversicherung auf 95% vom Vollzeitbrutto aufgestockt. Urlaubs- und Weihnachtsgeld werden in der Arbeitsphase halbiert und in der Freistellungsphase ganz gestrichen. Tariflohnsteigerungen erhöhen das Altersteilzeitentgelt, in der Freistellungsphase allerdings nur zu 60%. Bei früherem Rentenbeginn ab 60 Jahren gibt es für den Rentenabschlag (pro Jahr 3,6%, also bis zu 18% dauernde Rentenminderung) eine Abfindung von maximal drei Monatseinkommen, die sich mit späterem Renteneintritt verringert.

Einigen sich Betriebsrat und Unternehmen nicht auf die Einführung der Altersteilzeit, erhalten Beschäftigte ab 61 einen eingeschränkten Rechtsanspruch (im Blockmodell zwei Jahre Vollzeitarbeit, mit 63 Jahren Eintritt in die Freistellungsphase). Voraussetzung des Anspruchs ist aber die Erstattung der 20% Einkommensaufzahlung durch die Bundesanstalt für Arbeit und damit die Bereitschaft des Unternehmens zu Neueinstellung oder Übernahme von Auszubildenden. In einer Betriebsvereinbarung können weitere Kriterien für eine Ablehnung des Rechtsanspruchs formuliert werden (Schutz der Unternehmen gegen Überforderung, Verlust von Schlüsselqualifikation usw.).

Will der Beschäftigte in diesem Fall – also ohne betriebliche Einigung auf Einführung der Altersteilzeit – die tariflichen Bedingungen, muß er einen „Eigenbeitrag“ von 2,5 Brutto-Vollzeitmonatsverdiensten einbringen. Andernfalls hat er nur Anspruch auf die unzureichenden gesetzlichen Bedingungen (70% vom Vollzeitnetto, 90% der Rentenversicherungsbeiträge).

Durch Betriebsvereinbarung kann außerdem geregelt werden,

- daß bei Nichterstattung durch die Bundesanstalt für Arbeit die betroffenen Beschäftigten „Eigenbeteiligung“ leisten müssen;
- daß betrieblich auch andere „insgesamt wertgleiche Regelungen“ getroffen werden können;
- daß bei Gefährdung von Arbeitsplätzen durch Einführung von Altersteilzeit auch „abweichende betriebliche Regelungen“ möglich sind.

Schließlich haben sich die Tarifparteien verpflichtet, noch im 4. Quartal 1997 Verhandlungen über eine „Reformierung und Modernisierung der Tarifverträge“ aufzunehmen, und haben den 1998 kündbaren Manteltarif bis zum 31.12.2000 verlängert. Für die Arbeitszeitdiskussion in der IG Metall (Zwickel: 32-Stunden-Woche) heißt das, daß die tarifliche Arbeitszeit die nächsten drei Jahre nicht zur Verhandlung steht.

Dieses Ergebnis ist (sofern die Tarifkommission zustimmt) weit von den Forderungen der IG Metall entfernt. Der am stärksten umstrittene Rechtsanspruch der Beschäftigten ist auf die ältesten Beschäftigten und auf die unpopulären gesetzlichen Bedingungen beschränkt (und kann selbst dort noch unterlaufen werden). Wer hier bessere Regelungen will, muß sie praktisch durch Einkommensverzicht selber finanzieren.

Die von den Unternehmerverbänden geforderte betriebliche Öffnung der Tarife erhält durch Dr. Spörri Schlichtungsspruch klar Schützenhilfe. Eine noch stärkere Differenzierung der Bedingungen zwischen den Unternehmen (Konzerne, Mittel- und Kleinbetriebe usw.) ist absehbar. In der Auseinandersetzung um die künftige Gestaltung von Tarifverträgen hat Gesamtmetall gepunktet.

rok

Notizen von einer IG-Metall-Vertreter- versammlung:

Im Rahmen der Diskussion um den Geschäftsbericht auf der letzten Vertreterversammlung der Verwaltungsstelle Berlin der IG Metall wurden u.a. folgende Ereignisse erörtert bzw. bekanntgemacht:

Konflikte mit der Polizei:

Nach den Polizeiüberfällen auf die 1. Mai-Demonstrationen 1996 und 1997 ist die IG Metall nicht länger bereit hinzunehmen, daß gewerkschaftliche Versammlungen durch hoch gerüstete Einheiten der Polizei und des Grenzschutzes umstellt werden. Die IG Metall erwartet, daß 1998 auf dem 1. Mai ein solches Vorgehen der Polizei unterbleibt. Dies ist laut dem 2. Bevollmächtigten Arno Hager, Innensenator Schönbohm in einem persönlichen Gespräch mitgeteilt worden. Der Senator hat zugesagt, vor dem ersten Mai 1998 noch ein Gespräch mit Gewerkschaftsvertretern zu führen.

In Folge von Polizeiübergriffen auf eine IG-Metall-Demonstration in Spandau im Herbst 1996 ist es zudem zu einem Gerichtsverfahren gegen einen betrieblichen Funktionär der IG Metall wegen angeblicher Beleidigung einer Polizeibeamtin gekommen. Die anwesenden Vertreter der IG Metall sind aufgerufen, den betroffenen Kollegen in seinem Prozeß zu unterstützen.

Der Termin der öffentlichen Verhandlung kann bei der IG Metall erfragt werden.

Arbeitsgruppe zur Geschichte des Siemens-Konzerns:

Aus der Mitte der Stadtteilgruppe Spandau der IG Metall ist eine Arbeitsgruppe gebildet worden, die sich mit den Verbrechen des Siemens-Konzerns gegenüber ausländischen Zwangsarbeiterinnen während der Zeit des Nationalsozialismus beschäftigt.

In Zusammenarbeit mit der Geschichtswerkstatt ist eine Ausstellung auf der Vertreterversammlung gezeigt worden. Darüber hinaus ist geplant, eine Veranstaltung durchzuführen, auf der die Praktiken deutscher Konzerne im Faschismus gegenüber Zwangsarbeiterinnen beleuchtet werden sollen. Auf dieser Veranstaltung sollen neben Historikern auch betroffenen Überlebene zu Wort kommen.

Der Beschuß der Großen Tarifkommission der ÖTV Ein Sieg der Basis!

Die Große Tarifkommission (GTK) der ÖTV hat am 18. September in Stuttgart beschlossen, die Regelungen zur Arbeitszeit vorerst nicht zu kündigen. Gleichwohl hat die GTK beschlossen, daß Beschäftigungssicherung ein wesentliches Ziel der Tarifbewegung 1997/98 sein wird. Bei laufenden Verträgen soll beginnend mit dem 7. Oktober über beschäftigungssichernde Maßnahmen verhandelt werden. Konkrete Forderungen wurden nicht erhoben, stattdessen schlägt die GTK mehrere tariflich regelbare Maßnahmen vor. Wir haben die Erklärung der GTK trotz ihrer Länge abgedruckt. Sie ist lesenswert.

Von Gewerkschaftslinken wird diese Erklärung als Sieg der Basis „gefeiert“. Sieg deshalb, weil MaisVorschlag, der als Gegenleistung für Beschäftigungssicherung und -schaffung die Bereitschaft zu sozial gestaffeltem Lohnausgleich beinhaltete, zurückgewiesen worden sei. Liest man dagegen die Entschließung, so finden sich alle wesentlichen Elemente des ursprünglichen Vorschlags wieder – allerdings in anderen Worten. So ist z.B. jetzt die Rede davon, daß eine Arbeitszeitverkürzung „ohne Eingriff in bestehende Einkommen“ zu erfolgen habe, aber die Verrechnung mit künftigen Tariferhöhungen ist nicht ausgeschlossen. Trotzdem scheint mit dieser Entschließung der sich anbahrende Konflikt zwischen ÖTV-Bezirken und Geschäftsführendem ÖTV-Hauptvorstand entschärft zu sein.

Die ÖTV setzt auf die Vernunft der Gegenseite. Sie will – ohne die Möglichkeit von Arbeitskampfmaßnahmen – Verhandlungen zu beschäftigungssicheren Maßnahmen aufnehmen. Gleichzeitig dokumentiert die Entschließung der GTK (und haben die Mitgliederdiskussionen belegt), daß die ÖTV nicht bereit, nicht willens, vermutlich auch nicht in der Lage ist, eine Arbeitszeitverkürzung offensiv anzugehen. Die ÖTV behält sich vor, die tariflichen Arbeitszeitregelungen im Tarifgebiet West kurzfristig zu kündigen, da es hier nur eine einmonatige Kündigungsfrist gibt. Im Tarifgebiet Ost ist die Kündigung komplizierter, da hier die gesamten Manteltarife mitgekündigt werden müßten und befürchtet wird, daß dann auch andere Verschlechterungen abzuwehren sind.

Die ÖTV warnt die Gegenseite vor Mißbrauch. Dies ist richtig und spricht den Mitgliedern „aus ganzem Herzen“. Die ÖTV droht – mit einer hohen Tarifforderung, wenn die Verhandlungen zur Beschäftigungspolitik ergebnislos verlaufen. Da die öffentlichen Dienstherren ihrerseits mit Sicherheit weitere Personalkürzungen als Folge der Verteuerung ankündigen werden, und das eigentliche

Ziel der Tarifrunde für die ÖTV ja Beschäftigungssicherung und -schaffung sein wird, wird diese „Taktik“ wohl schwer aufgehen.

Ob das Auseinanderreißen der „Beschäftigungssicherungsrede“ und der „Einkommens-Tarifrunde“ ein kluger Schachzug war, wird sich erst erweisen müssen. Denn unbestritten ist, daß noch jede Arbeitszeitverkürzung ihre Gegenleistung gefordert und erhalten hat, ob es in Mark und Pfennig oder in anderen „Werten“ war. Und die öffentlichen Dienstherren haben schon längst ihre Vorstellungen auf den Tisch gelegt, allen voran Kanther mit Kürzungen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bzw. mit Kompensationsforderungen.

Positiv hervorzuheben an der Entschließung der GTK ist die Tatsache, daß an mehreren Punkten besonders auf die Interessen der Mitglieder in den neuen Bundesländern eingegangen wird und die weitere Angleichung bei Arbeitszeit und Einkommen verlangt wird.

Abschließend nochmals zu den „jubelnden Linken“: Das Vorgehen Mais war undemokatisch, gewagt bis gefährlich, und seine Aussagen zum sozial gestaffelten Lohnausgleich für eine sachliche Diskussion hinderlich, denn es entstand der Eindruck, als könnte daraus der volle Lohnausgleich der mittleren und unteren Einkommensgruppen beglichen werden. Dies ist mitnichten so. Das „Geschrei“ aber darüber war unehrlich. Wo bitte schön ist der Unterschied zu Festgeldforderungen? Und sind die Linken nicht mehr für Verkleinerung der Einkommenspreizung? Zu sagen, daß ein solches Ergebnis sicherlich als Kompromiß akzeptiert werden würde, aber nicht von vornherein, scheint mir angesichts der langjährigen Erfahrungen als Heuchelei und verhindert eine offene Diskussion darüber, wo die wirkliche Schmerzgrenze liegt.

Dokumentiert:

Entschließung der Großen Tarifkommission zur beschäftigungssichernden und arbeitsplatzwirksamen Arbeitszeitpolitik
Die Große Tarifkommission verurteilt die Politik der Bundesregierung, die sich zunehmend sichtbarer als gescheiterter Versuch erweist, angebotsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik dazu zu nutzen, die Gesellschaft als umfassendes Konkurrenz- und Wettbewerbsmodell jenseits des Solidarprinzips umzugestalten.

Vor allem die Verweigerung einer aktiven staatlichen Beschäftigungspolitik, die Absage an Staatsinterventionen in den Wirtschaftsprozeß und das Warten auf die angeblichen Selbstheilungskräfte der Wirtschaft haben Staat und Ge-

sellschaft einem finanz- und sozialpolitischen Würgegriff ausgesetzt und elementare Grundsätze sozialer Gerechtigkeit tief verletzt.

Anstatt soziales Wohlergehen und gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat diese Politik

- die Arbeitslosigkeit auf immer neue Höhen, mittlerweile weit oberhalb der Grenze von 4 Millionen offiziell registrierter Arbeitsloser, getrieben und dort verfestigt,
- eine noch nie dagewesene Ausbildungsmisere geschaffen,
- eine sozial ungerechte Steuer- und Finanzpolitik betrieben und die Einkommensverteilung massiv zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verschlechtert,
- die Staatsfinanzen zerrüttet,
- die sozialen Sicherungssysteme ausgehöhlt,
- die weitere Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West blockiert,
- den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Hoffnungen auf eine materiell sichere und soziale Zukunft geraubt.

Die vom Bundeskanzler prognostizierte Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 erweist sich als blander Zweckoptimismus bar jeder Realität. Vorgeblich wirksame beschäftigungspolitische Entscheidungen der Bundesregierung verpuffen entweder als weitere Schritte zur Einkommensumverteilung zugunsten der Großverdiener und zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder als völlig ungeeignete Mittel gegen den politisch verursachten Großflächenbrand Massenarbeitslosigkeit.

Die aktuellen politischen Themenfelder, z.B. Steuer-, Renten- und Gesundheitsreform sowie die Debatte um den „schlanken Staat“, werden, wenn sich die Absichten der Bundesregierung durchsetzen, den negativen Trend fortsetzen.

Damit wird deutlich: Ohne eine tiefgreifende Wende der Politik in diesem Lande wird die beschäftigungspolitische und soziale Talfahrt weitergehen.

Die Tarifpolitik der Gewerkschaften kann allein keine Umkehr der Abwärtsspirale oder gar eine spürbare Trendwende einleiten. Die Tarifpolitik kann nicht heilen, was die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik versäumt oder anrichtet.

Wir brauchen eine grundlegende politische Kurskorrektur, die Rahmenbedingungen schafft:

- für aktive Beschäftigungspolitik
- für soziale Gerechtigkeit
- für Innovation und Reformen
- für einen leistungsfähigen Sozialstaat.

Wir brauchen eine Modernisierung der öffentlichen Dienste. Phantasielose Kostenersenkungen müssen durch intelligente Formen der Aufgaben- und Personalsteuerung ersetzt werden. Die Arbeitge-

ber bleiben aufgefordert, hierzu über konkrete Rahmenvereinbarungen zu verhandeln.

Gleichwohl unterstreicht die Große Tarifkommission ihren Willen, verstärkt eigene tarifpolitische Initiativen zu ergreifen, um dem weiteren Anstieg der Massenarbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Wir fordern die Arbeitgeber von Bund, Ländern und Gemeinden auf, mit der Gewerkschaft ÖTV die Verhandlungen über tarifliche Sofortmaßnahmen einer beschäftigungssichernden und arbeitsplatzwirksamen Arbeitszeitpolitik ohne Vorbedingungen zu führen.

Wesentliches Ziel der Tarifrunde 1997/98 ist Beschäftigungssicherung; dazu ist die tarifliche Arbeitszeitpolitik ein Mittel. Die Gewerkschaft ÖTV ist bereit, durch konkrete und kontrollierbare Regelungen dazu beizutragen, Beschäftigung zu sichern, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen und den Arbeitsmarkt zu entlasten. Deshalb treten wir nachdrücklich für die Übernahme von Auszubildenden ein.

Wirksame tarifliche Instrumente dazu können sein:

- die Altersteilzeit,
- Schaffung von Wahlmöglichkeiten für Arbeitszeitkonten und die Faktorisierung der Arbeitszeit,
- der Abbau von Überstunden und Mehrarbeit,
- die befristete Verlängerung der Möglichkeit zum Abschluß von Tarifvereinbarungen zur sozialen Arbeitszeitverteilung sowie die Übertragung der Rationalisierungsschutztarifverträge auf das Tarifgebiet Ost,
- die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, einschließlich der Angleichung der Arbeitszeit im Osten an das Westniveau, ohne Eingriff in bestehende Einkommen.

Die Vorschläge und Forderungen der Gewerkschaft ÖTV zielen auf ein Maßnahmebündel in der Arbeitszeitpolitik mit direkten, kontrollierbaren und nachvollziehbaren Beschäftigungseffekten:

- Altersteilzeit entlastet ältere Beschäftigte, schafft Raum für neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze und ist praktizierte Solidarität zwischen den Generationen.

• Arbeitszeitkonten und -faktorisierung können Zeitguthaben schaffen und dem einzelnen mehr Freiräume eröffnen bis hin zu arbeitsplatzwirksamen Effekten.

• Abbau von Überstunden und Mehrarbeit kann sofort in mehr Arbeitsplätze münden.

• Die Einführung der 38,5-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in Ostdeutschland kann den noch immer massiven Arbeitsplatzabbau Ost abfedern und Beschäftigung sichern. Zugleich wäre dies ein weiterer Angleichungsschritt an das Westniveau und zur Tarifeinheit.

• Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit sichert und schafft Beschäftigung.

Die Gewerkschaft ÖTV stellt sich mit diesen Positionen den drängenden Problemen des Arbeitsmarktes.

Die Verlängerung der Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamte in mehreren westdeutschen Bundesländern hat zu weiteren Arbeitsplatzverlusten geführt. Die Große Tarifkommission drängt auf eine Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung und erwartet, daß Tarifvereinbarungen auf Beamtinnen und Beamte übertragen werden. Unsere Maxime heißt: Verhandeln statt verordnen!

Unmißverständlich warnen wir die Arbeitgeber des Öffentlichen Dienstes davor, die Bereitschaft der Gewerkschaft ÖTV zu beschäftigungspolitischen Sofortmaßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und Forderungen nach Einschnitten in das Tarifrecht des öffentlichen Dienstes zu mißbrauchen.

Die Große Tarifkommission wird das Verhalten der Arbeitgeber des Öffentlichen Dienstes zur Beschäftigungspolitik aufmerksam verfolgen und bei ihrer nächsten Sitzung spätestens am 18. Dezember 1997 kritisch bewerten. Verlauf und Stand der Verhandlungen werden ganz maßgeblich mitentscheidend dafür sein, welche konkreten Forderungen dann, auch mit Blick auf die Einkommensentwicklung 1998 im Öffentlichen Dienst in West und Ost und hier insbesondere für weitere Angleichung an das Westniveau, gestellt werden.

Beschlossen am 18. September 1997 (132 Ja-, 3 Neinstimmen, bei 4 Enthaltungen)

Bernd Zellner



DAS LETZTE ABENTEUER: IM PADDELBOOT DURCH DIE SAHARA

SZ

Virtuelle Räume erhalten bzw. ausbauen

Als der *trend* 1995 – nach elf Erscheinungsjahren als Zeitung der GEW Berlin-Kreuzberg – durch Zensur und Repression seitens der Vorstände abgeschafft wurde, war die Entscheidung der alten Redaktion, den *trend* als Onlinezeitung herauszugeben, eher eine emotional geprägte Antwort auf diese skandalösen Vorgänge als ein die Konsequenzen jener medialen Transformation reflektierender Akt. Ganz gleich ob es sich um die hard- und softwaremäßigen Voraussetzungen der Internetnutzung oder um die theoretische Einschätzung dieses Mediums handelte, wir lernten sozusagen erst im Wasser schwimmen.

Für eine linke & radikale Gegen-Öffentlichkeit im Internet

Der Begriff der Gegenöffentlichkeit entfaltete sich im Kontext der Jugend- und StudentInnenbewegung. Gegen die versteinerten politischen Strukturen und das Meinungsmonopol der Springerpresse sollten eigene mediale Formen von Aufklärung zur Revolutionierung der Verhältnisse gesetzt werden. Mit der Transformation der Bewegung in ein Konglomerat aus Parteizirkeln und -aufbauorganisationen veränderte sich das Verständnis von Gegenaufklärung. Nun ging es um die Schaffung der eigenen – der proletarischen – Öffentlichkeit. Später – im Zuge der neuen sozialen Bewegungen – erfolgte entsprechend dem jeweiligen politischen und sozialen Milieu die Umdeutung der eigenen in eine „alternative Öffentlichkeit“.

Während unser langjährigen publizistischen Arbeit in der GEW empfanden wir den Dienstherren als unseren politischen Gegner. Und weil die Konflikte in einem Mikrokosmos mit unverrückbar erscheinenden Herrschafts- und Machtstrukturen stattfanden, lag es für uns auf der Hand, weiterhin an einem Modell von (Gegen-)Aufklärung festzuhalten, das darin zum Ausdruck kam, daß wir unterdrückte Nachrichten verbreiteten, Mißstände enthüllten und das führende politische Personal in Staat und Gewerkschaft bloß zu stellen versuchten.

Beim Übergang in das Internet hielten wir schlicht an dieser konzeptionellen Vorstellung von Informationsverarbeitung und -verbreitung fest und bestimmten unsere Onlinezeitung als ein Projekt für eine linke & radikale Gegenöffentlichkeit. Sehr bald mußten wir aber feststellen, daß der Begriff „Gegenöffentlichkeit“ in seiner herkömmlichen inhaltlichen Bestimmung für die mediale Plattform Internet gar nicht trägt. Es gibt im Cyberspace im stofflichen Sinne keine räumlichen Be- und Abgrenzungen. Eine sich daraus ableitende Grenzziehung zu politischen Gegnern erscheint in der virtuellen Welt obsolet.

Aber auch das aus den oben erwähnten Zusammenhängen entstammende Verständnis von „eigener“ oder „anderer“ Öffentlichkeit entspricht nicht den Kommunikations- und Herrschaftsstrukturen des Internets. Virtuelle und materielle Strukturen des Cyberspace stehen in einem spezifischen Widerspruchszusammenhang. Der virtuelle Raum erscheint als chaotisch grenzenlos, worin (Informations-)Zeichen herrschaftsfrei fließen. Die Basis jenes Cyberspace ist allerdings handfest materiell und als „Datenautobahn“ Objekt des Kapitalverkehrs und -profits. Das Kapital drängt darauf, daß auf seinen Verkehrswegen und Profitquellen Rechtssicherheit herrscht. Das herrschende politische Personal der Nationalstaaten will den jeweiligen Kapitalinteressen zur Geltung verhelfen und seine Vorherrschaft über den virtuellen Raum errich-

Gedächtnisspeicher

Das Internet hat seine Gründungsvoraussetzungen als US-amerikanisches militärisches Datenübermittlungsprojekt längst hinter sich lassen können. In seiner jetzigen Globalität erscheint es als ein weltweiter (Frei-)Raum für eine kostengünstige Kommunikation und ist von daher für finanzschwache linke & radikale Zusammenhänge ein ausgezeichnetes Medium der Informationsverbreitung.

Der *trend* ist im Laufe seiner eineinhalbjährigen Web-Präsenz über die anfängliche Aufgabenstellung einer Verbreitung von marginalisierten Nachrichten, wichtigen Terminen und abweichen den Meinungen, wie der Untertitel „für die alltägliche Wut“ anzeigen sollte, bald hinausgegangen. Unter Ausnutzung der technischen Möglichkeiten des Internet haben wir virtuelle Textarchive (Serie 40 Jahre KPD-Verbot, Aufruhr & Revolte, Linkskurve) aufgebaut.

Virtuelle Archive sind für uns Gedächtnisspeicher, die jeder mit seinem Computer und Modem sowie geringen technischen Grundkenntnissen kostengünstig nutzen kann. Damit wird ausgegrenztes oder totgeschwiegenes Wissen wieder zugänglich gemacht oder wie im Falle des Marxschen Kapitals wissenschaftliches Arbeit erheblich erleichtert.

Veröffentlichungsplattform und Vernetzung

Das Internet ist gegenwärtig ein Kommunikationsraum, in dem jeder mit der entsprechenden technischen Voraussetzung nicht nur Information beziehen kann, sondern damit auch sofort Informationsanbieter ist. Dies beginnt bei der Email-Adresse und kann bei einem entsprechenden Provider (Berlinet, Nadir, free.de etc.) sogar kostengünstig zur eigenen Homepage, zu Mailinglisten, Teilnahme an Newsgruppen-Debatten usw. ausgebaut werden.

Doch die Widerstände gegen diese Möglichkeiten sind speziell unter deutschen Linken noch stark verbreitet. Im Gegensatz zu den USA, Skandinavien oder den Niederlanden, wo linke Gruppen schon lange das Netz als Kommunikations- und Informationsmedium nutzen, gilt das Internet immer noch als Überwachungsmaschine oder als verdummendes Berieselungssystem. Darüber hinaus beruhen die Widerstände zu einem beträchtlichen Teil darauf, daß der Abschied von den vertraut gewordenen hierarchischen Produktions- und Vertriebsstrukturen der Printmedien ansteht, die den auf Unterordnung fixierten Organisations- und Entscheidungstrukturen der politischen Gruppen gerade recht kamen.

**AK Politische Berichte und Netzwerk
Linke Kommunalpolitik laden ein zur
gemeinsamen Arbeitstagung:**

Selbstbestimmte Medien im Internet – geht das? Wie geht das? Lohnt sich das?

Sonntag, 12. Oktober, 8.30 bis 14.00 Uhr

**Jugendgästehaus Köln, An der Schanz
Zwei Vertreter der trend-Redaktion,
deren Thesen hier vorgestellt sind, ha-
ben zugesagt.**

ten, indem es dessen materielle Basis entsprechend verrechtlicht.

In der diesjährigen Juniausgabe der Gewerkschaftszeitschrift „medien“ hieß es: „Bedrohlich ist für die Herrschenden, daß die internationale Arbeiterbewegung, Gewerkschaftler und viele Basisinitiativen das Web und die schnelle elektronische Kommunikation für sich entdeckt haben. Kaum eine Guerillabewegung ist heute noch ohne Webpräsenz.“ Damit wird zu Recht hervorgehoben, daß den politisch und ökonomisch Herrschenden die zur Zeit noch völlig unzulängliche Kontrolle über einen für sie strategisch immer wichtiger werdenden Kommunikationsraum ein Dorn im Auge ist. Insofern gibt es für jedes linke & radikale Internet-Projekt die Notwendigkeit, bisher im Virtuellen besetzte Räume zu erhalten bzw. auszubauen. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Begriff der Gegenöffentlichkeit ein derzeit noch inhaltlich hinreichender.

Für eine Linke, die sich in gesellschaftlichen Nischen eingerichtet hat und dabei ihre Dialogfähigkeit verlor, kann das Internet, welches dezentral und ortsungebunden sowie von sogenannten Sachzwängen der Printwelt entkoppelt ist und interaktive Kommunikation möglich macht, aber auch als Herausforderung begriffen werden, ein zeitgenössisches linkes Selbstverständnis zu reformulieren.

Die *trend*-Redaktion hat daher von Anbeginn versucht, durch die Hereinnahme von Beilagen und Projekten, die nach traditionell ideologischer Lesart einander Spinnefeind sind, Wege der Überwindung des selbstverschuldeten Autismus linker Gruppen mittels des Internets aufzuzeigen. Dazu gehört auch die Spiegelung von Websites politisch verfolgter Projekte, selbst dann wenn wir deren ideologische Orientierung und politische Praxis im linken & radikalen Spektrum nicht teilen.

Die *trend*-Redaktion begreift ihre Onlinezeitung ausdrücklich als strömungsübergreifendes publizistisches Projekt im Internet und maßt sich daher nicht an, entlang einer irgendwie definierten politischen Linie, Artikel abzulehnen, wenn deren Inhalt sich erkennbar auf linke&radikale Diskurse bezieht. Dieses Ansinnen wäre auch auf der materiell-technischen Basis der Internet-Technologie schwachsinnig.

Die von uns im Rahmen des Benno-Ohnesorg-Kongresses durchgeführte AG „Aufbruch zum Proletariats“, die über das Web vorbereitet wurde, hat gezeigt, daß es möglich ist, diese im Virtuellen gemachten Erfahrungen in die politische Alltagspraxis einzubringen. In unserer AG diskutieren „AnarchistInnen“ mit „StalinistInnen“ und alle waren sich am Schluß einig, dem Kongreß einen gemeinsamen AG-Abschlußbericht vorzulegen. Andererseits machte gerade das Scheitern des Kongresses in seinen großen Foren deutlich, daß gesinnungspolizeiliche Attitüden verbunden mit kleinkarierten Machtspielchen leider noch die Hauptseite bilden, wenn Linke meinen, miteinander zu diskutieren. Dennoch wird die *trend*-Redaktion an ihrem Konzept, *trend* als „Veröffentlichungsplattform“ für alle linken & radikalen Gruppen und Zusammenhänge, festhalten. Angesichts der zu erwartenden staatlichen Repressionen gegen bisherige Internetstrukturen werden allerdings Fragen der virtuellen Vernetzung im Vordergrund unserer nächsten Bemühungen stehen.

free speech & free visit

Abgesehen von Mailbombs oder ähnlichen gewaltförmigen Methoden begegnen sich die BenutzerInnen in diesem Medium im stofflich unmittelbaren Sinne eigentlich gewaltfrei. Derartige Gewalt gegen InternetbenutzerInnen ist nur jenseits des Netzes möglich, wie die jüngsten staatlichen Repressionsversuche zeigen.

Gewalt kann aber auch vom Internet aus vorbereitet bzw. logistisch unterstützt werden, wenn z.B. über die faschistische Website des Thulenetzes Anti-Antifa-Listen verbreitet werden. Grundsätzlich anders verhält es sich bei der Gewaltfrage auf dem Gebiet der Kinderpornografie. Ihre weltweite Verbreitung im Netz setzt die vollzogene Gewalt an Kindern bei der Produktion der Bilder voraus. Die Gewalt ist Mittel zur Produktion und Verbreitung.

Das Internet ist eine weltweite öffentliche Einrichtung und keine nationalstaatliche oder private Institution. Wer u.E. zu Recht free speech & free visit für dieses Medium fordert, muß aber auch in bezug auf die gewaltförmigen Möglichkeiten des Internets Position beziehen.

Die *trend*-Redaktion hält in dieser Frage an dem bisher von „Internet-freaks“ vertretenen Prinzip fest, daß das Rezeptionsverhalten der NutzerInnen über die Verbreitung von Websites entscheiden soll. Eine entsprechende politische Praxis jenseits des Netzes gegen Rassismus, Faschismus und patriarchalische Strukturen, gegen Imperialismus und Krieg wird von uns ausdrücklich unterstützt.

Kapitalisierung des Internets und nationalstaatlichen Verrechtlichungsversuche zielen allerdings darauf ab, dieses libertäre Web-Prinzip auszuhöhlen. Wir werden es daher tunlichst vermeiden, staatliche Instanzen oder von kapitalistischen Lobbyisten initiierte Zensurprojekte als Web-Schiedrichter zu fordern. Wer „free speech & free visit“ ernst nimmt, wird in der weltweiten Netzöffentlichkeit auch faschistische Websites aushalten müssen. Das kann aber wiederum nicht heißen, diese Sites durch Referenzierungen noch bekannter zu machen als dies ohnehin schon mit Hilfe der bürgerlichen Medienlandschaft geschieht.

open terminals

Es wäre ein großer Fehler und würde zu Überschätzungen des Internets für eine dort zu entfaltende politisch-publizistische Praxis führen, würde man es sozusagen nur von innen heraus nach seinen technischen und kommunikativen Möglichkeiten hin einschätzen. Die jüngsten Untersuchungsergebnisse über die soziologische NutzerInnenstruktur des Internets (Yahoo 1997) hat die bisherige Entwicklungslinie bestätigt: das Internet bleibt ein elitäres Medium. Der durchschnittliche deutschsprachige Internet-User ist männlich, hat Familie und mindestens 76.000 DM Jahresnettoeinkommen. Obgleich er vorwiegend das Internet als Informationsquelle und nicht zu Surf- und voyeuristischen Zwecken nutzt, dürfte er kein Adressat für linke & radikale Kommunikationszusammenhänge im Internet sein.

Linke & radikale Internetprojekte befinden sich nach wie vor in einem embryonalen Entwicklungsstadium, wenn

der Bezugspunkt für diese Einschätzung das linke&radikale Milieu jenseits des Internets ist. Es sind hier vorwiegend die Studis, die mit ihren universitären Internetzugängen den Datentraffic bei *trend* und vergleichbaren Projekten erzeugen. Für andere, die diese nahezu kostenlose Möglichkeit nicht haben, dürften Kommunikationskosten zwischen 100 und 200 DM pro Monat kaum erschwinglich sein, mal ganz abgesehen von der dafür notwendigen Hardware.

Selbst in der *trend*-Redaktion wirkten sich die individuell unterschiedlichen ökonomischen Voraussetzungen (Hardware und Internetzugang) der einzelnen Redaktionsmitglieder sichtbar aus. Es entstand eine neue Arbeitsteilung und eine vorher nicht vorhandene Hierarchie hinsichtlich des Umgangs mit den aus dem Netz gewonnenen und hineingespeisten Informationen. Dagegen verflachten sich die Hierarchien zwischen *trend*, „LeserInnen“ und „MacherInnen“. Die Kommunikation entkoppelte sich von festen Terminen und wurde interaktiv. Der Gebrauchswert unserer Informationen und der von den *trend*-NutzInnen über uns als Veröffentlichungsplattform verbreiteten Texte und Nachrichten wurde zur Hauptseite bei deren Rezeption.

Angesichts der in der BRD staatlicherseits geplanten bzw. bereits umgesetzten Restriktionen wäre es tatsächlich naiv zu glauben, daß allein eine umfassendere Nutzung des Internets als Kommunikationsraum für linke&radikale Zusammenhänge ausreichend wäre, „free speech & free visit“ als Prinzipien des Internets zu verteidigen. Die Auseinandersetzung um die Hegemonie im Kommunikationsraum Internet kann letztlich nur jenseits des Netzes geführt werden. Doch allein defensive Orientierungen wie sie in schlichten Parolen wie etwa „Weg mit dem TKG“ zum Ausdruck kommen, erscheinen wenig erfolgsversprechend. Vielmehr muß es darum gehen, das Interesse am Internet, wie es sich in der Gesellschaft auf sehr differenziertere Weise und auch unter uns Linken entfaltet, politisch strategisch zu wenden.

Die derzeit von liberal bürgerlichen Kreisen erhobene Forderung, daß jede/r das Grundrecht auf eine eigene Email-Adresse haben sollte, weist in eine Richtung, das Internet als demokratische Kommunikationsform zu konstituieren. Für uns als Linke muß es jedoch darauf ankommen, solche aus dem bürgerlichen Freiheitsrechten sich ableitenden Forderungen in den Kontext unserer sozialen Utopien zu stellen.

Daher meint die *trend*-Redaktion, daß „open terminals“ und Internet-Cafés mit kostenloser und anonymer Nutzung des Kommunikationsraums Internet viel eher einem linken Verständnis von freiheitlicher Vergesellschaftung des bürgerlichen Individuums entsprechen als auf Vereinzelung ziellende Konzepte des sich per Email-Adresse und Homepage „Ins-Netz-Stellen-Können“. Berlin Sept. 97

Gegen die Ethnisierung des Minderheitenschutzes durch die deutsche Politik

Die Grün-Alternative Liste Schleswig, die Infolandengruppe Flensburg und die Arbeitsgemeinschaft Kommunistische Politik von unten in und bei der PDS-SH waren in der Vorbereitung einer Veranstaltung am 24.8. in Flensburg soweit übereingekommen, daß sie eine rassistische Politik und Zielsetzung bei der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) kritisieren und davon ausgehen, daß das Europäische Zentrum für Minderheitenfragen (EZM) für die Bundesregierung und für die FUEV ein geeigneter Mantel für eine großdeutsche Volksgruppenpolitik ist und als solches auch dazu genutzt werden soll. Solch eine Volksgruppenpolitik stößt bei verschiedensten Leuten aus ganz unterschiedlichen Gründen auf Kritik. Die Gründe sind nicht gleich. Die Sichtweisen dafür sind nicht gleich. Die Veranstaltung galt als Versuch, Leute, die aus verschiedensten Gründen daran Kritik äußern, zusammenzubekommen.

Klar war, daß die Zielsetzungen, speziell des EZM, im Augenblick noch kaum öffentlich sind, daß eben auch vieles unter der Decke abläuft. Und daß nicht nur von Seiten der CDU ziemlich starke Kritik an unserer Tätigkeit und an unserer Kritik am EZM und der FUEV kommt, sondern daß durchaus auch die Anschauungen innerhalb von Linken und fortschrittlichen Leuten geteilt sind. Das Ziel der Veranstaltung war daher, daß diejenigen, die Kritik an der FUEV und dem EZM haben, diese Kritik austauschen können, um sich überhaupt erst einmal eine gemeinsame Sichtweise der Sache zu erarbeiten. Eine der Schwierigkeiten besteht darin, daß die FUEV, Politiker der Bundesregierung und das EZM es schon geschafft haben, eine Umwidmung von Begriffen wie des Völkerrechts in der Öffentlichkeit durchzusetzen. Die Veranstalter gehen davon aus, daß, wenn das EZM erst einmal als internationale Institution anerkannt worden ist, diese Umwidmung allgemein vollendet werden kann. Benutzt werden dabei Begriffe wie das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, was in ein „Selbstbestimmungsrecht von Volksgruppen“ umgemünzt werden soll.

Deshalb nahm Norman Paech, Prof. für Staatsrecht an der HWP Hamburg, einleitend zu drei Begriffen Stellung: zur historischen Entwicklung des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker“, seinem aktuellen Inhalt, zu den Regelungen des Minderheitenschutzes und zum „Volksgruppenrecht“. Wir dokumentieren gekürzt den ersten und den dritten Teil seines Vortrags.

Rudi Arendt

Geschichte und Inhalt des Selbstbestimmungsrechts

Zunächst zur Herkunft des Selbstbestimmungsrechtes. Es war lange umstritten, ob es überhaupt eine rechtliche Qualität hat. Wir werden in die Geschichte zurückgehen, um zu sehen, wo es herkommt. Es hat einen revolutionären Hintergrund, einerseits in Amerika, in der Lösung der Amerikaner von der alten Kolonialmacht England, und dann im wesentlichen in der französischen Revolution, und zwar in der Veränderung der Legitimität des Staates.

In dem Augenblick, in dem die Legitimität der Regierung dem Fürsten genommen und dem Volk – das ist der Ursprung der Volkssouveränität – übertragen wurde, hat auch das Recht auf Selbstbestimmung im Konvent der französischen Nationalversammlung zum ersten Mal eine Begründung und politische Bedeutung gefunden. In einem Dekret vom Dezember 1792 heißt es, daß die französische Nation – also nicht der Monarch – Unterstützung und Hilfe den Völkern geben wolle, die ihre alten Verfassungen mit den Feudallasten und mit den Privilegien verlassen und umstürzen wollten. D.h. es wurde dort eine revolutionäre Intervention im Namen der Selbstbestimmung derjenigen Völker, die sich entschieden hatten, gegen ihre alte Feudalherrschaft zu revoltieren. Das hatte konkrete Hintergründe. Seinerzeit ging es um die Annexion durch Frankreich von Savoyen, Belgien, der Rheinstädte ..., und man brauchte für solch eine Intervention eine Begründung. Denn eines war auch in der Nationalversammlung klar, man wollte jede militärische Intervention ächten. Wie kam man also aus dem Problem heraus, daß man einerseits den Krieg als Annexionskrieg abschaffen, sich aber vorbehalten wollte, Völkern, die ihre alte Verfassung ablegen wollten, zu Hilfe zu kommen. Das ging mit dem Recht auf Selbstbestimmung. Es kam etwas anderes hinzu: Die erste koloniale Befreiung wurde 1790/91 angemahnt, als nämlich die Mulatten von heute Santa Domingo ihre Freiheit von den französischen Pflanzern und Kolonialisten verlangten. Im Konvent saß eine Reihe dieser alten Kolonialbesitzer. Es waren also konkrete Probleme. Das Ergebnis: Der Konvent entschied sich für beides: Er entschied sich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, sie haben sich aus dem heutigen Haiti zurückgezogen, und sie haben in der Verfassung von 1793 das Prinzip der Nicht-Intervention verkündet, das Verbot, in fremde Länder zu intervenieren, mit der Ausnahme: wenn das

unterdrückte Volk beginne, „seine Lasten und Ketten selber zu brechen“. In dem Moment war man bereit, mit dem Mittel der revolutionären Intervention das Selbstbestimmungsrecht dieses Volkes zu unterstützen.

Das waren die ersten Kämpfe um ein neues revolutionäres Recht, das dann lange untertauchte und keinerlei Bedeutung in den napoleonischen und den deutsch-französischen Kriegen mehr hatte. Es kam 1917/18 wieder auf, beim Ausgang des 1. Weltkriegs, indem es Wilson in seinen 14 Punkten aufgriff: ... Der 7. seiner Punkte war ganz eindeutig darauf gerichtet, daß die Völker – er nannte insbesondere Österreich/Ungarn, auch in der Türkei die Kurden – ihr Selbstbestimmungsrecht bekommen sollten, und er verlangte auch, daß dies in den Völkerbund integriert wurde. Nur – im Völkerbund ist das dann nicht integriert worden. Die Völker waren nicht stark genug, dieses auch die nationale Integrität gefährdende Prinzip des Selbstbestimmungsrechts zu integrieren. So sank es wieder in die Geschichte herab, ehe es dann in der UNO wieder auftauchte.

Es war aber eigentlich nicht Wilson, der es zuerst propagierte, sondern drei Monate vor ihm war es Lenin im ersten Dekret über den Frieden. Das Interessante dabei ist, daß zwei so exponierte Persönlichkeiten so unterschiedlicher Gesellschaftssysteme es gleichzeitig darstellten, daß es lange genug in der Geschichte aufgestaut war und jetzt hervorkommen mußte.

Auch in der UNO hat es nicht etwa eine prominente Stellung erreicht, sondern es wird dort in Artikel 1, Abs. 2 und Artikel 55 eher nebenbei erwähnt und sofort einem anderen gleichberechtigten Recht auf gleicher Stufe entgegengestellt, nämlich dem Recht auf territoriale Souveränität und Integrität. Es ist nicht integriert worden, z.B. in das Treuhandsystem oder in die Bemühungen um Dekolonialisierung (...).

Die Wende kommt erst 1960. Zu jenem Zeitpunkt hatten auf der 15. Sitzung der UNO bereits 18 Staaten neu ihre Souveränität erreicht, alles ehemalige Kolonialländer, die sich von ihren alten Kolonialmächten befreit hatten und der UNO beigetreten waren. Zu diesem Zeitpunkt konstituierte die UNO zum ersten Mal in einer berühmten Resolution das Recht auf Dekolonialisierung, das auf dem Selbstbestimmungsrecht basierte. „Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts bestimmen sie frei ihre Gestalt und streben frei nach wirtschaftlicher, sozialer und kultureller

Entwicklung.“ D.h. Dekolonisation als politischer Prozeß, der gewalttätig durchgeführt wurde – dem gingen voran der algerische Befreiungskrieg, die Bandung-Konferenz der Nichtpaktgebundenen Staaten von 1955. Das wurde jetzt juristisch zum 1. Mal aufgelagert auf einem Recht auf Selbstbestimmung dieser Völker, das war die Rechtfertigung des Befreiungskrieges.

Es wurde dann in weiteren Resolutionen immer weiter ausgebildet. Dazwischen lag etwas Überraschendes. Nachdem die Sowjetunion vergeblich verlangt hatte, es in die allgemeine Deklaration der Menschenrechte einzubringen, wurde ebenfalls auf Drängen der Sowjetunion, als die Pakte über internationale Rechte 1966 verabschiedet wurden (über kulturelle, politische, soziale und ökonomische Rechte) verabschiedet wurde, jeweils in Artikel 1 das Recht auf Selbstbestimmung unter die individuellen Menschenrechte aufgenommen. (...) Dies ist dann bald auch vom Internationalen Gerichtshof als ein zwingendes Recht des Völkerrechts anerkannt.

Man kann dann ab den 70er Jahren davon ausgehen, daß das Selbstbestimmungsrecht ein originäres Recht der Völker ist. Wenn man sich deutsche Lehrbücher des Völkerrechts ansieht, so ist es bis in die 90er Jahre z.T. nicht begriffen worden, aber im internationalen Schrifttum ist das keine Frage. Die Frage ist nur, was ist der aktuelle Inhalt. Dazu einige Aspekte:

Wer ist das Subjekt dieses Rechts?

Völkerrecht ist an sich der falsche Ausdruck für eine Rechtsmaterie, die ausschließlich das Recht zwischen Staaten normiert. Völker haben im Völkerrecht keine Subjektivität, sondern es ist das Recht der Staaten. Die Völker werden im Völkerrecht eigentlich nur unter ihrem Ziel der Staatswerdung begriffen, bis zu dem Zeitpunkt des Selbstbestimmungsrechts. Das ist das erste Recht, das wirklich den Völkern zusteht. Allerdings gab es davor viele Gefechte. Es gab viele, die sagten, das Selbstbestimmungsrecht sei ein Recht für jedes Volk eines Staates. Das aber ist falsch, es ist gerade für jene Völker ein Recht, die keinen Ausdruck ihrer Eigenschaft als Volk in einem Staat gefunden haben. Welche Völker aber sind es dann? Es gibt nur wenige Völker, die keinen Staat haben. So etwa die Kurden, auch bei den Sinti und Roma gibt es ein solches Problem.

Dann hat sich herausgestellt, daß es sehr schwierig ist, den Begriff des Volkes zu definieren. Es gibt keine gesetzliche Definition. Aber es gibt eine Definition, die Konsens in der Meinung der UNO und der Völkerrechtswissenschaft ist. Sie enthält ein Doppeltes zur Voraussetzung: einen objektiven wie auch einen subjektiven Charakter. Der objektive Charakter des Volkes in dieser Definition bezieht sich auf ein angestammtes Territorium, eine gemeinsame Sprache, Religion, kul-

turelle Charakteristika, wohlgerne nichts mehr, was an Blut und Rasse noch erinnert. Das war allerdings bis in die 50er Jahre auch in der UNO noch so, daß man ein rassisches bzw. Blutsbindungs-element hereinbrachte, aber die moderne ethnologische, soziologische Forschung hat zum Glück den Rassebegriff und die Blutsbindung – bis auf das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht – über den Haufen geworfen.

Das subjektive Element ist, daß bei diesem Volk ein Wille vorhanden sein muß, die Eigenheit als Volk zu bewahren. Es gibt sehr viele, die sich zwanglos assimiliert haben und gar keinen Wert darauf legen, als Volk noch wahrgenommen zu werden. (...)

Was ist der Inhalt, was sind die Möglichkeiten, das Selbstbestimmungsrecht auszuüben? Das war ebenfalls lange strittig. Das Ergebnis, das sich in UNO-Resolutionen und Deklarationen niedergeschlagen hat, soll kurz dargestellt werden: Das erste ist, wie schon gesagt, daß ein Volk eigentlich nur wahrgenommen wird in seiner Zielsetzung, Staat zu werden. Also ist eines der ersten Rechte eines Volkes, einen Staat zu bilden. Das war die Anknüpfung an den kolonialen Befreiungskampf, denn damit wurde die Separation und die Sezession vom Kolonialstaat begründet. Sie hatten ein Recht auf Staatsbildung. Das ist das eine, das andere ist: Sie haben auch ein Recht auf innere Autonomie, einen Raum für die freie Selbstverwirklichung, was insbesondere deshalb notwendig war, weil nach der Dekolonialisierung, z.B. im Kongo oder auch in Mosambique, Probleme auftauchten, daß die OAU zwar alle Kolonialgrenzen anerkannt hatte, aber damit auch anerkannt hatte, daß Völker durchschnitten wurden, Völker ganz beliebig dem einen oder anderen Staat zugeordnet wurden. Was machen jetzt diese Völker? Hatten sie nach wie vor ein

Recht auf Sezession oder Separation? Dazu sagte man allgemein Nein. Im Falle der erfolgreichen Dekolonisation müssen diese Völker miteinander leben. Sie haben aber ein Recht auf Autonomie, ihre Sprache, ihre kulturellen Bräuche, auch eine gewisse administrative Autonomie muß ihnen gewahrt werden. D.h. das Sezessions- und Separationsrecht schrumpfte zu einem Autonomierecht zusammen. Allerdings, das ist der dritte Punkt, mit einer Ausnahme: Es konnte sich wieder zu einem Recht auf Separation, auf eigenen Staat ausdehnen, wenn der Staat nicht in der Lage war, diesen Völkern ihre angestammten Rechte, also Menschenrechte, das Recht auf Selbstbestimmung, zu gewähren. Wenn sie z.B. mit Gewalt diesen Völkern die Selbstbestimmung, die Menschenrechte vorenthielten und es auch keine Aussicht auf Abhilfe gab, dann erstarkte dieses Recht wieder zum Recht auf Separation. Dazu zwei Beispiele, die blutig abgelaufen sind: (...) Das andere Beispiel sind die Kurden. Die Kurden sind ein Volk, das ist eindeutig,

und es ist auch ganz eindeutig, daß ihnen seit Jahrzehnten, seit der Gründung der konservativen Republik Türkei 1923 die elementaren Rechte eines kurdischen Volkes, einer kurdischen Identität vorerhalten werden, die Sprache, eigene Organisationen usw. Erst im Jahre 1984 hat die kurdische Partei den bewaffneten Kampf dagegen eröffnet, weil sie keine Aussicht sah, daß ihre politische Intervention auf einen eigenen Status zu einem Erfolg führen würden, und deshalb hat sie sich auf das Recht auf Selbstbestimmung berufen, allerdings ohne Anerkennung durch die UNO. Aber es gibt keinen Zweifel daran, daß die Kurden ihr Recht auf Selbstbestimmung, auch mit Gewalt, ausüben dürfen.

(...)

Das Selbstbestimmungsrecht kennt den Begriff der Volksgruppe nicht

... gehe ich zum dritten Teil, der an sich mit dem Völkerrecht nichts zu tun hat, dem sogenannten Volksgruppenrecht. Die Renaissance, die dieser Begriff offensichtlich über das EZM und die FUEV erlangt hat, hat nichts mit dem Völkerrecht zu tun. Das ganze Selbstbestimmungsrecht und Minoritätenrecht der UNO kennt den Begriff der Volksgruppe nicht.

Die Frage ist also, woher kommt er eigentlich. Dazu einige kurze Anmerkungen. Nicht etwa ist es ein Begriff des Faschismus, sondern er kommt aus der Zeit um 1918, als die ganze Landkarte in Europa noch einmal revidiert wurde. Er hat aber im Völkerrecht nie eine Rolle gespielt. Im Völkerbund und bei Wilson ist nie von Volksgruppen, sondern immer nur von Minderheiten die Rede gewesen. Um es noch einmal zu verdeutlichen, waren dies immer religiöse, sprachliche, kulturelle Minderheiten. Dieses eher rassistische oder rassische und Blutslement des Volksgruppenbegriffs hat dort nie eine Rolle gespielt.

Das war dann anders im Faschismus. Gerade der Faschismus hat sich dieses Begriffs sehr bedient. Die Minoritätenpolitik des Faschismus war auf vier Punkte zusammengebracht, etwa folgende: Anerkennung deutscher Minderheiten als körperschaftlich organisierte Volksgruppen, mit weitgehenden Autonomierechten, insbesondere in Südosteuropa. Das war die erste Forderung, so daß man dort seine 5. Kolonne hatte.

Das zweite war: Schutzrecht der Mehrheit gegen einen Assimilierungsdruck der Minderheit. Das war der Schutz vor den Juden, Schutz vor den Zigeunern, um zu verhindern, daß diese eventuell einen Anspruch auf Assimilation in das deutsche Volk anstrengen könnten. Das heißt, das Recht der deutschen Mehrheit, sich gegen einen Assimilierungsdruck der Zigeuner, der Juden oder anderem Fremdvölkischen in das deutsche Volk entgegenzusetzen. Die Konsequenz war dann: Umsiedlung deutscher Minderheiten ins deutsche Reich, um einen einheitlichen deutschen

Siedlungsraum zu gründen. Und als Kehrseite der Umsiedlung, auch die Vernichtung und Vertreibung Fremdvölkischer. Und zwar nicht nur der Zigeuner und der Juden, sondern auch der Polen, der Tschechen und der Russen, um dort anderen deutschen Volksgruppen (z.B. aus Italien, Südtirol), Siedlungsgebiete, Generalgouvernements (in Rußland oder in Lettland) zu gewähren. Einer dieser Verträge war der vom 23. Juni 1939 mit Italien. Dieser sah vor: Die Umsiedlung der deutschen Volksgruppe erst nach Deutschland und dann in die geleerten Räume von Polen und Rußland.

Neubelebung des Volksgruppenkonzepts

Das war das Volksgruppenkonzept des Faschismus. Es war mit ein Grund, weshalb die Minoritätenpolitik in der UNO nicht vorankam. Weil eben die Minoritätenpolitik im Faschismus, in der Zwischenkriegszeit so diskreditiert worden ist.

Im Jahre 1960 dann versuchte Minister Seeböhm in einen Brief an Adenauer, diesen Volksgruppenbegriff wieder in das Minderheitenrecht einzuführen. Er schrieb: „Eigentlich sei doch die Minderheit durch die Volksgruppe überholt.“ Was war damit bezweckt? Es ging darum, den Begriff der Minderheit zu ersetzen durch den der Volksgruppe, und damit um die Ethnisierung des Minderheitenschutzes. Das heißt: Entfernung der sprachlichen, religiösen Elemente und Ersetzung durch die rassischen. Die



Kundgebung der Sudetendeutschen Heimatfront 1934: „Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen in der Tschechoslowakei praktisch unmöglich und eine Lösung der sudetendeutschen Frage nur vom Reich her denkbar“.

Blutsbande sollten zum Kriterium der Minderheit werden. Und damit, daß sie nicht nur Minderheit heißt, sondern Volksgruppe, wollte man sie auf den Status des Volkes anheben, um damit auch mehr Rechte als die der Minderheiten für sie zu beanspruchen; nämlich das Recht auf Selbstbestimmung, um hiermit die Möglichkeit zu erhalten, eventuell secessionistische Pläne mit Volksgruppen zu verfolgen.

Wenn man sich das heute ansieht, so gibt es in den Nachfolgerepubliken der GUS größere Gruppen Deutsche ... Durch bilaterale Verträge z.B. zwischen Deutschland und Polen soll sich die deutsche Minderheit entwickeln können. Hier heißt es z.B.: „Die Vertragsparteien Deutschland und Polen bekräftigen, daß

die Zugehörigkeit zu den in Absatz 1 genannten Gruppen Angelegenheit der persönlichen Entscheidung eines Menschen ist, der für ihn keinen Nachteil mit sich bringen darf.“ Das heißt, der Begriff der deutschen Minderheit wird erweitert, er wird allein auf die persönliche Entscheidung gestellt. In dem tschechisch-deutschen Freundschaftsvertrag heißt es dann ebenfalls, „die Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit in der tschechisch-slowakischen föderativen Republik ist die persönliche Entscheidung jedes einzelnen, die für ihn keinen Nachteil mit sich bringen darf.“ Hier wird also gar nicht mehr auf irgendwelche sprachlichen, kulturellen oder sonstigen Anknüpfungspunkte abgestellt, sondern es ist die Entscheidung eines jeden – will er Deutscher sein, dann muß er das können.

Dies alles hat mit dem Minderheitenkonzept der UNO nichts mehr zu tun. Das sind bilaterale Verträge. Das können die Staaten miteinander aushandeln. Nur worauf man acht geben muß ist, daß nicht diese Minderheitenproblematik in jenen Staaten dazu benutzt wird, daß eventuell dort, sowie es der Staatssekretär Waffenschmidt sagte (der für die Programme zuständig ist), „Inseln der Hoffnung in einem Meer von Armut zu bilden“, dort wieder Fremdkörper herausgebildet werden, deutsche Fremdkörper, die zur Destabilisierung solcher Länder führen.“

Wahlkampfleiter André wünscht sich und seinen Genossinnen und Genossen „enorme Widerstandskraft gegen das Erlahmen ihres Lernwillens“ (ND 27./28. September). Wie aber soll ein Mensch lernen, wenn eine ganze Kolumne kein einziges Argument enthält?

Die gleiche Leere in dem Bericht über einen Brief des Bundesvorstands an den Landesverband Niedersachsen, sich zu den Landtagswahlen im März 1998 in Abstinenz zu üben, um sich dann im September zu den Bundestagswahlen wie Phönix aus der Asche zu erheben (*junge Welt* vom gleichen Tag). Warum denn eigentlich? Nur, weil dann der Wahlkampf nicht vom Landesverband Niedersachsen, sondern vom Wahlkampfchef, vom Bundesvorstand, von der Bundestagsgruppe oder sonst einem Rat der Weisen geführt wird? Nein?! Warum dann?

Warum muß die Abwahl Kohls in Sachsen-Anhalt und nicht in Niedersachsen eingeleitet werden, wie André „jedenfalls“ meint? Seit wann ist „je-

denfalls“ ein Argument? Muß Kohls Abwahl nicht an möglichst vielen Orten eingeleitet werden, damit sie Wirklichkeit wird?

Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch beschwört dazu die „Geschlossenheit der Partei“ (ND vom genannten Tag). Waren seine und unsere Erfahrun-

nigstens in den modernen zivilisierten Ländern, von politischen Parteien geführt werden; daß die politischen Parteien in der Regel von mehr oder minder stabilen Gruppen der autoritativsten, einflußreichsten, erfahrensten, auf die verantwortungsvollsten Posten gestellten Personen geleitet werden, die man Führer nennt“ (Lenin Werke, Band 31, S. 26)? Hanna-Reenate Laurien nannte solche Gruppen „in unserer Demokratie“ am 2. September d. J. in der Ökumenischen Akademie Gera zur Eröffnung der Reihe „Politik und Kreativität“ die „verhandlungsführenden Gruppen“, die alles entschieden. Sie muß es ja wissen. War sie doch nach eigenem Zeugnis 12 Jahre eine der Stellvertreterinnen – Helmut Kohls. 3 Monate nach Lenins Diagnose wurden die „Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale“ veröffentlicht und wenige Tage später vom II. Kongreß der Kommunistischen Internationale angenommen.

Dieter Strützel

EIN BRIEF ANS ND

Fragen eines
lesenden PDS-Mitglieds 365 Tage vor der (gewünschten)
Abwahl Helmut Kohls

gen mit diesem Argument so sehr überzeugend?

André gebietet, die PDS müsse sich davor hüten, „daß ihre linken Kinderkrankheiten nun auch noch zum Altersstarrsinn werden“. Weiß der Vielwissen die wirklich nicht, daß so Lenin vor 77 Jahren Zweifel deutscher, holländischer, englischer, italienischer Kommunistinnen und Kommunisten diagnostizierte? Zweifel u.a. an der von ihm verkündeten „Binsenwahrheit“, „daß die Klassen gewöhnlich und in den meisten Fällen, we-

Philosophie des Kommunismus als Theorie der Praxis

Vom „gelebten Denken“ spricht Rüdiger Dannemann bei dem marxistischen Philosophen Georg Lukács, den er jetzt in der Zur-Einführung-Buchreihe vom Junius-Verlag vorgestellt hat. Motto des ersten Kapitels, das von eben den „Stationen eines gelebten Denkens“ handelt, ist ein Satz Lukács' von 1911: „Wenn ich an meiner Geistigkeit zu Grunde gehen soll, so soll es geistig geschehen. Wenn ich mich erschieße, soll der Grund so klar stehen wie die Ausgangsfrage einer guten Erkenntnistheorie.“ György Lukács wurde am 13. April 1885 in Budapest geboren; am 4. Juni 1971 starb er ebendorf. In dem Einführungsbuch erstreckt sich die biographische Zeittafel auf sieben Seiten – bei anderen sind es bisweilen nur eine Seite: Lukács' Leben war mehr als bewegt; die geschichtlichen Daten, die ihn begleiten und die er selbst in das Geschichtsbuch der humaner Befreiung geschrieben hat, sind zahlreich und markieren jeweils auch wichtige Umbrüche wie Nuancierungen in seinem philosophischen Werk – zu nennen wären etwa: Mitvorbereitung zum bewaffneten Aufstand 1919 in Ungarn, dann Volkskommissar für Unterrichtswesen der Räterepublik unter Béla Kun, Mitglied im Weltfriedensrat 1949, Mitglied des ungarischen Parlaments 1949–56 ... Lukács ist Kommunist; aber Zeit seines Lebens mit der jeweils offiziellen Linie im Streit und heftigsten Angriffen ausgesetzt – er galt als zu links. Der zentrale Gedanke, der für alle seine Philosophie eine Rolle spielt, ist Praxis – eine menschliche Praxis, eine Handlungsmöglichkeit des Menschen inmitten der „konkreten Totalität“ des gesellschaftlichen Seins. Lukács hat das in seinem Buch *Geschichte und Klassenbewußtsein* (1923) entwickelt, das Dannemann wie folgt im Ansatz zusammenfaßt: „Geschichte und Klassenbewußtsein entwickelt ... einen neuartigen Typ praktischer Philosophie, der am sinnvollsten eine Philosophie der Praxis genannt werden kann. Wichtigste Dimensionen eines solchen Theorietyps, dem Engagement nicht äußerlich bleibende Konsequenz, sondern Konstituens ist, sind vier Elemente, ...: 1. Die Gegenwart ist nicht mehr ein Element der historischen Kontinuums, das im philosophischen Diskurs mitberücksichtigt wird. Damit rückt die philosophische Zeitdiagnose ins Zentrum des Philosophierens. 2. Zeitdiagnose aber ist – gleichsam natürlich – Kritik ... Kritik der zeitgenössischen Gesellschaft [heißt] Beschreibung ihrer Verdinglichungsprozesse, die sich bei näherer Betrachtung als kaum begrenzbar, tendenziell universell

erweisen. 3. Ohne Wissenschafts-, Philosophiekritik bleibt das Unterfangen der Gegenwartsdiagnose lückenhaft. Deshalb geht die Gesellschaftskritik notwendigerweise über in eine kritische Geschichtsschreibung von neuzeitlicher Wissenschaft und/oder Philosophie. 4. Ihren Höhepunkt findet eine Philosophie der Praxis in ihrer Einschreibung in den Diskurs der höchsten Form von Praxis schleichthin: den der Revolution.“ (S. 44)

In Lukács' Werk *Die Eigenart des Ästhetischen* (1963) ist diese Praxisphilosophie allerdings verändert, richtet sich auf Kunst und Ethik: „Kunst wie Ethik sind rationale Weisen eines anthropomorphisierenden Umgangs mit Wirklichkeit, sich so vom wissenschaftlichen Konstitutionsmodus von Wirklichkeit absondernd ... Die letzte Funktion der Kunst ist die Evokation des Gefühls ‚Du mußt dein Leben ändern‘. In der Kunstrezeption wird der partikuläre, undramatisch bornierte Mensch in den Sog der Entverdinglichung gezogen.“ (S. 37) – Kernstück der Lukácsschen Philosophie bleibt aber die Verdinglichungstheorie, die er in *Geschichte und Klassenbewußtsein* dargelegt hat; sie hat ihm zudem die meisten Anfeindungen anderer Marxisten eingebracht, da sie sich zu eng an der *Philosophie* von Marx orientierte, d.h. da Lukács Marxens Ausführungen zum Fetischcharakter der Ware und zur Warenform, wie im *Kapital* analysiert, philosophisch gelesen hat.

Daß Lukács auch heute noch eine Randfigur im politisch-philosophischen Diskurs ist, mag daran liegen – die titelnde Rede vom Klassenbewußtsein legt es nahe wie sein Engagement als Kommunist überhaupt –, daß man ihn gerne als starrköpfigen Vertreter einer hermetischen Klassen(kampf)theorie hinstellt. Dies ist allerdings nur eine Verkehrung seiner praxisphilosophischen Grundabsicht; in der Tat ist „Klassenbewußtsein“ sein Begriff – Marx hat davon nicht gesprochen –, und verstehbar ist dies nur im Kontext der Verdinglichungstheorie: wenn Lukács von Arbeiterklasse spricht, dann meint er die totalisierende Tendenz, Arbeitskraft als Ware verkaufen zu müssen. Und kaum wird man bestreiten können, daß sich der Kapitalismus nach diesem Fundamentalprinzip überhaupt am Leben hält – gerade auch, weil in der Universalität der Warenform der lebendige Widerspruch zwischen den Menschen verschwindet, der Klassencharakter verschleiert wird. Dannemann schreibt dazu: „Die für uns heute vermutlich eher erstaunliche Betonung der historischen Sonderstellung des Proletariats hängt

zum einen damit zusammen, daß die Proletarier am stärksten unter den Rationalisierungsschüben der Moderne zu leiden haben, zum anderen mit ihrer Produzentenrolle: Die Arbeiter sind es ja, die den gesellschaftlichen Reichtum durch ihre (entfremdete) Arbeit hervorbringen. Allerdings unterliegen die Arbeiter auch in besonderem Maße den Verdinglichungseffekten der Warenwirtschaft.“ (63) Dannemann schlägt vor, angesichts der Totalisierung und Universalisierung der Verdinglichung, eben die Verdinglichungstheorie gegenwärtig auch in Bereichen der kulturellen Produktion und Reproduktion zu überprüfen. Das „Sich-selbst-zum-Objekt-Machen“ wäre ein möglicher Interpretationsrahmen, so Dannemann, für Phänomene wie das Wuchern von Trend- und Zeitgeistmagazinen oder die Technokultur der jungen Menschen (vgl. S. 66). Diese programmatische Empfehlung, Lukács' Praxisphilosophie als materialistische Kulturtheorie ernst zu nehmen, drängt sich auf. Schon im Umfeld der Lukács-Schüler hat sich die Überprüfung der Praxisphilosophie an modernen Problemen der Lebenswelt als fruchtbar erwiesen – vor allem Agnes Heller hat mit ihrer Studie *Das Alltagsleben. Versuch einer Erklärung der individuellen Reproduktion* (Ffm. 1978) diesen Weg weiter beschritten, auch wenn gerade sie heute vielen Punkten in Lukács' Theorie sehr kritisch gegenübersteht.

Lukács hat mit seinen späteren Schriften, der Arbeit an dem nicht abgeschlossenen und erst posthum veröffentlichten Werk *Ontologie des gesellschaftlichen Seins*, bei aller Selbstdistanzierung zu seinen frühen Schriften, insbesondere *Geschichte und Klassenbewußtsein*, noch einmal Probleme einer grundsätzlichen Philosophie aufgenommen: „Arbeit“, „Reproduktion“, „Ideologie“ und vor allem „Entfremdung“ stehen als Grundbegriffe nun im Vordergrund seines Interesses. Neben einem letzten Abschnitt zur Rezeptions- und Wirkungsgeschichte der Lukácsschen Philosophie (etwa in der Theorie der ästhetischen Avantgarden Peter Bürgers), schließt Dannemann seine Einführung in Lukács' Leben, Denken und Werk schließlich mit einer Darstellung der – im Wissenschaftsbetrieb weitgehend unberücksichtigt gebliebenen – großen Arbeit zur Ontologie.

rob

Rüdiger Dannemann,
Georg Lukács zur Einführung,
Junius Verlag: Hamburg 1997,
166 S., 24,80 DM

**Einladung zur Herbstkonferenz des
Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaften**

Themenschwerpunkt „Euro“

Samstag, 11. Oktober, Jugendgästehaus, Köln

12.00 Uhr Mittagessen (nur nach vorheriger Anmeldung)

12.30 Uhr: Konferenzbeginn, Eröffnung

13.00 Uhr: Arbeitsgruppen:

a: Ostpolitik

b: Philosophie

c: Monopol und Hierarchie

15.15 Uhr bis 18 Uhr:

WAS TUN GEGEN DEN EURO?

Es referieren:

• „Die Rechte und der Euro“ (Mitglieder des Arbeitsausschusses)

- „Die PDS und der Euro“ (Sylvia-Yvonne Kaufmann, stellvertretende Parteivorsitzende der PDS)
- Diskussion

18 bis 19 Uhr: Pause, dann: Plenum:

- Berichte aus den Arbeitsgruppen
 - Kurdistan und die deutsche Außenpolitik: Für eine Petition gegen das PKK-Verbot im Bundestagswahlkampf
 - Finanzen
- gez. Präsidium des Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

AK Politische Berichte und Netzwerk Linke Kommunalpolitik laden ein zur gemeinsamen Arbeitatagung am Sonntag, 12. Oktober, im Jugendgästehaus, Köln, von 8.30 Uhr bis 14 Uhr

Thema: Selbstbestimmte Medien im Internet – Geht das? Wie geht das? Lohnt sich das?

Siehe auch Seite 22 dieser Ausgabe

2. bis 5.Okt.: Bundeskongress der Verkehrs-Bürgerinitiativen in Freiburg / Breisgau – Arbeits- und Aktionstreffen mit über 20 Arbeitsgruppen. Veranstalter: UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin, Tel. 030/4927473, Fax. 4927972

5.-10. Okt.: Gewerkschaftstag der Gewerkschaft BAU in Hamburg

6.-10. Okt.: 10. Gewerkschaftskongress der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie in Hannover

11. Okt.: 4. a.o. Gewerkschaftstag der IG Metall in Mannheim

Vom 5. bis 11. Okt. ist bundesweit „Aktionswoche“ der Kampagne gegen ungeschützte Arbeitsverhältnisse, für Versicherungsschutz für „610-DM-Jobs“.

11./12. Okt.: Herbstkonferenz des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln, Jugendgästehaus.

12.-15.Okt.: CDU-Bundesparteitag in Leipzig.

14.Okt.: „Mindestlohn – wie und für wen?“ „Öffentliches ExpertInnen gespräch“ der PDS-Bundestagsgruppe mit Vertretern von NGG, IG BAU und IG Medien in Bonn. Infos bei Anne Alex, 0228/1681918.

24.-26. Okt.: 6. Bildungspolitische Konferenz der PDS: Jugend zwischen Bildung, Staat und Visionen. Potsdam, Gesamtschule 21/31, Kopernikusstr. 30 / Ecke Stephensonstr. Anmeldung bei: PDS / AG Bildungspolitik, PF 100, 10122 Berlin, Ansprechpartner für inhaltliche und organisatorische Fragen: Gerd Buddin, PDS-Parteivorstand, Tel. (0 30) 24 00 95 62, Fax (0 30) 2 41 10 46

26.10.-1.Nov.: Gewerkschaftskongress der Postgewerkschaft in Bremen

14./16. Nov.: Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Grüne in Kassel.

21./22. Nov.: Laut Aufruf des „Kasseler Friedensforums“ sollen wg. der erwarteten Schlussabstimmung zum „Eurofighter“ bundesweit Infostände u.ä. stattfinden.

21./22. Nov.: Beschäftigungsgipfel in Luxemburg. Der hessische DGB hat den EGB aufgefordert, dazu eine europaweite Demonstration zu organisieren, die Bundeskordination Euromarsch unterstützt diese Initiative.

21.-22. Nov.: CSU-Parteitag in München.

22.-23. Nov.: Tagung und Mitgliederversammlung der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten (Hamburger Signal) e.V. in München (Hotel Sol Inn, Nähe Hbf). Infos bei: BAG Kritische PolizistInnen, c/o Reinhard Borchers, Bachstr. 96d, 22083 Hamburg

5. und 6. Dez.: Europaweite Aktionen gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung

6. und 7. Dez.: Bundesweiter friedenspolitischer Ratschlag der „Friedensbewegung“ in Kassel.

2. bis 4. Dez.: SPD-Parteitag in Hannover.

13./14. Dezember: Bundesweite Konferenz der Euromarsch-Unterstützerinnen und Unterstützer

3.-6.1.1998: Linke Schule in Thüringen. Die Winterschule findet diesmal von Samstag bis Dienstag statt, Ort entweder Schnepfenthal oder Tambach-Dietharz.

1. März 1998: Landtagswahlen in Nds.

26. April 1998: Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt

ADRESSE AUFKLEBER

Politische Berichte

**ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH**

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50518 Köln, Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/38 13 93, Fax: 040/38 93 31.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

Halb- Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

Halb- Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

Halb- Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

Halb- Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart